

# DIE NEUE ORDNUNG

begründet von Laurentius Siemer OP  
und Eberhard Welty OP

---

Nr. 1/2015      Februar      69. Jahrgang

---

## Editorial

*Wolfgang Ockenfels,*  
„Voll auf die Presse“ 2

*Henry Krause,* Die Schweigespirale wankt.  
Zeigt Dresden, wie's geht? 4

*Wolfgang Bergsdorf,* Aufbruch in die  
digitale Medienwelt 15

*Karl-Heinz Nusser,* Öffentlichkeit als Wahr-  
heit und Manipulation. Zur Integrationsauf-  
gabe der repräsentativen Demokratie 25

*Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz,* Verlorene  
Mütterlichkeit. Über einen blinden Fleck von  
Gender 36

*Hans Joachim Türk,* Organtransplantation –  
Nächstenliebe oder Tötung? 42

## Bericht und Gespräch

*Andreas M. Rauch,* Konflikte in Israel 49

*Franco Rest,* Mythen der Islam-Freunde 55

*Hans-Peter Raddatz,* Globalisierung als  
Krieg gegen den Menschen. II: Erlösung Eu-  
ropas durch Neo-Bolschewismus? 63

## Besprechungen

2

4

15

25

36

42

49

55

63

77

Herausgeber:  
Institut für  
Gesellschaftswissenschaften  
Walberberg e.V.

Redaktion:  
Wolfgang Ockenfels OP (verantw.)  
Wolfgang Hariolf Spindler OP  
Bernd Kettern

Redaktionsbeirat:  
Stefan Heid  
Martin Lohmann  
Herbert B. Schmidt  
Manfred Spieker  
Horst Schröder  
Johannes Zabel OP

Redaktionsassistentin:  
Andrea Wieland und Hildegard Schramm

Druck und Vertrieb:  
Verlag Franz Schmitt, Postf. 1831  
53708 Siegburg  
Tel.: 02241/64039 – Fax: 53891

Die Neue Ordnung erscheint alle  
2 Monate  
Bezug direkt vom Institut  
oder durch alle Buchhandlungen  
Jahresabonnement: 25,- €  
Einzelheft 5,- €  
zzgl. Versandkosten

ISSN 09 32 – 76 65

Bankverbindung:  
Deutsche Bank, Bonn  
Konto-Nr.: 0575670  
(BLZ 380 700 59)

Anschrift der  
Redaktion und des Instituts:  
Simrockstr. 19  
D-53113 Bonn  
e-mail: ifgwb@t-online.de  
Tel.: 0228/21 68 52  
Fax: 0228/22 02 44

Unverlangt eingesandte Manuskripte und  
Bücher werden nicht zurückgeschickt.  
Verlag und Redaktion übernehmen keine  
Haftung

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck, elektronische oder photome-  
chanische Vervielfältigung nur mit Ge-  
nehmigung der Redaktion

<http://www.die-neue-ordnung.de>

## Editorial

### „Voll auf die Presse“

Der politische Blutdruck, die Neigung zu moralischen Herzinfarkten und journalistischen Schlaganfällen ist zur Jahreswende 2014/15 stark gestiegen. „Unaufgeregt“, „unverkrampt“ oder gar „gelassen“ zu sein, diese Stilelemente öffentlicher Auseinandersetzung scheinen auch bei der bürgerlich-liberalen Presse ausgedient zu haben. Der Radau plumper Polemik greift um sich, während feingesponnene Satire und ironische Distanz schwinden. Torschlußpanik macht sich breit, Diffamierungen beherrschen das Feld rationaler Dialoge und „herrschaftsfreier“ Diskurse. Sogar die Kirchen – bisher als maßvolle und mäßigende Vermittlungsagenturen geschätzt, fallen aus, wenn sie sich selbst vergessen, wenn sie parteisch sind und ausfällig werden.

Der Kölner Dom – als Denkmal nationaler Einheit im 19. Jahrhundert von Preußen vollendet, knipst das Licht aus, sobald sich ihm einige „Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) nähern, während eine Muslima beim Gottesdienst in demselben Dom ein Gebet zum islamischen Allah auf arabisch murmeln darf. Eine bessere Bestätigung für die These von der „Islamisierung“ hätte man kaum finden können, abgesehen von der seltsamen Feststellung der Bundeskanzlerin, „der Islam“ gehöre „zu Deutschland“, was auch schon von einem verunglückten früheren Bundespräsidenten behauptet worden ist. Während „Islamisierung“ einen Prozeß bezeichnet, ist in der Formulierung „gehört zu Deutschland“ bereits das vorläufige Ergebnis dieser schleichenden Entwicklung markiert, in dem „der Islam“ schon zum Zuge gekommen ist. Das eschatologische Prozeßdenken zwischen „schon“ und „noch nicht“ trägt hier politisch-theologische Früchte.

Aber was heißt politisch korrekt „der“ Islam? Den soll es doch angeblich gar nicht geben. Und er *soll* auch nichts mit Islamismus, mit Gewalt und Intoleranz zu tun haben, sondern nur noch mit „Frieden“. Freilich mit einem Frieden, der auf „Unterwerfung“ hinausläuft, wie sie *Michel Houellebecq* treffend geschildert hat, und zwar nicht nur mit Blick auf Frankreich. Der geistige Zusammenhang von Islam, Koran, Scharia und legitimiertem Terror wird uns hierzulande noch weiter zu beschäftigen haben, vor allem nach dem Pariser Mord-Attentat auf die Redaktion von „Charlie Hébdó“, einer widerlichen Karikaturenzeitschrift, deren Existenz freilich im Rahmen unserer Meinungs- und Pressefreiheit nicht zu beanstanden, sondern zu verteidigen ist. Wenn nicht, wird diese „Errungenschaft der Aufklärung“ ein rasches Ende finden, das sich bereits abzeichnet. Etwa darin, daß islamkritische Demonstrationen von den Schlägern der linken „Antifa“ gewaltsam behindert und aufgrund islamischer Terrordrohungen auch rechtlich verboten werden. Im toleranten Köln fallen sogar karnevalistische Rekapitulationen von „Wir sind Charlie“ der Selbstzensur zum Opfer.

Bleibt noch die rührende Beschwörung des „Abendlandes“ durch eine Bewegung, deren Organisatoren und Anhänger wohl kaum mehr eine blasse Ahnung von einem „Abendland“ haben, das einstmals unter einem christlichen Anspruch stand. Aber daß im heutigen Europa einiges in Unordnung geraten ist, erscheint weithin als evident, wenn es auch die machthabenden europäischen Eliten noch nicht wahrhaben wollen und dafür die Quittung bekommen werden.

Einige Zeit vor dem „anschwellenden Bocksgesang“ der Protestbewegung veröffentlichte die sogenannte „GröFAZ“, die sich mittlerweile an Polemik gewöhnt hat, am 15. 11. 2014 eine Rede von *Frank-Walter Steinmeier*, in der es heißt: „Wenn ich Journalist wäre, würde ich den Zustand der Verlags- und Medienbranche wahrscheinlich mit solchen Schlagzeilen beschreiben: ‚Voll auf die Presse – Journalismus in der Glaubwürdigkeitskrise‘; ‚Vor dem Bildschirm ist es duster – Werden Journalisten die Bergleute des 21. Jahrhunderts?‘; ‚Der Letzte macht das Licht aus – Massenentlassungen erschüttern Deutschlands Redaktionen‘“. Wäre Herr *Steinmeier* Journalist, hätte er gewiß nicht solche selbstkritischen und treffenden Schlagzeilen erfunden. Als Außenminister bemüht er sich jedoch krampfhaft um die Reste der Reputation einer moribunden Presse, die er zur Aufmöbelung seiner Politik braucht.

Inzwischen wurde von den betroffenen Journalisten übel vermerkt, daß bei den Dresdner Demonstrationen die Parole von der „Lügenpresse“ geschmettert wurde. Deren Urheber war wohl kaum bewußt, daß sich schon bei *Karl Kraus* „Presse“ auf „Fresse“ zuweilen sinnvoll reimt. Allerdings bevorzugte der Altmeister der Pressekritik den Ausdruck „Lügenblätter“, womit er vor allem die liberale korrupte Wiener „Neue Freie Presse“ attackierte. Und zwar ganz in der radikalen pressekritischen Tradition, die von den Päpsten, von *Goethe*, *Kleist* und *Schopenhauer*, von *Kierkegaard* bis zu *Richard Wagner* längst bekannt war.

Wie zur Bestätigung dieser Kritik, die noch ganz andere Verbalinjurien zur Verfügung hatte, bemühte sich eine selbsternannte und daher unabhängige Jury von Sprachreinigern, den massenhaft skandierten Begriff „Lü-gen-presse“ zum „Unwort des Jahres“ zu erklären. Aber was heißt hier das Unwort „Unwort“? Es könnte ja sein, daß sich eine bestimmte Presse den Vorwurf der Lüge selber zugezogen und redlich verdient hat. Die strukturkonservativ-„alternativlose“ und daher schrumpfende Presse ist zu einem Skandalon geworden, das sich freilich nicht allein auf Druckerzeugnisse bezieht. Es sind ja heute nicht bloß Printmedien, die die Wirklichkeit beliebig konstruieren und damit verzerren, sondern vor allem öffentlich-rechtliche und die private Rundfunk-Medien, die politisch-ökonomische Interessen stärker zur Geltung bringen als einen wahrheitsgemäßen Realitätsbezug. Einen kritisch-distanzierten Überblick über die Lage, wie sie „wirklich ist“, kann man sich inzwischen nur noch unter Beachtung der Berichte und Kommentare verschaffen, die uns das Internet frei Haus liefert.

Des anklagenden Ausdrucks „Lügenpresse“ hatten sich die 68er erfolgreich bedient. Wer sich heute über die Technik der „glaubwürdigen Lüge“ Aufschluß verschaffen will, kommt an der Lektüre von *Joseph Goebbels* nicht vorbei.

Wolfgang Ockenfels

Henry Krause

## Die Schweigespirale wankt

### Zeigt Dresden, wie's geht?

Souverän ist, wer über die Deutungsmacht verfügt. Wer Macht hat, vermag seinen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen.<sup>1</sup> Auf der Suche nach Macht könnte es passieren, daß es einem geht, wie jenem, der auszog, das Fürchten zu lernen, denn in einer modernen Demokratie Machtausübung zu identifizieren, ist ein schwieriges Unterfangen. Sie wird verborgener, verteilter, verschämter ausgeübt. Die Macht zu deuten – die Geschichte, die politische Ordnung, Normen und Werte – ist aber in der Demokratie von zentraler Bedeutung. Wer Deutungsmacht besitzt, kann auch die politische Agenda dominieren und sich im schlimmsten Falle an die Stelle des eigentlichen Souveräns setzen. In einer offenen Gesellschaft wird diese Macht eher zersplittert sein – im Hinblick auf die Ausübenden, aber auch auf die Inhalte. Je konzentrierter und stärker sie ist und sich gegen Widerstreben durchsetzen kann, desto geschlossener wird die Gesellschaft sein. *Karl Popper* hat das Konzept der offenen Gesellschaft weniger an die Herrschaft der Mehrheit gebunden, sondern an die Möglichkeit, eine Regierung abzuwählen. Unterhalb des Wahlaktes findet in einer Demokratie die Meinungsbildung statt; im Idealfall ein offener, stets unabgeschlossener Vorgang. Diesem Ideal des offenen Diskurses arbeitet die in der Realität ausgeübte Deutungsmacht entgegen. Ihr Ziel ist die Deutungshoheit.

Wie diese Macht ausgeübt, wie Meinungsvielfalt beschnitten werden kann, hat ausgerechnet der Vater des herrschaftsfreien Diskurses, *Jürgen Habermas*, im Historikerstreit von 1986 demonstriert. Diese Debatte war ein Kampf um Deutungshoheit. Linksliberale Historiker verteidigten sie gegen „revisionistische“ oder konservative Positionen in Bezug auf die Bewertung und Einordnung des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte. Die Debatte ist im Kontext der geistig-moralischen Wende zu sehen, die *Helmut Kohl* nach der Regierungsübernahme von 1982 ausgerufen hatte. Damals wurde deutlich, daß ein herrschaftsfreier Diskurs im wesentlichen unter Gleichgesinnten zu führen ist. Mindestens aber unter den Spielregeln, die im linken Spektrum der Gesellschaft aufgestellt werden. Diese Deutungshoheit ist seit den sechziger Jahren in Deutschland nur einmal in sich zusammengefallen: 1989/90! Dies geschah nicht durch akademische Diskurse oder einen durch Wahlen hervorgerufenen Politikwechsel, sondern direkt durch den eigentlichen Souverän, das Volk. Der Sturz des SED-Regimes und das Ende der DDR lag so weit jenseits des Vorstellungsvermögens und der Ziele des linken Mainstreams, daß es den Wortführern entweder die Sprache verschlug, Warnungen vor einem „Vierten Reich“ fabuliert wurden oder man zunächst die Fahne nach dem neuen Wind hing. Der Regensburger Politikwissenschaftler *Jens Hacker* hatte 1992 die der Friedlichen Revolution vorangehenden „Deutschen Irrtümer“

in einem Buch dieses Titels zusammengefaßt.<sup>2</sup> Politisch drückte sich die kurzzeitige Lähmung der linken Deutungselite in den guten Wahlergebnissen von CDU, CSU und FDP aus. Die historischen Abläufe und dementsprechenden Wahlergebnisse waren eine tiefe Kränkung für linke Aktivisten und den sich als „fortschrittlich“ verstehenden Teil der politischen Klasse, der Wissenschaft und der Medien. Doch das Zusammenbrechen des geschwätzigen Deutungsbetriebes war nur eine vorübergehende Erscheinung. Im Februar 1993 erschien im SPIEGEL unter dem Titel „Anschwellender Bocksgesang“ ein Essay von *Botho Strauß*. Eine provokante Abrechnung mit der linksliberalen Elite, die ihre Deutungsmacht weitgehend zurückgewonnen hatte. Allein die Unterscheidung zwischen dem „Fremden“ und dem „Unseren“ disqualifizierte den Text für den kanalisiert Diskurs. Freundlichkeit gegenüber Fremden gebe es „nicht um den Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört“. *Botho Strauß* polemisierte auch gegen die Medien, das „elektronische Schaugewerbe“. Er empfahl schließlich den Rückzug in einen „Garten der Befreundeten, wo noch etwas Überlieferbares gedeiht, hortus conclusus, der nur wenigen zugänglich ist und aus dem nichts herausdringt, was für die Masse von Wert wäre“. Allerdings sagte er auch voraus: „Zwischen den Kräften des Hergebrachten und denen des ständigen Fortbringens, Abservierens und Auslöschens wird es Krieg geben.“ *Strauß'* Essay nährte unter Vertretern der „neuen Rechten“ die Hoffnung, der linken Deutungshoheit etwas entgegenzusetzen zu können. *Heiko Schwilk* und *Ulrich Schacht* gaben 1994 den Sammelband „Die selbstbewußte Nation“ heraus.<sup>3</sup> Er versammelt Beiträge, die sich mit Nation und Identität, Widerstand und Konflikten sowie Deutschlands Rolle in der Welt beschäftigen. Dort ist auch der „anschwellende Bocksgesang“ abgedruckt. Die Hoffnung erfüllte sich nicht; die Deutungshoheit wurde nicht wirklich beeinträchtigt.

### Demobilisierung als Politikkonzept

Man darf nicht vergessen, daß dies alles unter einer christlich-liberalen Regierung geschah. Erst 1998 bekamen SPD und Grüne im Bund die Mehrheit. Der Marsch durch die Institutionen war nun an sein Ziel gelangt. Mehrere der Ministerinnen und Minister hatten als Jugendliche eine politische Sozialisation in linksradikalen Organisationen oder Parteien hinter sich, was für die breite Öffentlichkeit aber kein Problem mehr zu sein schien. Die CDU entwickelte unter ihrer neuen Vorsitzenden *Angela Merkel* die Strategie der asymmetrischen Demobilisierung. Zu kontroversen Themen wurde nicht mehr Stellung genommen, um die Mobilisierung des politischen Gegners zu erschweren. Mit dieser Strategie und einer beträchtlichen Flexibilität bei den politischen Inhalten ist es der CDU gelungen, in der nunmehr dritten Wahlperiode die Kanzlerin zu stellen. Die programmatische Arbeit wird zwar weiter betrieben, um die Mitgliedschaft bei Laune zu halten. Sie spielt aber für die praktische Politik kaum eine Rolle. Sie wurde von der Demoskopie ersetzt, die helfen soll, neue Wählerschichten, bevorzugt in liberalen Großstadtmilieus, zu erreichen. Auf Stammwähler und konservative Mitglieder wird dabei kaum noch Rücksicht genommen. Im Ergebnis führte dieser Kurs aber auch

zu einer Demobilisierung großer Teile der eigenen Partei; aufgrund der Linksverschiebung der CDU entstand im Mitte-Rechts-Spektrum ein immer größer werdendes Vakuum politischer Repräsentation.

Die Nicht-Repräsentanz von Teilen der Bevölkerung sowie bestimmter Inhalte rechts von der Mitte wurde lange Zeit ignoriert, ja als selbstverständlich angenommen. Politik, Medien und die staatlich finanzierte „Zivilgesellschaft“ bewegen sich im Mitte-Links-Spektrum. Das letzte politische Projekt, das nicht aus dieser Richtung kam und dennoch umgesetzt wurde, war das Betreuungsgeld. Die öffentliche Diskussion dieses Vorhabens führte vor Augen, mit was politische Akteure zu rechnen haben, wenn sie politische Ziele umsetzen wollen, die nicht aus dem linken und liberalen Spektrum kommen. Da Parteien Mehrheiten gewinnen müssen, ist es auf Dauer nicht zweckdienlich, für Ziele zu kämpfen, die auf großen Widerstand stoßen und eine schlechte Presse machen. Aussetzung der Wehrpflicht, Energiewende, Frauenquote, Homo-Ehe, Mindestlohn und doppelte Staatsbürgerschaft sind keine ursprünglichen Politikziele der Unionsparteien. Sie wurden und werden aber von der Union oder mit ihrer Beteiligung verwirklicht.

Für die linken Parteien ist die Repräsentationslücke nicht nur deshalb unproblematisch, weil die Bürger im Mitte-Rechts-Spektrum nicht ihre Zielgruppe sind. Sie brauchen den Feind auf der Rechten zur Selbstvergewisserung und um Profil zu zeigen; des weiteren ist die dominierende politische Agenda ihre Agenda. Und das auch dann, wenn sie nicht an der Regierung sind. Schwieriger, ja gefährlich, stellt sich die Lage für CDU und FDP dar. Während die FDP das bereits zu spüren bekommen hat, sonnt sich die CDU im Bund noch in Umfrageergebnissen von über 40 Prozent. Da die Demoskopie die Inhalte ersetzt hat, könnte ein Kurswechsel bislang nur von demoskopischen Ergebnissen ausgelöst werden. Das Verschieben von Programmatik und Politik der CDU nach rechts liegt allerdings jenseits der Vorstellungskraft. Jeder noch so kleine Schritt würde eine Hysterie im Deutungsbetrieb auslösen. Alle Aktivitäten in diese Richtung schienen zudem unglaubwürdig, weil es populistische Aktionen unter dem Druck der Ereignisse wären. Und schließlich: Die CDU hat keine glaubwürdigen Vertreter, die für einen solchen Politikwechsel stehen könnten. Kaum jemand steht für irgend etwas in dieser Partei. Die Fahne hängt im Wind. Doch der Wind kann sich drehen.

*Peter Sloterdijk* hat in seinem Buch „Die schrecklichen Kinder der Neuzeit“ die Lösung von Herkunft und Überlieferung als Kennzeichen des zeitgenössischen Menschen beschrieben: „Was besteht und beharrt, wird im Unrecht sein; was vorwärts geht und für Freiheiten trommelt, hat alles Recht auf seiner Seite. Das erwachende Ungeheuer erweist sich als ein moralisierendes Geschöpf. Von Anfang an verfügt es über Wege und Mittel, das Gewesene ins Unrecht zu setzen.“<sup>4</sup> Nicht das Neue hat sich zu rechtfertigen; das Alte, Hergebrachte, Überlieferte muß es, erhält dazu aber kaum noch Gelegenheit. Fortschritt ist zum Selbstzweck geworden.

Der öffentliche Diskurs wirkt zunehmend kanalisiert. Ein Korridor des Sagbaren hat sich gebildet, der sich laufend zu verengen scheint. Wer sich im öffentlichen Raum bewegt und artikuliert, kennt diesen Korridor, hat ihn verinnerlicht. Wie ist so etwas in einer Demokratie möglich? Deutschland verfügt nach wie vor über

eine vielfältige Medienlandschaft. Gibt es jemanden, der das steuert? Eine heimliche Übereinkunft, eine Verschwörung? Auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Dresden mit dem Philosophen *Peter Sloterdijk* im Dezember 2012 sagte er, Journalisten seien dazu da, Erregungskurven zu produzieren. Man kann dies als Unterhaltung, als elektronisches Schaugewerbe kritisieren oder abtun. Tatsächlich erfüllen die laufenden Skandalisierungen bestimmter Äußerungen aber eine wichtige Funktion: Sie sind ein gesellschaftlicher Verständigungsprozeß über Werte und Normen und die Durchsetzung ihrer Geltung. Diese werden heute nicht mehr von Institutionen wie den Kirchen vorgegeben und vermittelt, sondern in einem fortlaufenden Prüf- und Aussonderungsprozeß, der sich vorwiegend in den Medien abspielt und durch die sozialen Netzwerke im Internet verstärkt, gelegentlich aber auch unterlaufen wird. Ob eine Skandalisierung erfolgreich ist oder nicht, entscheidet über die weitere Akzeptanz im öffentlichen Diskurs. So funktionierte Skandalisierungen von Stasi-Mitarbeit Anfang der 90er Jahre sehr gut. Heute laufen sie völlig ins Leere.

Eine Folge davon ist, daß die Nachfolger der ehemaligen Auftraggeber dieses Geheimdienstes inzwischen als Teil der Gesellschaft angesehen werden und sogar selbst versuchen, Skandalisierungen zu inszenieren. Am Prüf- und Aussonderungsprozeß des gesellschaftlich Unerwünschten sind ausgerechnet sie beteiligt. Der Korridor des Sagbaren ist also durchaus flexibel, in den letzten Jahren allerdings – von dem Intermezzo von 89/90 abgesehen – ausschließlich nach links. Wenn man sich innerhalb dieses Korridors befindet, vermag man seine vereinheitlichende Wirkung nicht zu erkennen. Da er die akzeptierten Werte abbildet, die öffentliche Moral konstituiert, sieht man sich auf der richtigen Seite, der Seite der Wohlgesinnten. Die Verteidigung der richtigen Seite führt dann zu weiteren Verengungen. Zwangsläufig entstehen Feindbilder. Wer sich außerhalb des Korridors artikuliert, wird zum Insurgenten, schließlich zum Menschenfeind.

Das moralisierende Ungeheuer (*Sloterdijk*), das den Korridor bewacht, reagiert reflexartig. Dadurch ist es zu Differenzierungen nicht fähig, will vielmehr ständig neu mit Vorurteilen gefüttert werden. Blitzschnell werden Tatbestände, Personen und Meinungen identifiziert, vor denen es die Zähne fletscht. Als besonders eklantante Beispiele der Kollateralschäden, die dieses Ungeheuer verursacht, dürfen die angebliche Ertränkung des kleinen *Josef* durch Rechtsextremisten im Jahr 2000 in Sebnitz oder auch die Debatte über *Thilo Sarrazins* Buch „Deutschland schafft sich ab“ betrachtet werden. Bei *Sarrazin* griff zwar die Brandmarkung als Menschenfeind seitens der Deutungselite noch. Unterhalb dieses Theaters fand aber ein Plebiszit durch die Käufer des Buches statt. Manche Kommentatoren vermuteten, daß viele das Buch nur aus Trotz kauften und es gar nicht lesen würden. Falls sie es dennoch lasen, werden sie allerdings häufig den Eindruck gewonnen haben, daß es sich um ein anderes Buch handelte, als das, was in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Eine solche Erfahrung vergißt man nicht so schnell. Die *Sarrazin*-Debatte beschleunigte das Auseinanderdriften von veröffentlichter Meinung und Teilen der Bevölkerung. Der Fall Sebnitz zeigte, wie schnell die Medien und der größte Teil der Politiker bereit sind, kampagneartigen Skandalisierungen zu folgen, wenn sie in das vorgefertigte Bild passen.

## Leitwert Egalität

Was bestimmt nun den sogenannten Zeitgeist? Was bewegt seine Verteidiger, die ihm Geltung verschaffen, sich als seine Wächter betätigen? Herkunft, Tradition, geoffenbarte Religion sind es nicht mehr, die sie antreiben, Ideologien haben ebenfalls ausgedient. Sie alle sind in den westlichen Demokratien nicht mehr geschichtsmächtig. Nach *Sloterdijk* „bringt das langfristige Zusammenfließen des Verschiedenen die moderne Zivilisation hervor, deren Leitwert nicht anders als Egalität heißen kann. (...) Egalität ist nur ein anderes Wort für das Postulat, die Gesetze der Erblichkeit überall außer Kraft zu setzen: Niemand mehr soll einem anderen ‚von Hause aus‘ etwas voraushaben. Nichts soll legitim sein, was nicht im Aktuellen und Durchschnittlichen zu verankern wäre.“<sup>5</sup> Bestehende Differenzen sind „durch eine durchschlagende Anti-Diskriminierungspolitik“<sup>6</sup> zu suspendieren. Alles soll „sich in den Ozean der homogenisiert-diversifizierten Weltzivilisation ergießen“<sup>7</sup>. Es ist paradox: Die angestrebte Vielfalt führt zur Einfalt.

Die Mühlen mahlen: „Der Trend zur Inklusion von Exkludierten bezeichnet auch in Zukunft die Hauptrichtung der sozialen Evolution. (...) Weitere Inklusion bedeutet: Im Innern der Rechts-, Anerkennungs- und Anspruchszone steigt der Druck. Von einer Halb-Erfüllbarkeit zur nächsten stürzen die Reklamationslawinen zu Tal.“<sup>8</sup> Die theoretische und empirische Grundlage dieser sozialen Evolution läßt sich gegenwärtig am besten im Konzept und den daraus resultierenden Studien zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) nachvollziehen. Die aktuellste Studie dieser Art ist von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben worden.<sup>9</sup> Partner der Stiftung ist das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Dort ist nicht mehr die unantastbare Würde des Menschen die Grundlage, sondern die Gleichwertigkeit das „stärkste Kriterium demokratisch verfaßter Gesellschaften“. Der Begriff des Wertes kommt aus der Ökonomie. Das ist auch deswegen erwähnenswert, weil die Autoren in ihrer Studie den Ökonomismus als eine der „Bruchstellen“ der modernen Gesellschaft bezeichnen. Eine Gleichwertigkeit von Menschen ist natürlich etwas anderes als die Würde. Der Wert von etwas kann sich ändern; Werte können um-, auf- und abgewertet werden. Das ist letztlich auch ein Ziel der Anti-Diskriminierungspolitik. Es geht darum, Ungleiches gleich zu machen, die Ränder in die Mitte zu schieben, wo sie die Mitte neu definieren. Eine Umwertung der Werte, die gelegentlich die Erde zum Würfel erklärt. Eine Versuchsanordnung, mit der man diese Behauptung verifizieren (oder falsifizieren) könnte, wäre zum Beispiel, wenn sich ein Angehöriger des Deutungsbetrieb dazu hinreißen ließe, öffentlich eine Selbstverständlichkeit auszusprechen wie diese: Die Ehe ist eine Institution, die zwischen Mann und Frau begründet wird.

Die Umwertung der Werte wird durch das Konzept von der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ flankiert. Es geht um „Einstellungen, die in extremer Weise die Gleichwertigkeit angreifen“. Dieses Konzept ist die den empirischen Studien aus Bielefeld zugrundeliegende Theorie. Das zentrale Anliegen der Studien ist der Nachweis von rechtsextremen Einstellungen in der Mitte der Gesell-



schaft. „Rechtsextrem orientierte Gruppen und Personen sind feindselig gegenüber Gruppen, die als Minderheiten, Außenseiter, Abweichler stigmatisiert werden.“<sup>10</sup> In der Tat werden hier Einstellungen abgefragt und auch festgestellt, die für ein friedliches Zusammenleben nicht förderlich erscheinen. Allerdings wird auch jemand, der es nicht so gut findet, daß Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen oder sich dafür ausspricht, daß Frauen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen sollten, schnell zum „Menschenfeind“. Auch Vorrechte von Etablierten können die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen. Bereits das Gefühl einer Bedrohung durch den Islam wird als Islamfeindlichkeit interpretiert und verknüpft sich mit anderen Abwertungen zum Syndrom der Menschenfeindlichkeit.<sup>11</sup>

Die Mitte, die per se das Normale abbildet, wird unter Verdacht gestellt, um die Normalität umzudefinieren, bevorzugt durch bisherige Randgruppen und gut vernetzte Minderheiten. „Es gibt im Westen eine starke Fraktion, die ihr jeweiliges, noch nicht einmal im Westen allgemein akzeptiertes und zudem in jeder Dekade wechselndes Bild von der Gesellschaft als Menschenrechtsstandard aus gibt und jeden in das tiefste moralische Unrechts setzt, der zu widersprechen wagt oder dagegen eigenwillige Wege reklamiert.“<sup>12</sup> Bereits Vorbehalte gegen dieses Vorgehen gelten als menschenfeindlich. Das Zusprechen von Menschenfeindlichkeit kann für die Betroffenen sehr unangenehm werden. Neben gesellschaftlicher Ausgrenzung muß im schlimmsten Fall mit Attacken von militanten Trupps gut organisierter Minderheiten gerechnet werden.

Die Würde des einzelnen Menschen und die daraus entspringenden Menschenrechte werden unter der Hand zu Rechten bestimmter Gruppen umdefiniert. Dies geschieht keineswegs nur auf dem Papier, sondern wird nach dem Top-Down-System institutionell abgesichert, von oben durchgesetzt. Ein Beispiel ist die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte in Wien. Diese Agentur „beobachtet bislang nicht etwa, ob die EU mit ihrer gesetzgebenden oder administrativen Tätigkeit Freiheitsrechte der Bürger einschränkt, sondern sie beobachtet als Behörde die Bürger der Mitgliedstaaten und stellt fest, ob sich negative Tendenzen, wie Rassismus verbreiten“<sup>13</sup> „Zu den Schwerpunktbereichen der Agentur zählt die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und damit einhergehender Intoleranz“, heißt es in der Selbstdarstellung der Agentur. Dennoch wundert man sich gelegentlich, wie effizient und zuverlässig politisch-korrekte Sprachweise und Berichterstattung etwa in den Medien durchgesetzt wird. Einen Einblick gab vor einigen Monaten der Deutschlandfunk in einer Information bei Facebook. Man berichtete stolz, daß gerade die Broschüre „Schöner schreiben über Lesben und Schwule“ des Bundes lesbischer und schwuler JournalistInnen eingetroffen sei. Nun wisse man, wie zu berichten sei, schließlich gebe es immer noch Kollegen, die hier Vorbehalte hätten.

Alle diese Erscheinungen haben ein sich ständig weiter entwickelndes System der Bevormundung entstehen lassen, eine geschlossene Gesellschaft, in der von oben festgelegt wird, wie zu sprechen ist und wie diese Gesellschaft auszusehen hat. Wer öffentlich spricht, muß das sich ständig ausweitende politisch korrekte Vokabular beherrschen und wissen, was anzusprechen ist und was nicht. Dies ist der

Hauptgrund, warum politische Reden so langweilig geworden sind. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr angesprochen, sondern bevormundet. Sie verlieren ihr Interesse an Politik, gehen nicht mehr zur Wahl. Ungerechtigkeit oder die Nicht-Repräsentanz von Themen durch die Repräsentanten führen irgendwann zu Bruch- und Konfliktlinien in einem politischen System. Nach der Konfliktlinientheorie entstehen an diesen *cleavages* neue Parteien. Alle Parteien in Deutschland sind an solchen Konfliktlinien entstanden: Die Liberalen, die Sozialisten, das Zentrum, auch die Grünen.

Seit 1933 gibt es in Deutschland keine konservative Partei mehr. *Hitler* zur Macht verholfen zu haben, die Demokratie von Weimar bekämpft zu haben, lastet als moralische Hypothek auf diesem Teil des politischen Spektrums und verhinderte nach 1945 die Gerinnung in eine Partei. Seitdem sind so viele Modernisierungsschübe durch unser Land gegangen, daß Konservativen gelegentlich die Frage gestellt wird, was sie denn eigentlich bewahren wollten? Im rechten Spektrum sind zwar seit Bestehen der Bundesrepublik immer wieder neue Parteien entstanden. Stets sind diese Parteien zermahlen worden oder haben sich selbst zerlegt. Immer waren sie ein Sammelbecken fragwürdiger Positionen und Gestalten, und als solche nicht „anschlußfähig“ an das demokratische politische System. Im linken Spektrum ist das nicht so. Dort braucht es lediglich eine gewisse Gewöhnungsphase, bis diese Parteien zum politischen System gehören. Selbst die Verantwortung für eine Diktatur ist da auf Dauer kein Ausschlußgrund.

Inzwischen ist die Repräsentationslücke jedoch so groß geworden, daß es nicht bei Wahlenthaltung bleiben konnte. Die Gründung der „Alternative für Deutschland“ ist eine Reaktion auf die „alternativlose“ Politik der politischen Klasse. Da sie von bislang „seriösen“, aus dem öffentlichen Leben stammenden Personen gegründet wurde, ist es die erste Parteigründung im Mitte-Rechts-Spektrum, die eine Chance hat. Die entscheidende strategische Frage für diese Partei ist, ob sie sich von vornherein außerhalb des etablierten Deutungsbetriebes positioniert – oder ob sie sich diesem anpaßt, ihn aber im Sinne einer offenen Gesellschaft aufweitet. Von links würde eine solche Aufweitung als Rechtsverschiebung des politischen Systems interpretiert und bekämpft werden. Das Führungspersonal braucht dafür viel Fingerspitzengefühl, Durchsetzungskraft, aber auch ein dickes Fell. Ein neuer Mitbewerber wird naturgemäß von den Etablierten mit allen Mitteln bekämpft; Mitglieder und Führung einer solchen Partei müssen mit Ausgrenzung rechnen. Eine andere Möglichkeit wäre, daß die Unionsparteien die Repräsentationslücke schließen. Daß dies unwahrscheinlich ist, wurde oben bereits dargestellt.

In Dresden ist nun etwas Unerwartetes passiert: Aus einer Facebook-Gruppe heraus haben sich Menschen zu Abendspaziergängen verabredet. Der unmittelbare Anlaß sei, nach Auskunft der Organisatoren, eine unangemeldete Demonstration auf der Prager Straße in Dresden gewesen, wo die Teilnehmer der Linken, der Antifa und Kurden Waffen für die PKK gefordert hätten. Man hatte das als Beispiel für zu befürchtende Stellvertreterkriege auf deutschen Boden genommen und wollte sich dagegen engagieren. Die Gruppe tritt auf unter dem skurrilen Namen „Patrioten Europas gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida). Schon diese Bezeichnung sorgte dafür, daß man diese Gruppe entweder zunächst nicht

ernstnahm oder ihr Anliegen zielsicher als „nicht hilfreich“ verortete. Da die Beteiligung von Woche zu Woche anstieg, übersprangen die Montagsspaziergänge schnell die Schwelle der Aufmerksamkeit. Die Öffentlichkeit reagierte wie immer reflexartig. Das Urteil stand schnell fest: Extremisten, Ausländerfeinde, Rattenfänger und Rassisten schienen hier ein Ventil für ihre Ressentiments gefunden zu haben. Als Erklärung dafür, daß unübersehbar „ganz normale“ Bürger bei diesen Demonstrationen dabei waren, steht die erwähnte Theorie vom Rechtsextremismus der Mitte bereit. In Dresden gibt es aufgrund der jährlichen eindeutig rechtsextremistischen Demonstrationen im Umfeld des 13. Februars beträchtliche Erfahrungen beim Reagieren auf solche Aufmärsche.

Die durchweg negative Berichterstattung der lokalen Medien führte nun aber nicht zur gewünschten Aus- und Eingrenzung des Phänomens. Vielmehr kamen jeden Montag mehr, auch aus dem Umland und inzwischen aus ganz Deutschland. Die Berichterstattung der Medien und erste Gegendemonstrationen sorgten für ein stetiges Anwachsen der Teilnehmerzahlen. Die kritische Masse, bei der die bisherigen Erklärungsmuster nicht mehr griffen, war schließlich erreicht. Sie wurden aber weiter angewandt. Vertreter des öffentlichen Lebens bis hin zu Inhabern der höchsten Ämter des Staates reagierten weiter mit eingeübten Reflexen. Die Demonstranten wurden als Chaoten, Mischpoke und Heuchler bezeichnet. Es entwickelte sich ein regelrechter Wettbewerb um abwertende Begrifflichkeiten auf beiden Seiten. Je weiter die Kommentatoren von Dresden entfernt sind, desto abwegiger wirken die Deutungen.

Die Demonstranten hatten ganz selbstverständliche Rechte für sich in Anspruch genommen, nämlich ihre Meinung zu sagen und zu Demonstrationen zusammenzukommen. Das ist etwas, was von der mit beträchtlichen staatlichen Mitteln ausgestatteten politischen Bildung den Bürgern seit Jahrzehnten nahegelegt wird. Nun bezeichnete der Bundesjustizminister *Heiko Maas* die Demonstranten als „Schande für Deutschland“, und der NRW-Innenminister *Ralf Jäger* nannte sie „Neonazis in Nadelstreifen“. Eine abgegriffene Worthülse aus dem Arsenal der Antifa, die zeigt, daß sich der Minister mit den Vorgängen in Dresden nicht sonderlich beschäftigt hat. Schon Wochen zuvor hatte eine Zeitung Jack Wolfskin-Jacken als vorherrschende Kleidung identifiziert. Aus Sicht der Demonstranten entstand der Eindruck, daß es mit der Demokratie doch nicht so ernstgemeint ist. Dieser Eindruck hat sich immer mehr verfestigt, so daß inzwischen das ganze politische System auf den Kundgebungen hinterfragt wird. Das pauschale Mißtrauen bis hin zum Haß auf die Medien („Lügenpresse“) kann nicht verwundern, wenn man die Darstellungen in den Medien mit dem Ablauf der Demonstrationen vergleicht. Eine klassische Freund-Feind-Unterscheidung wurde vorangetrieben, die inzwischen zu einer Politisierung der ganzen Stadt geführt hat. Pegida ist das Thema bei allen Gesprächen. Die Weihnachtszeit hatte nicht nur eine Pause gebracht, sondern ist von vielen Menschen zum Nachdenken und zum Meinungsaustausch genutzt worden. Menschen diskutieren, informieren sich, gehen zu Demonstrationen und Kundgebungen. So etwas hat es seit der Friedlichen Revolution hier nicht mehr gegeben!

## Laßt uns streiten!

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung hatte 2012 „Laßt uns streiten!“ zu ihrem Jahresthema gewählt. Streit wird als „ein Wesenselement unserer Demokratie“ begriffen. Gerade die Sachsen gelten als harmoniebedürftig, und man wollte diese Harmoniebedürftigkeit etwas aufbrechen. Man diagnostizierte eine „Scheu, Streit als Grundelement des demokratischen Prozesses zu begreifen“. In dem Erklärungstext zum Jahresthema hieß es weiter: „Die allgemeine Abneigung gegen Streit wird von Populisten vor allem von rechts genutzt, die scheinbar einfache Lösungen für strittige Themen anbieten. Dadurch, daß diffuse Gefahren beschworen werden, wie die Angst vor terroristischen Angriffen oder auch die Furcht vor einer ‚Überfremdung‘ durch Migranten, werden notwendige Auseinandersetzungen in der Gesellschaft verhindert.“ Seit dem Aufkommen von Pegida stellt sich die Frage, wer Auseinandersetzungen verhindert, ganz neu. Das Thema wurde damals überall gelobt, das Problem der geschlossenen Gesellschaft aber nicht wirklich aufgegriffen. *Monika Maron* hat nach einem Besuch der letzten Pegida-Kundgebung vor Weihnachten am 4. Januar in einem Zeitungsbeitrag folgenden Satz formuliert: „Wir preisen die offene Gesellschaft und verweigern die offene Diskussion.“<sup>14</sup>

Zwei Tage später lud der Direktor der Landeszentrale, *Frank Richter*, das zweite Mal zum Dialog ein. Diese Einladung richtete sich insbesondere an Anhänger von Pegida, die sich über Weihnachten in großer Zahl mit Briefen und Mails an ihn gewandt hatten. Zuvor hatte er in Interviews unter anderem gesagt: „In einer Demokratie muß ich auch andere Meinungen aushalten, bis zur Schmerzgrenze.“ Die Landeszentrale hat in den letzten beiden Jahren Moderationen in sächsischen Kommunen durchgeführt, in denen Asylbewerberheime eingerichtet werden. Zu Streit oder Dialog konnte es bei dieser Veranstaltung (noch) nicht kommen, da zunächst erst einmal die verschiedenen Positionen ausgetauscht wurden. Allein, daß man sich aufmerksam zuhörte, war etwas Neues und unterschied sich spürbar von dem, was sich in den Wochen zuvor in der Öffentlichkeit abspielte. *Frank Richter* hat auch selbst Pegida-Veranstaltungen besucht. Dort traf er einen Mitbegründer der „Gruppe der 20“. Dieser meinte zu ihm, er sei heute aus denselben Gründen auf der Straße wie 1989. Die Tragweite einer solchen Äußerung kann nur ermessen, wer die Geschichte der Friedlichen Revolution ein wenig kennt. Am 8. Oktober 1989 waren auf der Prager Straße Demonstranten von der Polizei eingekesselt worden. Bereits an den Tagen zuvor hatte es Massenverhaftungen und Gewalt seitens der Polizei gegeben. Eine weitere gefährliche Eskalation lag in der Luft. *Frank Richter*, damals Kaplan an der Kathedrale, gelang es, mit Verantwortlichen der Polizei ins Gespräch zu kommen. Dann wurden aus der Demonstration heraus per Akklamation Vertreter benannt, die mit dem Oberbürgermeister in den Dialog eintreten sollten. Für diesen Personenkreis bürgerte sich der Begriff „Gruppe der 20“ ein. Durch diese beherzte Aktion ist möglicherweise ein größerer Gewaltausbruch verhindert worden.<sup>15</sup> Zwei Tage später erschien dann unter dem Titel „Es ist möglich, miteinander zu reden“ ein Artikel von *Uta Dittmann* in der

„Union“, der Zeitung der Blockpartei CDU. Die Journalistin schrieb damals: „Niemandem nützt es, die Unruhe, Sorgen und Fragen, die Tausende Dresdner auf die Straße getrieben haben, zu kriminalisieren. (...) Was gebraucht wird, was jetzt not tut, ist das offene, unvoreingenommene, unverkrampfte Gespräch.“<sup>16</sup>

Es gibt viel Rätselraten und Deutungsversuche, warum Pegida ausgerechnet in Dresden Erfolg hat und anderswo nicht. Es ist durchaus möglich, daß sich hier unter der harmoniebedürftigen Oberfläche Renitenz und Eigensinn erhalten haben. In der historisch-politischen Bildung wurde jedenfalls immer dieses Erbe hochgehalten und auf seine Bedeutung für heute abgeklopft. Der 8. Oktober ist in Dresden kommunaler Gedenktag und vor wenigen Wochen im Rahmen des 25. Jahrestages der Friedlichen Revolution mit zahlreichen Veranstaltungen gewürdigt worden. Unzählige Reden haben den Mut der damaligen Demonstranten gelobt. Nun beziehen sich die Demonstranten bei Pegida mit „Wir sind das Volk“ und einem schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer nicht zufällig auf diese Symbole und provozieren damit alle Wohlgesinnten. Daß sich bei deren Gegenaktionen auch die roten Fahnen der Linken finden und kleine Trupps „Deutschland verrecke!“ brüllen, wird in den Medien nicht weiter erwähnt, von den Beteiligten aber durchaus wahrgenommen.

In der bürgerlichen Mitte Dresdens stößt man inzwischen auf Nachdenklichkeit, aber auch Verunsicherung. Überall wird diskutiert, die Bewertungen werden zurückhaltender. Ein Gefühl macht sich breit, daß mit unserer politischen Kultur etwas nicht stimmt. Die Auseinandersetzungen führen auch dazu, daß sich viele Bürger für Zugewanderte interessieren, Hilfsangebote an Flüchtlinge ergehen. Nahezu jeder kennt aber auch Kollegen, Freunde oder Verwandte, die an den Pegida-Veranstaltungen teilnehmen oder ist selbst schon einmal hingegangen, um sich ein Bild zu machen. Die Staatsregierung plant Dialogveranstaltungen, macht sich aber vor allem Sorgen um die Wahrnehmung Dresdens und Sachsens im In- und Ausland. Staatsregierung und Landeshauptstadt hatten deshalb für den 10. Januar unter dem Titel „Für Dresden, für Sachsen – für Weltoffenheit, Mitmenschlichkeit und Dialog im Miteinander“ zu einer Kundgebung auf den Dresdner Neumarkt eingeladen. Der komplizierte Titel deutet diese beiden Anliegen an. In den Medien wurde die Veranstaltung aber sofort als Anti-Pegida-Veranstaltung gewertet. Das gewünschte „Zeichen“ konnte gesendet werden. Doch was nun? Die Oberbürgermeisterin, *Helma Orosz*, hatte in ihrer Rede ausgerechnet das berühmte, *Voltaire* zugeschriebene Zitat bemüht: „Du bist anderer Meinung als ich, aber ich werde dein Recht darauf bis in den Tod verteidigen.“ Das war insofern erstaunlich, als bis dahin kaum jemand das Recht der Demonstranten auf eine eigene Meinung verteidigt hatte, sie statt dessen als Rassisten, Islamfeinde und Leute mit „diffusen Ängsten“ beschrieben worden waren.

Niemand weiß im Moment so recht, wie und mit wem ein solcher Dialog zu führen ist. Die Therapie ist schwierig, wenn schon die Diagnose falsch ist, hat der Dresdner Politikwissenschaftler *Werner Patzelt* mehrfach erklärt. Vielleicht bleibt am Ende nur ein weiterer Kollateralschaden, den das moralisierende Ungeheuer hinterläßt. Doch das ist unwahrscheinlich. Pegida hat die Schweigespirale ins Wanken gebracht. Menschen äußern sich und demonstrieren. Der Politikbetrieb

ist aufgeschreckt, vielleicht sogar gestört, das Image beeinträchtigt. Ja, das tut weh! Politische Äußerungen, die nicht kanalisiert und gefiltert sind, können dumm, fragwürdig, vielleicht sogar „menschenfeindlich“ sein. Für Journalisten ist es nicht schwierig, derartige Äußerungen bei den Pegida-Veranstaltungen abzurufen. Es gibt nun zwei Wege: Eine weitere Assoziation und Dissoziation, also eine Freund-Feind-Unterscheidung im Sinne des Politischen nach *Carl Schmitt*. Das hieße Ausgrenzung der Pegida-Anhänger. Oder eine kreative Integration der Proteste im Sinne einer offenen Gesellschaft. Dabei müßte allerdings auch unsere politische Kultur insgesamt kritisch betrachtet werden müssen. Ob Dresden zeigt, wie's geht, wie *Frank Richter*, diese Pegida-Parole aufnehmend, seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Außerhalb Sachsens wird eindeutig der erste Weg beschritten, was aufgrund der von Dresden abweichenden Erscheinungsformen von Pegida nicht ganz abwegig ist.

### **Anmerkungen**

- 1) Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1972<sup>5</sup>, S. 28.
- 2) Jens Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin 1992.
- 3) Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hg.), *Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte*, Berlin 1994.
- 4) Peter Sloterdijk, *Die schrecklichen Kinder der Neuzeit. Über das anti-genealogische Experiment der Moderne*, Frankfurt/M. 2014, S. 38 f.
- 5) Ebd., S. 316.
- 6) Ebd., S. 319.
- 7) Ebd., S. 483.
- 8) Ebd., S. 484.
- 9) *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*, Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Bonn 2014.
- 10) Ebd. S. 61.
- 11) Ebd. S. 64.
- 12) Udo di Fabio, *Die Kultur der Freiheit*, München 2005, S. 243.
- 13) Udo di Fabio, *Gewissen, Glaube Religion. Wandelt sich die Religionsfreiheit?* Berlin 2008, S. 72.
- 14) Monika Maron, *Die Welt*, 04.01.2015.
- 15) Michael Richter, *Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90*, Göttingen 2009, S. 349 ff.
- 16) Uta Dittmann, *Die Union*, 10.10.1989.

*Henry Krause, Politikwissenschaftler, lebt in Dresden.*

## Aufbruch in die digitale Medienwelt

Wer sich mit den sozialen Kommunikationsmitteln beschäftigt, sollte sich auf das Subsidiaritätsprinzip besinnen. Denn es sind die Medien, die den Einzelnen befähigen können, sich an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. Jeder, der an Politik, Kultur, Wirtschaft teilhaben soll, benötigt das „subsidium“ der Medien, um sich über den aktuellen Lauf der Ereignisse zu unterrichten. „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“, macht *Niklas Luhmann* klar.<sup>1</sup> Die Medien werden so zu unseren Augen, mit dem wir das wahrnehmen, was sich jenseits unserer unmittelbaren visuellen Wahrnehmungsmöglichkeit abspielt. Unser Bild von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und natürlich auch von Kirche basiert wesentlich auf den Informationen, die uns die Medien präsentieren. Insofern ist die Medienproblematik auch eine geistige und geistliche Herausforderung für die Kirche.

So hat schon der Heilige Papst *Johannes Paul II.* 1991 in seiner Enzyklika „*Centesimus annus*“ vor allem bei den Trägern der Kommunikationsmittel ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein angemahnt, das sich vom christlichen Menschenbild ableiten läßt.<sup>2</sup> Sein Nachfolger, Papst *Benedikt XVI.* erinnert in seiner Botschaft zum 40. Welttag der sozialen Kommunikationsmittel an das Dekret des Zweiten Römischen Ökumenischen Konzils über die sozialen Kommunikationsmittel „*Inter Mirifica*“, das die Macht der Medien anerkennt, die gesamte menschliche Gesellschaft zu beeinflussen.<sup>3</sup> Heute sei es notwendig, „jene Macht im Interesse der gesamten Menschheit zu zügeln“, indem die Medien als ein „Netzwerk begriffen und entwickelt werden müssen, das Kommunikation, Gemeinschaft und Kooperation ermöglicht“<sup>4</sup>. Die technologischen Fortschritte der Medien hätten Zeit und Raum erobert und Kommunikation zwischen Menschen auch im Falle größerer Entfernungen, zum selben Zeitpunkt und ohne Zeitversetzung unmittelbar möglich gemacht.

„Diese Entwicklung“, so sagt *Benedikt*, „stellt ein enormes Potential für den Dienst am Gemeinwohl dar ... Gleichwohl werden wir täglich daran erinnert, daß die Unmittelbarkeit der Kommunikation nicht notwendig Entwicklung der Zusammenarbeit und Gemeinschaft in der Gesellschaft heißt.“<sup>5</sup> Er fordert die Medienschaffenden auf, „nicht unter dem Gewicht der Informationsfülle müde zu werden und sich auch nicht mit partiellen oder provisorischen Wahrheiten zufriedenzugeben. Im Gegenteil, es ist notwendig, sich um letzte Begründung und Bedeutung menschlicher, persönlicher und sozialer Existenz zu bemühen und dies zu verbreiten“.<sup>6</sup>

Er ruft die Medien auf, „Vorkämpfer der Wahrheit und Förderer des Friedens, der daraus folgt, zu sein“ und erinnert an seinen Vorgänger, *Johannes Paul II.*, der für den Dienst der Medien am Gemeinwohl drei Schritte gefordert hatte: Erziehung,

Teilhabe und Dialog. „Erziehung zum verantwortungsvollen und kritischen Gebrauch der Medien hilft den Menschen, diese intelligent und angemessen zu benutzen. Die tiefe Wirkung auf den Sinn neuer Worte und Bilder, die besonders die elektronischen Medien so leicht in die Gesellschaft einführen, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Eben weil die zeitgenössischen Medien die Kultur der Menschen prägen, müssen sie ihrerseits jeder Versuchung zur Manipulation, vor allem der Jugend, widerstehen und statt dessen dem Anliegen folgen, zu erziehen und zu dienen [...] Teilhabe an den Medien entsteht aus ihrer Natur als ein Gut, das für alle Menschen bestimmt ist, als eine öffentliche Dienstleistung erfordert soziale Kommunikation einen Geist der Zusammenarbeit und Mitverantwortung zusammen mit strenger Verantwortlichkeit im Gebrauch öffentlicher Ressourcen und der Wahrnehmung einer öffentlichen Treuhänderrolle [...] Drittens, schließlich, bieten die Förderung des Dialogs durch den Austausch im Lernen, der Ausdruck von Solidarität und der Einsatz für den Frieden eine große Gelegenheit für die Massenmedien, die erkannt und wahrgenommen werden muß. Auf diese Weise werden sie einflußreiche und geschätzte Ressourcen zur Entwicklung der Zivilisation der Liebe, wonach sich alle Völker sehnen.“<sup>7</sup>

Auch Papst *Franziskus* unterstreicht in seiner Botschaft zum 48. Welttag der Sozialen Kommunikationsmittel die positiven Möglichkeiten der Medien, ein „neues Gefühl für die Einheit der Menschheitsfamilie (zu) entwickeln, das uns zur Solidarität und zum ernsthaften Einsatz für ein würdigeres Leben drängt ... die Kultur der Begegnung macht es erforderlich, daß wir bereit sind, nicht nur zu geben, sondern auch von den anderen zu empfangen. Die Medien können uns dabei behilflich sein, besonders heute, da die Kommunikationsnetze der Menschen unerhörte Entwicklungen erreicht haben. Besonders das Internet kann allen größeren Möglichkeiten der Begegnungen und der Solidarität untereinander bieten, und das ist gut. Es ist ein Geschenk Gottes.“<sup>8</sup>

Die Charakterisierung des Internets als Geschenk Gottes durch Papst *Franziskus* ist eine Ermutigung für alle, die sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der digitalen Medienwelt auseinandersetzen. Die Digitalisierung hat die Medienwelt in einer Weise revolutioniert, daß die Gewißheiten und Gewohnheiten von gestern beiseite gelegt und durch völlig Neues ersetzt wurden. Man kann die These aufstellen, daß die Gutenbergsche Revolution der mittelalterlichen Medienwelt in der Digitalisierung eine zeitgenössische Entsprechung findet.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat 2011 ein Papier unter dem Titel „Virtualität und Inszenierung – unterwegs in der digitalen Mediengesellschaft“ herausgebracht, in dem die medienethischen Konsequenzen der digitalen Revolution untersucht werden.<sup>9</sup> Das Papier unterstreicht die gewachsene Bedeutung der Medien und Kommunikationskompetenz in der digitalen Mediengesellschaft. Als zentrale Elemente einer solchen Kompetenz, die auch an einen theologisch fundierten Kommunikationsbegriff zurückgebunden werden muß, werden genannt erstens, „die Fähigkeit, Medien als Instrumente der individuellen und sozialen Kommunikation wahrzunehmen und zu nutzen. Medien dienen dem gegenseitigen Austausch und sind dialogischer Natur. Kein Medium transportiert Sinn an sich, son-



dem es stiftet Sinn im Prozeß der Kommunikation und erhält seinen Sinn aus diesem Prozeß zurück. (Zweitens,) die Fähigkeit, Medien als Schnittstelle zu begreifen. Medien sind Zugänge zu Vergangenen und Gegenwärtigem, zu realen wie virtuellen Welten. Sie vermitteln Nahwelt und globalen Bereich und stellen Verbindungen zwischen ihnen her. Medien bauen Brücken von der Wirklichkeit zum eigenen Ich und vom eigenen Ich zu anderen Personen. Deshalb haben sie eine Schlüsselfunktion im Aufbau einer toleranten und humanen Gesellschaft, in der man sich darüber verständigt, in welcher Realität der Mensch zu sich selbst kommt. (Drittens,) die Fähigkeit zu erkennen, daß Medien Ausdrucksphänomene sind und jedes Medium als Versuch einer Wirklichkeitserschließung und Wirklichkeitsdeutung verstanden und in seinem Verhältnis zu individuellen Lebensgestaltungen und kollektiven Deutungsmustern bestimmt werden kann. Medien- und Kommunikationskompetenz besitzt folglich derjenige, der Medien in ihrer ästhetischen, inhaltlichen und ethischen Dimension beurteilen kann.“<sup>10</sup>

### Funktion und Konsumption der Medien

Diese kirchlichen Stellungnahmen haben sich von der pessimistischen Skepsis verabschiedet, die Medien aufgrund ihrer Säkularität als inkompatibel mit dem Glauben zu bewerten. Gerade weil unser Bild von der Kirche von Medien abhängt, verbietet sich eine pessimistische Bewertung. Verlangt wird ein realitätsbezogener Umgang mit den einzelnen Medien und ihren Vertretern und auch eine Kenntnisnahme der gesellschaftlichen Megatrends, die zu den Rahmenbedingungen der Medienentwicklung gehören. Die hierzu vorliegende Literatur ist mittlerweile fast unüberschaubar geworden. Im Anschluß an den Eichstätter Kommunikationswissenschaftler, *Walter Hömberg*, greife ich nur vier besonders markante Entwicklungslinien heraus, deren Plausibilität jedermann spüren kann.<sup>11</sup>

Erstens: Globalisierung: Nationale Grenzen verlieren ihre Trennschärfe, die Wirtschaft, auch die Medienwirtschaft orientiert sich weltweit. Die Mobilität steigert sich nicht nur bei den young professionals, sondern auch im Tourismus und in der Migration.

Zweitens: Individualisierung. Mit der „Verflüssigung“ sozialer Strukturen haben herkömmliche Sozialformen wie Ehe und Familie zu kämpfen. Die Bindungsbereitschaft geht zurück. Darunter haben auch Kirchen, Verbände, Parteien und Gewerkschaften zu leiden. Neue Netzwerke müssen individuell geknüpft werden.

Drittens: Virtualisierung. An die Stelle der „wirklichen Wirklichkeit“ tritt die Simulation. Mit Hilfe des Computers lassen sich Personen, Situationen, Landschaften und Gegenstände simulieren, virtuelle Gesprächskreise sind keine eigenständigen Institutionen, sondern Verbundeinrichtungen.

Viertens: Fragmentierung. Die herkömmlichen sozialen Formationslinien, also Klassen, Schichten und Rollen, verlieren an Prägekraft. An die Stelle relativ fester Lebensverlaufsmuster treten flexible und volatile Lebensstile.

Neben diesen allgemeinen Entwicklungsverläufen können auch spezielle Medientrends beobachtet werden. Auch hier beschränke ich mich auf vier.

Erstens: Digitalisierung: Die digitale Technik macht es möglich, Bild- und Tonfolgen in besserer Qualität zu produzieren, zu übertragen und zu empfangen. Wegen deutlich größerer Kanalkapazität ist eine Vervielfältigung des Angebotes, zum Beispiel von Fernsehprogrammen für spezielle Zielgruppen, realisierbar.

Zweitens: Kommerzialisierung. Das ökonomische Kalkül bestimmt in vielen Medien das publizistische Angebot. Die Grenzen zwischen redaktionell zu verantwortetem Inhalt und Werbung verschwimmen durch *sponsoring and product placement*. Ungefilterte public relations und parasitäre e-commerce-Einflüsse vermindern die Glaubwürdigkeit. Auch in Medienunternehmen steigt der Trend, aus Kostengründen Teile der Produktion auszulagern. Mit dem outsourcing wächst die Zahl der freien Mitarbeiter.

Drittens: Entertainisierung. Neben Information und Meinungsbildung gehört die Unterhaltung zu den klassischen Funktionen der Medien. Unterhaltungselemente durchdringen inzwischen allerdings immer stärker das inhaltliche Angebot, was zu Mischformen wie Infotainment und Edutainment führt.

Viertens: Angesichts der Individualisierung und Fragmentierung der Gesellschaft wird die Ratgeberfunktion der Medien immer wichtiger. Das Publikum erwartet Orientierung in der Angebotsfülle von Waren, Dienstleistungen und Lebensstiloptionen. Die Bedeutung des Ratgeberjournalismus nimmt zu.

Entwicklungen wie die diskutierten provozieren häufig auch Gegenbewegungen. So hat die Globalisierung zum Beispiel das Aufblühen regionaler Kulturen bewirkt. Der Soziologe *Robertson* spricht von Glokalisierung. Insgesamt aber ist eine Entgrenzung festzustellen durch die Multicross-Medienangebote, die die Grenzen zwischen Text-, Ton- und Bildmedien verwischen. Die Trennungsregeln zwischen Journalismus und Werbung werden oft ignoriert und auch jene zwischen *fact* und *fiction* ist nicht immer zu identifizieren. Manches, was als Journalismus ausgegeben wird, bewegt sich bereits jenseits der *borderline*.

Wenn das Mediensystem in den Blick genommen wird, dann wird deutlich, daß es nicht nur vom politischen System abhängt, sondern daß es ebenso von Land zu Land unterschiedlich ausfällt. Für Deutschland ergibt sich folgendes Bild:

Die zentrale Leistung der Medien besteht darin, Strukturen für die Öffentlichkeit bereitzustellen, in denen eine nationale, regionale, lokale oder sublokale Gesellschaft das Gespräch mit sich selbst führen kann. Die deutsche Medienlandschaft ist außerordentlich vielfältig und dezentralisiert. Der föderalistischen Struktur Deutschlands entsprechend ist die politische Hauptstadt Berlin nicht gleichzeitig die Hauptstadt der Medien. Die einflußreichsten Zeitungen und Wochenmagazine erscheinen in München (*Süddeutsche Zeitung* und *Focus*), in Frankfurt am Main (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*), in Hamburg (*Die Zeit* und *Der Spiegel*). Ähnliches gilt für die elektronischen Medien. Die größten öffentlich-rechtlichen Sender haben ihre Standorte nicht in Berlin, sondern wie das Zweite Deutsche Fernsehen in Mainz, der Westdeutsche Rundfunk in Köln, der Norddeutsche Rundfunk in Hamburg und der Mitteldeutsche Rundfunk in Leipzig. Auch die privaten Sender haben außerhalb der Hauptstadt ihren Stammsitz, wie RTL in Köln und Sat1 in Mainz und München. Allein die europaweit größte Boulevardzeitung, die Bild-

Zeitung, hat vor einiger Zeit ihre Zentralredaktion von Hamburg nach Berlin verlegt.

Die deutsche Zeitungslandschaft leidet unter Auflagenschwund. Die Zahl der Abonnenten ist seit 1991 von 20 auf 14,5 Millionen gesunken.<sup>12</sup> Ähnliches gilt für die so genannten publizistischen Einheiten, die als Zentralredaktionen oft für die Inhalte mehrerer Kopfblätter verantwortlich sind. Ihre Zahl ist im gleichen Zeitraum von 158 auf 130 geschrumpft. Explodiert hingegen ist in der gleichen Zeit die Zahl der Publikumszeitschriften von 565 auf 833. Ähnliches gilt für die Fachzeitschriften. Ihre Anzahl hat sich im gleichen Zeitraum von 903 auf 1126 vergrößert.

Seit der Zulassung privater Rundfunkveranstalter 1984 liefern sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter und die privaten einen scharfen Wettbewerb um die Aufmerksamkeit des Publikums. Der Gesetzgeber hat die öffentlich-rechtlichen Anstalten zur informationellen Grundversorgung verpflichtet, um so die Legitimität der Rundfunkgebühren zu sichern, die von der Europäischen Union immer wieder in Frage gestellt werden. Mittlerweile sind sie durch Rundfunkbeiträge ersetzt worden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat 7,448 Milliarden Euro (2012) als Rundfunkbeiträge eingenommen. Hinzu kommen dreihundert Millionen Euro an Nettowerbeeinnahmen. Die privaten Fernsehveranstalter haben rund 18 Milliarden Euro (2012) an Werbeeinnahmen zu verzeichnen gehabt, wobei der größte Teil auf die Senderfamilien RTL und Sat1-ProSieben entfällt.

Während 1970 72 Prozent aller Haushalte über Fernsehgeräte verfügten, ist die Reichweite mittlerweile auf 91 Prozent angestiegen. Ähnliches gilt für den Hörfunk. Auch er erreicht heute mehr als neunzig Prozent der Haushalte. Klarer Verlierer dieser Entwicklung ist die Tageszeitung. 1970 erreichte sie 70 Prozent aller Haushalte, Höhepunkt der Reichweite von Tageszeitungen war das Jahr 1980 mit 76 Prozent. Danach sank die Reichweite beschleunigt ab und lag 2010 bei 44 Prozent. Das Internet startete 2000 mit zehn Prozent, erreichte 2005 28 Prozent und liegt jetzt bei 83 Prozent.

Die Mediennutzung insgesamt lag 2005 bei 600 Minuten pro Tag und Konsument in Deutschland. Bis 2010 ging die Mediennutzung leicht auf 583 Minuten zurück. Während der Fernsehkonsum gleichblieb, ging die Zuwendung zum Radio von 221 auf 187 Minuten zurück. Die Lektüre der Tageszeitung ist auf 28 Minuten gesunken. 1980 waren es noch 38 Minuten. Auf die Lektüre von Zeitschriften und Büchern wurden 2012 sechs beziehungsweise 22 Minuten verwandt. CDs, Schallplatten, Kassetten, Videos kommen auf 40 Minuten.

## Journalisten

Journalisten sind die Verwalter unserer Neugier. Sie wollen und sollen uns über das unterrichten, was Tag für Tag geschieht, mit Relevanz für unser Leben und für unsere Orientierung, in der Politik, in Wirtschaft und Gesellschaft, in Kultur und Wissenschaft und in der regionalen und lokalen Nachbarschaft. Ihren Entscheidungen vertrauen wir die knappste unserer Ressourcen an, unsere Aufmerksamkeit.

In Deutschland arbeiten 60.000 Journalisten, davon sind 43.000 festangestellt. Der Beruf der Journalisten ist offen, er ist rechtlich ungeschützt. Artikel 5 Grundgesetz erlaubt es jedermann, sich als Journalisten zu bezeichnen. Aber auch historische Gründe wie das NS-Schriftleitergesetz von 1933 und ähnliche Regelungen in der DDR sind Motive für den Mangel an Rechtsschutz für die Bezeichnung Journalist.<sup>13</sup> Journalisten sind in der Regel abhängig beschäftigt. Deshalb stellen die jeweiligen Zielvorgaben ihres Arbeitgebers einen wichtigen Einflußfaktor auf ihre Arbeit dar.

Dabei lassen sich grob inhaltliche (redaktionelle Tendenzen) und kommerzielle Zielvorgaben unterscheiden. Es kommt im deutschen Journalismus relativ selten zu direkten Einflußnahmen der Geschäftsleitung auf die redaktionellen Inhalte. Die vor allem bei Tageszeitungen zum Teil deutlich ausgeprägten redaktionellen Linien dürften aber dazu führen, daß bereits bei der Personalrekrutierung auf beiden Seiten auch politisch-ideologische Erwägungen eine Rolle spielen und später entsprechende Sozialisationsprozesse stattfinden. Auf einer Sieben-Punkte-Skala sieht nur jeder dritte deutsche Journalist eine Distanz von mehr als einem Skaleneinheit zwischen der eigenen Links-rechts-Einordnung und der seines Mediums. Dies erklärt, warum das so genannte politisch-publizistische Spektrum, also die Verteilung der wichtigsten Nachrichtenmedien auf einem Links-rechts-Spektrum in Deutschland über Jahre hinweg relativ stabil geblieben ist. Offensichtlich haben die einzelnen Redaktionen inhaltlich relativ viel Freiheit, über ihre Ausrichtung bei konkreten Themen zu entscheiden.

Ein zweiter Einflußfaktor auf der Seite der Medieninstitutionen sind deren kommerzielle Interessen. Durch den verschärften Wettbewerb im Mediensektor hat die Bedeutung des wirtschaftlichen Erfolgs als Leitlinie für die journalistische Arbeit zugenommen. Im internationalen Vergleich mit britischen und amerikanischen Journalisten haben zwar die deutschen Journalisten immer noch deutlich geringere Beschränkungen ihrer Arbeit durch wirtschaftliche Erwägungen zu erdulden. Aber auch bei ihnen geraten zwei ökonomische Ziele zunehmend in Konkurrenz zu publizistischen: die Erhöhung der Reichweite durch Bedienung des Publikumsgeschmacks und die Erhöhung des Werbeumsatzes durch Bedienen der Interessen von Anzeigenkunden. Die Ablösung eher inhaltlich-publizistischer Verlegerpersönlichkeiten durch anonyme, rein nach ökonomischen Kriterien geführte Konzerne trägt zu dieser Entwicklung bei.

Vor allem bei den Nachrichten haben Journalisten die schwierige Aufgabe, in einem fort Auswahlentscheidungen treffen zu müssen, für die es kaum objektivierbare Kriterien gibt. Bei der Faktenbewertung müssen sie Wahrheitsentscheidungen treffen, bei der Bedeutungszumessung von Fakten haben sie Nachrichtenwertentscheidungen zu treffen, und bei Werturteilen Bewertungsentscheidungen. Dies alles geschieht unter Wettbewerb und damit unter Zeitdruck und im Bewußtsein, daß diese Entscheidungen öffentlich sind, also für jedermann erkennbar. Bei ihren Entscheidungen orientieren sie sich an ihren Berufskollegen. Das ist der Grund, weshalb bei Journalisten die Orientierung an der eigenen Berufsgruppe stärker ist als bei anderen Berufsgruppen. Deshalb gehören Journalisten zu den eifrigsten Konsumenten von Medien. Journalistische Leitmedien sind die Magazine *Spiegel*,

*Stern*, *Focus* und die überregionalen Tageszeitungen *Süddeutsche Zeitung* und *FAZ*. Am häufigsten in anderen Medien werden zitiert *Spiegel*, *Bild*, *FAZ* und *Focus*. Dies führt zu einer auffälligen Kumulation und Konsonanz. Nur so ist zu erklären, daß die Medien für die Politik zentrale Themen wie die Überdehnung der Sozialsysteme infolge der demographischen Entwicklung jahrzehntelang der öffentlichen Aufmerksamkeit entziehen konnten, obwohl Fachleute schon in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts darauf aufmerksam machten.

Das Rollenverständnis von Journalisten ist auch im internationalen Vergleich ausreichend erforscht, so daß sich belastbare Aussagen treffen lassen. Die Ergebnisse zeigen im Vergleich vor allem mit angelsächsischen Journalisten, daß ihre deutschen Berufskollegen ihr eigenes Rollenverständnis stärker praktisch-partizipativ und advokatorisch definieren. Dies gilt noch einmal stärker für die Journalisten in den neuen Bundesländern, die ihren Beruf als politische Rolle verstehen, hinter die eine um Neutralität bemühte Vermittlerrolle zurückzutreten hat. Wenn auch zu vermuten ist, daß dieser „missionarische Journalismus“ (*Renate Köcher*) durch die gewachsene Kommerzialisierung der Medien in Deutschland eingedämmt wird, so fallen die Unterschiede doch sehr deutlich aus.

So gaben bei einer international vergleichenden Umfrage 21 Prozent der amerikanischen Nachrichten-Journalisten, aber 70 Prozent ihrer deutschen Kollegen an, es sei ihnen an ihrem Beruf sehr oder ziemlich wichtig, sich für bestimmte Werte und Ideen einzusetzen. Aus der gleichen Untersuchung geht hervor, daß sich 70 Prozent der deutschen Journalisten und 87 Prozent der amerikanischen Kollegen dem Neutralitätsmodell verpflichtet fühlen. Hingegen hängen 3 Prozent der amerikanischen, aber 18 Prozent der deutschen Kollegen einem anwaltschaftlichen Berufsethos an.<sup>14</sup>

In Deutschland gibt es keine staatlich geregelte Journalistenausbildung. Zwei Königswege führen zu diesem Beruf: Erstens ein normalerweise dreijähriges Praktikum (Volontariat) in einer Redaktion, das – falls der künftige Journalist ein akademisches Studium absolviert hat – auf zwei Jahre oder weniger reduziert werden kann. Zweitens eine studienbegleitende Journalistenschulung, die von den großen Stiftungen wie der KAS, von Universitäten und Fachhochschulen oder von Journalistenschulen der großen Medienhäuser (Springer, Bertelsmann) und von der katholischen und evangelischen Kirche angeboten wird. Dort spielt die Beschäftigung mit Fragen der Medienethik eine große Rolle. In jüngerer Zeit entstanden sowohl bei den Zeitungen wie auch in den elektronischen Medien spezielle Rubriken, die sich mit medienethischen Fragen beschäftigen und die Berichterstattung anderer Medien kritisch hinterfragen.

Von den Medien wird einerseits die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe und damit die Auswahl ihrer Inhalte auch nach demokratietheoretischen Erwägungen darüber erwartet, was die Staatsbürger wissen sollten, um sich kompetent eine Meinung zu bilden. Andererseits handelt es sich bei ihnen um überwiegend privatwirtschaftliche Unternehmen, deren Gewinne in der Regel um so größer sind, je mehr Publikum sie erreichen.

Damit wird der Publikumsgeschmack zu einem natürlichen Entscheidungskriterium für die Inhalte. Eine Folge dieser Entwicklung ist die zu beobachtende zunehmende ‚Boulevardisierung‘ der Zeitungen, das heißt zum Beispiel die Angleichung von inhaltlichen und formalen Merkmalen der so genannten ‚seriösen‘ Presse an die Straßenverkaufszeitungen. Ähnliches gilt auch für die öffentlich-rechtlichen Sender, die sich in manchen Programmen den Formaten der privaten Veranstalter annähern. *Wolfgang Donsbach* hat dies detailliert erläutert und spricht von einer Banalisierung der Politik, die durch die Medien in Gang gesetzt wurde und werde. Sie werde von den Politikern durch eine Banalisierung der Politik verantwortet.<sup>15</sup> Diese doppelte Bewegung bewirke einen Verlust des Markenkerns von Medien und Politik und führe vor allem bei jüngeren Menschen zu einem Rückzug von der Politik. All dies bewirke einen Verlust des öffentlichen Raumes.

Das deutsche Mediensystem ist ein zentraler Bestandteil der politischen Kultur und wie diese einem permanenten Wandel unterworfen. Wie auch in der Gesellschaft insgesamt, differenziert es sich immer deutlicher. Der Abschied von den politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Milieus hat längst stattgefunden. Konformität und möglichst großer Konsens sind abgelöst worden durch die Bereitschaft, Dissens und Konflikte auszuhalten und Kompromisse anzustreben. In den Medien zeigt sich dieser Paradigmenwechsel ebenso im Pochen auf Unabhängigkeit wie auch in der oft heftigen Kritik an anderen Medien.

### Ethische Herausforderungen

Die Ubiquität und Omnipräsenz der Medien ist der Grund dafür, daß Medien in der heraufkommenden Wissensgesellschaft mehr noch als zuvor als ihr zentrales Nervensystem Geltung beanspruchen können. Die explosionsartige Vervielfältigung der technisch erreichbaren Informationsmöglichkeiten verlangt vom Mediennutzer ein viel größeres Maß an souveräner Entscheidungskompetenz. Aufklärung heute kann deshalb verstanden werden als eine Befreiung von den Fesseln fremdbestimmter Kommunikation. Die Transparenz des Mediensystems und seine Inpflichtnahme durch ethische Mindestnormen sind deshalb die erste Forderung der Rezipienten an die Medienproduzenten. Die technologische Modernisierung der Medien und ihre Globalisierung verschärfen das Spannungsfeld zwischen journalistischer Praxis und den Anforderungen der Medienethik.

Jedem, der sich als Konsument oder gar Produzent mit Medieninhalten beschäftigt, drängt sich die Frage auf, ob künftig allein der Markt die Moral definiert, ob allein die Botschaft, die beim Publikum ankommt – gemessen an Einschaltquote oder Auflagenhöhe – die moralischen Standards der Wissensgesellschaft bestimmen soll. Es geht um die Möglichkeiten und Begrenzungen der Verantwortung der Produzenten von Medienangeboten ebenso wie um den verantwortlichen Umgang mit Medieninhalten bei den Konsumenten.

Es ist schwer vorauszusagen, welche Entwicklungen die Zukunft der Medien bestimmen werden. Vieles wissen wir noch nicht, aber die Richtung läßt sich erken-

nen, in die der Aufbruch in die digitale Medienwelt erfolgt. Diese „künftige Entwicklungen“, so fordert es das von der publizistischen Kommission der Bischofskonferenz verabschiedete Medienpapier<sup>16</sup>, „sind seitens der Kirche genau zu beobachten, zu reflektieren, in entsprechende Medienarbeit zu investieren und die Entwicklung medientheologisch zu begleiten. Nur so kann die Kirche flexibel auf den Medienwandel reagieren.

Es muß ein kirchliches Medienangebot geschaffen werden, das „unseren Glauben auch in Gegenwart und Zukunft *authentisch* vermitteln“ kann. Die Geschehnisse in der Welt sollen so dargestellt und weitergegeben werden, damit sie aus der Perspektive des christlichen Glaubens eingeordnet und bewertet werden können. „Bei allem, was wir auf dem Gebiete der medialen Kommunikation tun, sollten wir auf eine Stärke setzen, die uns zu eigen ist: die Authentizität unseres Glaubenszeugnisses. In einer digitalen Welt, in der das Virtuelle die Realität vertreibt und Täuschung und falsche Verheißungen vielfach vorhanden sind, werden Stimmen, die glaubwürdig sind und ein Interesse am Heil des Menschen und der Gesellschaft zum Ausdruck bringen, Aufmerksamkeit finden. Virtuelle Fluchtwelten können Zeitvertreib für ein paar Stunden bringen, nicht aber können sie die existentiellen Fragen beantworten und schon gar nicht Erlösung bringen. Wir sind auf neuem, oftmals noch unsicheren Wegen, aber wir beschreiten sie getragen von der Hoffnung, daß sich gute Inhalte, tragfähige Wahrheiten und Frohe Botschaft dabei behaupten können.“<sup>17</sup>

### **Anmerkungen**

- 1) Niklas Luhmann, Die Realität der Massenmedien, Opladen 1996, S. 9.
- 2) Johannes Paul II., Enzyklika Centesimus annus, 36: AA S. 83 (1991), 838-839.
- 3) Dekret über die Sozialen Kommunikationsmittel „Inter Mirifica“ in: Peter Hünermann, Die Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils, Herder, Freiburg, Basel, Wien, 2004, S. 57 ff.
- 4) Papst Benedikt XVI., Die Medien – ein Netzwerk für Kommunikation, Gemeinschaft und Kooperation, in: Communio Socialis, Heft 2, 39. Jahrgang, 2006, S. 193 ff.
- 5) a.a.O.
- 6) a.a.O.
- 7) a.a.O., S. 195.
- 8) Papst Franziskus, Im Dienst einer authentischen Kultur der Begegnung, Botschaft zum 48. Welttag der Sozialen Kommunikationsmittel, in: communicatio socialis, 47. Jahrgang, 2014, Heft 1, S. 112f.
- 9) Publizistische Kommission der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Virtualität und Inszenierung – unterwegs in der digitalen Mediengesellschaft, Bonn 2011.
- 10) a.a.O., S. 65f.
- 11) Vgl. hierzu Wolfgang Bergsdorf, Macht der Medien, in: Karl Dietrich Bracher, Hanns Adolf Jakobsen, Volker Kronenberg, Oliver Spatz (Hrsg.): Politik, Geschichte und Kultur, Wissenschaft in Verantwortung für die Res Publica, Festschrift für Manfred Funke zum 70. Geburtstag, Bonn 2009, Seite 324f.

12) Für diese und die folgenden Zahlen vgl. Media Perspektiven, Basisdaten, Daten zur Mediensituation in Deutschland 2013, Frankfurt am Main 2013.

13) Wolfgang Donsbach, Artikel „Journalist“, Fischer Lexikon Publizistik und Massenkommunikation, Frankfurt am Main 2003.

14) ebd.

15) Wolfgang Donsbach, Weimar 3.0. Über den Verlust des öffentlichen Raumes, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Am Ende der Gewissheiten, München 2011, S. 226 ff.

16) Vgl. Fn. 9, Seite 83f.

17) a.a.O.

*Prof. Dr. Wolfgang Bergsdorf, Ministerialdirektor a.D., war Präsident der Universität Erfurt und leitet die Görres-Gesellschaft.*



## Öffentlichkeit als Wahrheit und Manipulation

### Zur Integrationsaufgabe der repräsentativen Demokratie

Die allgemeinste Bedeutung von Öffentlichkeit enthält zwei Aspekte: einmal die prinzipielle Zugänglichkeit von Kenntnissen und Meinungen innerhalb einer politischen Ordnung; dann eine bestimmte Formation der Gesellschaft, in der sich Meinungen bilden, durch die diese Gesellschaftsform ihre Identität erhält, und „in der diese Meinungen die Funktion einer eigenständigen politischen Kraft beanspruchen.“<sup>1</sup>

Dieser allgemeinste Begriff von Öffentlichkeit schließt als das gemeinsame Ziel eine Ordnung des Zusammenlebens und eine allen zugängliche und verbreitete Sprache ein. Eine mehr oder weniger politisch wirksame Öffentlichkeit gibt es in den verschiedensten historischen Herrschaftsformen von der athenischen Vollversammlung über die allein von den herrschenden Königen und Kaisern reglementierten Formen bis zur Form der Öffentlichkeit in der modernen Demokratie. Öffentlichkeit kann eine die Demokratie legitimierende Funktion haben. Sie kann die Demokratie aber auch delegitimieren. Dies ist hier zu klären. Öffentlichkeit stellt zwar für alle, ähnlich wie die Sprache, den Kommunikationsraum dar, gleichwohl macht es einen großen Unterschied, wie man sie versteht und mit ihr umgeht. Ob man sie von außen beobachtet und mit dem Systemtheoretiker *Luhmann* die Steuerung der Meinungsbildung im Sinne von Aufmerksamkeitsregeln begreift<sup>2</sup>, oder ob man, wie es *Gerd Roellecke* fordert, sich auch für die Öffentlichkeit verantwortlich fühlt und sie nicht nur, wie *Luhmann*, von außen beobachtet.<sup>3</sup>

Zwar lebt die öffentliche Meinung von einem freien Urteil, das hindert jedoch nicht, daß im politischen Prozeß die Leidenschaften der Wutbürger ebenso auftauchen wie die Kampagnen und Hetzjagden der Medien, nicht zu vergessen die Machtkämpfe der Politiker, die aus politischen Szenarien „Schlangengruben“ machen. Demokratische Öffentlichkeit lebt von einer Spannbreite, die auf der einen Seite das Ziel der rechtlich-moralischen Praxis des Zusammenlebens, auf der anderen die vielfältigen Exzesse des Machtmißbrauchs, der Irreführung und Pervertierung der Öffentlichkeit hat.

Im *ersten* Abschnitt gehe ich mit *Platon* auf das Verhältnis von allgemeiner Wahrheit und Öffentlichkeit ein. Die praktisch-politische Wahrheit der Öffentlichkeit erläutere ich mit Rückgriff auf *John Locke*. Von dem damit gewonnenen Begriff der repräsentativen Demokratie grenze ich im *zweiten* Abschnitt Versuche ab, die öffentliche Meinung mit der Volkssouveränität zu identifizieren. Im *dritten* Abschnitt greife ich das systemtheoretische Verhältnis von Staat als output und Gesellschaft als input, mit dem die Mediokratie gerechtfertigt wird, auf. Ich nenne Beispiele der Entwicklung zur Mediokratie und diskutiere die Gefährdungen der repräsentativen Demokratie.

## I. Das Zusammenleben der Menschen und die öffentliche Meinung

Das Zusammenleben und die Sitten in der athenischen Polis sind ein früher Hinweis, daß Öffentlichkeit Normen des Verhaltens aufrichtet und deren Beachtung einfordert. *Sokrates* spricht in *Platons Politeia* von „ungeschriebenen Gesetzen“, die Ausdruck des Zusammenlebens in der Polis, ein Ausdruck des Guten sind. Wie es im Platonischen *Gorgias* heißt, ist das Ans-Licht-Kommen der Wahrheit für alle das Gute<sup>4</sup>. Öffentlichkeit ist die notwendige Voraussetzung, aber damit ist die Wahrheit nicht garantiert.

In der Regel lebt die Öffentlichkeit von der Wahrheit, aber sie ist nicht die hinreichende Bedingung für sie. Im Gespräch mit *Polos* wendet sich *Sokrates* an *Polos*: „Dir stimmen *alle* bei, ausgenommen ich. Mir dagegen genügt es, wenn du als einziger zustimmst und für mich deine Stimme abgibst; dich allein lasse ich deine Meinung sagen und kümmere mich nicht um *die übrigen*.“<sup>5</sup> *Sokrates* kommt es auf die Wahrheit des Arguments an und nicht auf die Zustimmung aller oder der Mehrheit. Eine Öffentlichkeit, in der die Wahrheit zum Ausdruck kommt, ist bei *Platon* normativ, weil sie gut und für alle nützlich ist. Die Tugenden und die Gesetze helfen die Regeln des Zusammenlebens einzuhalten. Zum Ethos des Zusammenlebens der Polis gehören die alteingeführten Regeln, wie das bescheidene Schweigen der Jüngeren in Gegenwart der Älteren, die Ehrfurcht der Kinder vor ihren Eltern, die Haartracht, der Zuschnitt der Kleider. Umstürzlerisch kann z.B. eine neue Art von Musik wirken. In aller Stille und unter der Hand macht sie sich an die Sitten und Beschäftigungen heran [...] bis sie zuletzt alles in persönlichen und öffentlichen Verhältnissen umstürzt.<sup>6</sup>

Elementarste praktische Überzeugungen sind nicht die Gegenstände der Meinungen, wohl aber Voraussetzung der Meinungsbildung.<sup>7</sup> Öffentliche Meinungen sind im Selbstverständnis eingelebter Polis-Praxis verwurzelt, weshalb der gute Redner nach Auffassung des *Aristoteles* auch sich und seine Zuhörer in eine gemeinsame Stimmung versetzen muss.<sup>8</sup> „Die Meinungen, denen man folgt, sind aber nicht isoliert. Sie stehen in einem ständigen Austausch mit anderen Meinungen, deren letzter Horizont das Ethos ist.“<sup>9</sup> Bewährten Meinungen wird man folgen, nötigenfalls sie aber auch korrigieren.<sup>10</sup> Auch die Staatsformen fallen unter die Betrachtungsweise der aristotelischen Rhetorik: „denn die sittliche Verfassung einer jeden Staatsform muß die glaubwürdigste für eine jede sein.“<sup>11</sup> In der ethischen Prüfung des Handlungszwecks, dem die beratende Rede gilt, muß sich das der Natur nach Bessere zeigen.<sup>12</sup> Die Vielen und ihre qualifizierten Meinungen im Rahmen einer Praxisgemeinschaft sind nach *Aristoteles* besser als die Philosophen-Experten der Platonischen *Politeia*.

In der Neuzeit ist es vor allem *John Locke*, der auf die Voraussetzung einer gemeinsamen Basis der verschiedenen Meinungen hinweist: „Meinungen, die von allen geteilt werden, sind nicht Gegenstand der Diskussion, sondern liegen ihnen zugrunde.“<sup>13</sup> *Locke* konzipiert das „Gesetz der öffentlichen Meinung oder des Rufes“ als die gemeinsame Praxis der in Gesellschaften zusammenlebenden Menschen. Tugenden, die für lobenswert, und Laster, die für tadelnswert gelten, haben

sich, so erklärt *Locke*, „durch eine stillschweigende, unausgesprochene Vereinbarung in den verschiedenen Gemeinschaften, Sippschaften und Vereinigungen der Menschen in der Welt eingebürgert. Neben den staatlichen Gesetzen, deren Macht sie sich unterordnen, behalten die Menschen die Fähigkeit, „günstig oder ungünstig zu denken und die Handlungen derer, unter denen sie leben und mit denen sie verkehren, zu billigen oder zu mißbilligen“.<sup>14</sup> Nach *Locke* besteht die Öffentlichkeit nicht in jeder beliebigen Meinung, da die Tugenden, deren man sich befleißigen soll, die Billigung der Öffentlichkeit einschließen. Folgt der Mensch den Tugenden und damit den unwandelbaren Regeln des Rechts, dann fördert er auch sein allgemeines Wohl. Aber auch dann, wenn das Laster herrscht, verbirgt es sich hinter dem Anschein der Tugend.<sup>15</sup> Die öffentliche Meinung wirkt nun zwar nicht mit derselben erzwingbaren Konsequenz, mit der aufgrund von Zustimmung und Vertrauen die staatlichen Gesetze erlassen werden, aber sie stellt Verhaltensbarrieren auf, die Verhaltensangleichungen, ähnlich zu denen, die der Mode folgen, bewirken. Nach *Locke* entgeht niemand, der gegen „die Ansicht derjenigen Gemeinschaft verstößt, der er angehört“, „der Strafe ihres Tadels und Mißfallens“.<sup>16</sup> Das Gesetz der Meinung setzt keine Zwangsmittel ein, wohl aber die psychologisch wirksamen Mittel der Achtung und Verachtung. „Es legt fest, was über das göttliche Gesetz hinaus als Tugend oder Laster gelobt oder getadelt wird. Trotz des Gewaltverzichts behalten ja die Bürger die Macht, über die Handlungen anderer gut oder schlecht zu denken“ – und das heißt auch, daß sie über die Regierenden gut oder schlecht denken können. Bestimmte Dinge, wie die Achtung vor den Gesetzen, sind für alle nützlich, und „deshalb gibt es so viele Übereinstimmungen zwischen menschlicher Satzung und göttlichem Gesetz“.<sup>17</sup>

Die öffentliche Meinung tritt bei *Locke* in einer expliziten und einer impliziten Form auf<sup>18</sup>; denn, wie die Zustimmung zur Herrschaft ausdrücklich oder stillschweigend sein kann, so gibt es auch die explizite oder implizite Ablehnung. *Locke* hat als politischer Schriftsteller unter dem Stewart-König von den Gefahren, die ihm durch seine philosophischen Meinungen gedroht haben, gewußt. Ihnen wollte er zwar öffentliche Geltung verschaffen, konnte dies aber, zeitweise, ohne Gefahr für seine Person, nicht tun. In den Zeiten der Herrschaft absolutistischer Könige gibt es nur eine verordnete öffentliche Meinung. Die wahre öffentliche Meinung der Bürger kann sich nicht zeigen. Eine Öffentlichkeit wird durch einen absolutistisch regierten Staat behauptet, ohne daß dieser die Bedingungen der Legitimität, die in der öffentlichen freien Zustimmung der Bürger zu den Gesetzen bestehen, erfüllt. *Lockes* politische Philosophie spiegelt eine solche Übergangssituation, in der die herrschende Öffentlichkeit die Bedingungen der Legitimität nicht erfüllt, während die wahre Öffentlichkeit sich nur *in nuce*, in einer politischen Theorie zeigt, die Anspruch auf allgemeine Geltung erhebt. Während *Lockes* Terminus der „öffentlichen Meinung“ keine explizite politische Konnotation hat, ist es wohl selbstverständlich, daß *Locke* selbst seine eigene politische Theorie „öffentlich“, d.h. in der Diskussion mit Freunden und Gleichgesinnten gewinnt. Die so weiter gefaßte „öffentliche Meinung“ *Lockes* und seine politische Theorie wirken ähnlich wie auf dem Kontinent im vorrevolutionären Frankreich – nur mit dem Unterschied, daß *Locke*, im Unterschied zu *Rousseau*, eine zukunftsfähige

politische Theorie ausarbeitet, die die Menschen auf der Basis der sittlichen Grundüberzeugungen des Gemeinwesens zu integrieren vermag. Während die Öffentlichkeit auf dem Kontinent zunächst als literarische und aus dem Gegensatz zur Privatheit und Individualität entsteht, werden mit dem *Lockeschen* Naturrecht die unaufhebbaren Rechte des Bürgers auf Leben, Freiheit und Besitz eingerichtet und der Macht der Regierung eine Grenze gesetzt. Wahre Öffentlichkeit liegt bei *Locke* im Konsens, im Recht der Zustimmung zur Macht, die sowohl ausdrücklich als auch stillschweigend gegeben werden kann. Die politische Autorität ist mit dem Individuum gegeben und existiert bereits im Naturzustand. Im Gesellschaftsvertrag übertragen die Individuen das Recht, das sie im Naturzustand haben, auf den Staat. „Die Legitimität der politischen Autorität im bürgerlichen Zustand hängt nach *Locke* davon ab, ob die Übertragung der Autorität rechtens war. Sie hängt an der Zustimmung des Individuums.“<sup>19</sup> „Niemand“, so heißt es bei *Locke*, „kann seines Besitzes beraubt und der Macht eines anderen ohne seine Zustimmung unterworfen werden.“<sup>20</sup> Jemand, der seine ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zur politischen Macht gegeben hat, ist verpflichtet, deren Gesetzen zu gehorchen.

Die öffentliche Rechtfertigung der politischen Ordnung zielt als überprüfbares Argument auf die Notwendigkeit einer verfaßten Ordnung und einer in ihren Grenzen anerkannten Regierungsmacht. *Lockes* Begründung der öffentlichen Strukturen resultiert in einer repräsentativen Regierung und in einer Gewaltenteilung. Er vermeidet damit die Irrtümer, die sich aus der Nichtumsetzbarkeit der *volonté générale* bei *Rousseau* und ihrem ambivalenten Souveränitätswillen ergeben.

Öffentliche Meinung zu Zeiten *Lockes* ist damit sowohl dasjenige, was der absolut regierende König als eine solche dekretiert, als auch – im Falle der Naturrechtsverletzung – die Auffassung der Bürger, die ihr Recht einklagen. „Wann immer deshalb die Gesetzgeber danach trachten“, so heißt es bei *Locke* in der *Zweiten Abhandlung über die Regierung*, „dem Volk sein Eigentum zu nehmen oder es zu zerstören oder es als Sklaven in ihre willkürliche Gewalt zu bringen, versetzen sie sich dem Volk gegenüber in den Kriegszustand. Dadurch ist es jeden weiteren Gehorsams entbunden.“<sup>21</sup>

Damit wird bei *Locke* die rechtliche Begründung des Staates als der vorrangige Fall der Öffentlichkeit und der öffentlichen Meinung ausgezeichnet. Es wird gleichzeitig gezeigt, daß die Wahrheit der öffentlichen Meinung nicht einfach auf der ungehinderten Freiheit von deren Äußerung besteht, sondern eben in jenen auf Zustimmung beruhenden Rechtsstrukturen, die die Identität der Gesellschaft bewahren helfen. Ganz allgemein gesprochen, binden die rechtlichen Grundlagen des Staates normativ das Handeln und die öffentliche Meinung der Bürger. Die rechtliche Kernstruktur der Existenz des Staates muß von den Bürgern gewußt werden und anerkannt sein. Ihr Wissen und ihre Praxis ist, in der Form der öffentlichen Meinung, der Garant der Freiheit. Öffentlichkeit liegt vor, wenn sie nicht nur faktisch, sondern normativ besteht und d.h., wenn sie gut und für alle nützlich ist.

Der Ursprung jeder Art von Kritik und jedes berechtigten Widerstands der Bürger ist die Auffassung, daß die groß dimensionierten Rechtsverletzungen des unge-rechten Herrschers nicht hinzunehmen seien. Anders als *Hobbes*, bei dem die öf-fentliche Meinung durch den Herrscher vorgegeben wird, entspringt die öffentli-che Meinung der Rechtsordnung des Staates, d.h. dem Recht des Individuums, in einem geordneten Staat zu leben. Es wäre jedoch grundverkehrt, mit diesem Recht des Individuums bei *Locke* das Konzept einer unmittelbaren Demokratie zu ver-binden. Die *Lockesche* Staatsform besteht unter geordneten Bedingungen, d. h. nicht im Fall einer ungeheuren Rechtsverletzung durch einen staatlichen Akteur, aus den eigenständigen Institutionen des Parlaments, der Regierung, den höheren Gerichten und nicht aus dem Volk. Wenn ich somit am Anfang gesagt habe, daß die Öffentlichkeit *prima facie* eine die Demokratie legitimierende Funktion hat, dann gilt dies nur unter der Voraussetzung der Anerkennung der Konzeption einer repräsentativen Demokratie mit ihren eigenständigen Institutionen. Die Volksmei-nung kann die repräsentative Demokratie ja auch abschaffen wollen. Das Volk ist in der repräsentativen Demokratie nicht der wirkende und reale Souverän, denn es soll und kann gar keine „bestimmende und gestalterische Funktion haben“.<sup>22</sup>

## II. Die öffentliche Meinung und der Rousseauismus

Während bei *John Locke* die staatliche Herrschaft durch die naturrechtlichen An-sprüche der Bürger begrenzt wird, führt die Rechtstheorie auf dem Kontinent durch die Französische Revolution zu einer zentralen Rolle des Begriffs der Volkssouveränität. In der Bundesrepublik Deutschland wird das Volk als Träger der Staatsgewalt verstanden. Im deutschen Grundgesetz lautet der Artikel 20,2: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das Volk ist der Inhaber der verfas-sungsgebenden Gewalt und überträgt diese auf die Regierung.<sup>23</sup> Die Volkssouve-ränität wird als ein Grenzbegriff zur Demokratie als Staats- und Regierungsform ausgearbeitet. Sie kann nicht als „Herrschaft der Vernunft“ oder als „Herrschaft ei-nes göttlichen Rechts“ verstanden werden.<sup>24</sup>

*Alexis de Tocqueville* nennt den Willen des Volkes „einen der Schlagworte, die die Anführer aller Zeiten und die Despoten aller Epochen am freigebigsten miß-braucht haben.“<sup>25</sup> Eine falsche Identifizierung des Begriffs der Volkssouveränität mit der öffentlichen Meinung ist häufig zu beobachten. So bezeichnet *Siegfried Landshut* das entscheidende Element im Begriff der Volkssouveränität als das „voluntative“. Die öffentliche Meinung sei dann „das Diskursive, die besondere Auslegung, in der sich das Leben in seiner Mitwelt auffaßt. Der Wille agiert – die Meinung reagiert“.<sup>26</sup> Im Lichte einer inhaltlichen Interpretation der Volkssouve-ränität erscheint die öffentliche Meinung als artikuliertes Selbstbewußtsein der Nation – eine Auffassung, die völlig falsch ist. Die Frage der Wahrheit der öffentli-chen Meinung ist von der Volkssouveränität völlig zu trennen; denn diese zeigt nur den Träger der staatlichen Macht an, ist aber keine Quelle der Wahrheit. Auch im „Mann von der Straße“ ist die Volkssouveränität nicht auffindbar. Daß inzwi-schen Meinungsforschungsinstitute dem „Mann von der Straße“ eine Meinung zu dieser oder jener Frage abgewinnen, muß man nicht negativ sehen, vorausgesetzt,

daß die demoskopischen Institute seriös arbeiten und von pluralistischen demokratisch-politischen Kräften eingesetzt werden. Die Beurteilung der demoskopischen Institute und des dadurch möglichen neuen Regierungsstils bedürfte einer eigenen Erörterung. Ein vermeintlicher, aber falscher Zusammenhang von öffentlicher Meinung und Volkssouveränität ist der assoziative Hintergrund für sowohl rechte als auch linke politische Positionen. Die Volkssouveränität, unter deren Idee Recht gesprochen wird, darf weder mit einer aktuellen Einmütigkeit in Form von Akklamation noch mit einer sonstigen abstimmenden Gruppe identifiziert werden.

Die Vorstellung, daß die Volkssouveränität aus sich selbst als die erscheinende *volonté générale*, als der Allgemeinwille fungieren müsse, führt bei *Helmut Schelsky* zur Kritik, daß das Volk in seiner Beobachtung der Entwicklung eine „mediengesteuerte Meinungseinheit“ sei und die modernen Medien das Volk sich selbst entfremdeten.<sup>27</sup> Der Gedanke des Volkswillens eines Staates ist jedoch irreführend; denn gerade der Meinungswille z.B. der wahlberechtigten deutschen Staatsbürger führt in authentischer Weise zum gewählten Parlament, wobei die öffentlichen Medien als Instrumente im Wettkampf um Stimmenmehrheit eingesetzt werden. Schon die große Anzahl der Bürger verlangt eine Bündelung der vielfältigen Ansichten. Medieneinfluß und politischer Sachverstand verhalten sich nicht umgekehrt proportional, sodaß mit einem größeren Medieneinfluß automatisch der Sachverstand geringer sein müsse. Wenn *Schelsky* dann doch der Auffassung ist, daß das Parlament mediengesteuert sei und durch die „publizistische öffentliche Rechthaberei die Politiker die Fähigkeit verlieren, das Politische zu beherrschen“<sup>28</sup>, so kann dieser frühe Verdacht gegen die Macht der Medien von aktuellen Analysen führender Kommunikationsforscher wie z. B. *Hans Mathias Kepplinger* bestätigt werden.

Die Versuche, die Volkssouveränität zu konkretisieren, zeigen sich auch bei den Befürwortern der unmittelbaren Demokratie. Alle Entwürfe einer direkten Demokratie blenden die Kategorie des Interesses aus, die in einer repräsentativen Demokratie das politische Alltagsgeschäft reguliert. Sie schätzen die Aufgabe der Parlamentarier, die die widerstrebenden Interessen bündeln, gering. Konsense und Mehrheitsentscheidungen innerhalb der Parlamente werden abgewertet.<sup>29</sup>

Im Rückblick auf die 1968er Jahre argumentiert *Oskar Negt*, daß eine aus freien politischen Wahlen hervorgegangene politische Mehrheit sich dem Allgemeinwillen nicht verschließen könne. Auch sei Demokratie ihrer Substanz nach nicht von der Alltagsutopie einer „politischen Selbstregulierung der freien und gleichen Bürger“ abgelöst.<sup>30</sup> Öffentlichkeit ist für *Oskar Negt* auch im Jahre 1995 „eine Form des demokratischen Produktionsprozesses“, die dann zerfällt, „wenn sich eine radikale Meinungskonkurrenz innerhalb von Gruppen innerhalb der Linken bildet“. „Der Anspruch einer kritischen Öffentlichkeit, in der sich für alle durchsichtig und erkennbar Prozesse der demokratischen Entscheidungsfindung bilden“, geht dadurch verloren.<sup>31</sup> Öffentlichkeit, die spontan alle wahrhaft freien Bürger vereint, ist hier der *volonté générale* nachgebildete Begriff. Weil die Souveränität nach *Rousseau* von allen Bürgern gebildet wird, gibt es keine Herrschaft. Herrschaft, so variiert *Negt* diese Idee, „lebt von Nichtöffentlichkeit“.<sup>32</sup> Im Umkehrschluß ergibt

sich die törichte Behauptung: je mehr Öffentlichkeit, umso weniger Herrschaft. Nichts anderes als die Utopie der Herrschaftsfreiheit verfolgt *Negt*. Er erklärt: „Demokratie wird vielmehr im sprachlichen Ursprungssinne der ‚Volksherrschaft‘, der Eigentätigkeit und Selbstbestimmung des Volkes eingeklagt, als soziokulturelles Medium, durch das die Herrschaft des Menschen über den Menschen aufgehoben werden kann.“<sup>33</sup> Von diesen utopischen Träumen der Herrschaftsfreiheit gehe ich über zu den realen gegenwärtigen Problemen der repräsentativen Partizipation in der Demokratie.

### III. Die Mediokratie

Es ist an die bisherige zentrale These zu erinnern. Eine bestehende Öffentlichkeit verlangt eine normative Beurteilung, weil Öffentlichkeit gut und für alle nützlich sein muß. Die modernen Kommunikationsmittel müssen im Lichte dieser Einsichten wirken. Presse, Radio, Fernsehen und das Internet sind Elemente, ohne die das kommunikative System der Demokratie in der Massengesellschaft nicht funktionieren würde. Tatsächlich sind es jedoch nicht nur neutrale Mittel der Übermittlung von Informationen, sondern sie gestalten die Öffentlichkeit, die sie herstellen, nach eigenen Interessen mit. Man spricht deshalb auch von Mediengewalten, die sich in einem Kommunikationsraum abspielen.

Wenn Politik und Staat systemtheoretisch als *Output* begriffen werden, dem die Gesellschaft als *Input* gegenübergestellt wird<sup>34</sup>, dann sind die menschenrechtlichen und demokratischen Freiheiten funktional aufgelöst. Die Gestaltung einer auf Gesetzen aufruhenden offenen Gesellschaft wird dann orientierungslos. Die demokratischen institutionellen Strukturen wie Parlament, Regierung, Gerichte und Bürgerschaft bestehen und wirken zwar im Hintergrund – insofern eine Demokratie existiert – nach wie vor, aber sie werden durch die an der Systemtheorie orientierten Mediokratie nicht als ideale Theorie entworfen.<sup>35</sup> Es ist von großer Bedeutung für eine lebendige repräsentative Demokratie, daß die Medien deren Ideal positiv an das Publikum vermitteln.

Entsprechend der Zielsetzung der Zeitungen, über das Spektakuläre, das Kritische und Katastrophale im Zusammenleben der Menschen zu berichten und dadurch den Verkauf zu fördern, gerät der Journalist in die Gefahr, nicht über die Attraktivität der Idee der Demokratie und über deren Normalität, sondern vorrangig über deren Mißstände zu berichten. Eine falsch verstandene demokratische Gleichheit wird zum demokratischen Prokrustesbett, in dem herausragende Politiker auf Normalgröße gekürzt werden sollen. Nach *Pascal Bruckner* führt in einer egalitären Gesellschaft der Erfolg einer Minderheit zur Verbitterung der anderen Teile: „Da wir alle gleich sind, ist jede Überlegenheit skandalös.“<sup>36</sup> Die Medien, die über die Gleichheit wachen, werden dabei selbst zu neuen unkontrollierbaren Entscheidungszentren. Der Politiker und das Parlament brauchen die Zeitungen als öffentliches Forum, ohne daß diese zu ihnen in derselben Abhängigkeit stehen. Ohne die Medien gibt es keinen Dialog zwischen Staat und Gesellschaft.

Mit den Medien aber findet, wie *Hans Mathias Kepplinger* feststellt, die Dominanz der Unterhaltungsangebote, vor allem des Fernsehens, sowie die Deformation der politischen Urteilsgrundlagen durch den Wandel der Politikberichterstattung<sup>37</sup>, statt. Neben dieser Dominanz des Unterhaltungswunsches gibt es bei den Öffentlichkeit schaffenden Zeitungen das privatwirtschaftliche Marktinteresse. Zeitungen selektieren aus den normalen geordneten Abläufen der Politik Versagen und politisch bedenkliches Handeln von verantwortlichen Politikern heraus, oder sie lassen ein an sich unbedenkliches Handeln skandalös erscheinen. Die Entstehung des allgemeinen Phänomens der Politikverdrossenheit, die sich sowohl auf die politische Führungselite als auch auf die politischen Einrichtungen erstreckt, ist nach *Hans Mathias Kepplinger* auf eine stetige Änderung der Politikberichterstattung der Massenmedien zurückzuführen. Die Verdrossenheit über Staat und Politik ist dabei eine Folge von Beobachtungen und läßt sich durch reale Erfahrungen mit Staat und Politik nicht erklären. Es handelt sich dabei nicht in der Regel um einen absichtlichen Mißbrauch der Pressefreiheit, sondern um die Akkumulierung von Nachrichten, die entsprechend der kritischen Berichterstattungsfunktion nur das Ungewöhnliche, das Unregelmäßige und Fehlerhafte berichten.<sup>38</sup>

Allerdings gibt es auch die gezielten kämpferischen Stellungnahmen von Presseorganen, die einen Mißbrauch darstellen. Ein spektakuläres Beispiel dafür sei angeführt. Es handelt sich um die Pressereaktion auf eine Äußerung des damaligen Bundespräsidenten *Horst Köhler*. Dieser hatte am 21.5.2010 gegenüber dem Deutschlandradio-Reporter *Christopher Ricke* folgende Sätze geäußert: „In meiner Einschätzung sind wir insgesamt auf dem Wege, in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, daß ein Land unserer Größe, mit dieser Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muß, daß im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren – zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch negativ auf unsere Chancen zurückschlagen, bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern. Alles das soll diskutiert werden – und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg.“ *Horst Köhler* hatte mit den „militärischen Einsätzen“ vor allem an ein Vorgehen gegen die Seeräuberei gedacht. Eine solche Interpretation bekam im Trend der sich verschärfenden Kritik einiger Zeitungen keine Chance. So spricht eine renommierte deutsche Tageszeitung vom „Schwadronneur im Schloß Bellevue“ und der „Spiegel“ titulierte statt *Horst Köhler*, „Horst Lübke“.<sup>39</sup> *Horst Köhler* hat auf diese Angriffe hin seinen Rücktritt erklärt.

Das Beispiel illustriert eine Macht der Presse, die keineswegs nur in der Aufklärung von skandalösen Vorfällen, sondern auch in der Durchsetzung eigener Positionen und Interessen besteht. Je dramatischer ein Ereignis aufgemacht werden kann, desto eher werden Zeitungen gekauft, werden Fernseher eingeschaltet. Die beständige Lektüre und Aufnahme negativer Berichte erzeugt beim politisch interessierten Leser und Zuschauer den Eindruck, daß die richtige Herrschaft über die politischen Angelegenheiten durch die politisch Verantwortlichen nicht oder nicht mehr möglich ist und besser von den Bürgern selbst unternommen werden sollte. Die Beobachtung des Zuschauers oder Lesers bezieht sich dabei gar nicht



auf den Vorgang selbst, sondern auf die wertende Beobachtung anderer. Argumente für eine Bürgerbeteiligung und für eine unmittelbare Demokratie kommen auf. Es entsteht ein allgemeiner Verdacht gegen die Institutionen und die optimistische Annahme, daß Bürgerbeteiligung die Probleme besser lösen würde.

Bei den privatwirtschaftlichen Medien geht es bei der Machtsteigerung vor allem um die Absatzzahlen bzw. die Einschaltquoten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk stützt sich auf ein Gebührenprivileg und die damit verbundenen reichhaltig bemessenen Einnahmen. Unübersehbar sind die Wirkungen der Medien in Deutschland, wenn man an die in der letzten Zeit erfolgten spektakulären Rücktritte von zwei Bundespräsidenten und zwei Bischöfen denkt, bei denen die Medien gewichtig mitgewirkt haben. Im Gegenzug sind die autonomen Entscheidungen der Politik, wie die Durchsetzung des Nato-Doppelbeschlusses oder die Aufgabe der D-Mark zugunsten des Euros, die gegen einen Medienwiderstand vollzogen wurden, zu erwähnen. Zwar gibt es keine kartellartigen Zusammenschlüsse der Medien, aber es gibt gesammelte und potenzierte Wirkungen, wie bei ihrem Gleichklang, als es um die Amtsausübung der beiden letzten Bundespräsidenten ging.

Besonders das Fernsehen hat den Maßstab der Medientauglichkeit für den Politiker geschaffen. Gegenüber den Massenmedien ist der Politiker in der schwächeren Position. Eine Zeitung kann ihn aufbauen, aber auch fallenlassen. In allen Phasen des Handelns und Planens der Regierungen schieben sich die Medien als beachtenswerte Kräfte dazwischen. Bei Sachentscheidungen und Besetzungen zentraler politischer Positionen wirken Medien mit, ohne daß sie doch bessere Lösungen für die Probleme anböten. Die Idee der Repräsentation wird mit populistischer Stimmungsmache durch die Massenmedien geschwächt. Die Aufgabe des Abgeordneten wird zugunsten populistischer Trends ausgehöhlt. Plebiszitäre Elemente und Großdemonstrationen gewinnen an Boden mit der Konsequenz, daß moderne Verkehrsprojekte, z.B. Stuttgart 21, oder Vorsorgemaßnahmen gegen ein zukünftiges Elbe-Hochwasser verzögert werden. Indem der Aufmerksamkeitsschwerpunkt durch die Medien auf Bürgerbewegungen und Proteste gelegt wird, wird die institutionalisierte Partizipation, durch die allein schwierige Probleme – wie das atomare Endlager – zu lösen sind, geschwächt. Das bisherige Machtdreieck: Politiker – Bürger – Medien verwandelt sich nach *Thomas Meyer* in das Dreieck von Spitzenakteuren – Medien und populistischen Strategien.<sup>40</sup>

#### IV. Das Paradox der öffentlichen Meinung

Eine falsch verstandene Gleichheit führt in der Demokratie nach *Alexis de Tocqueville* zu einer Homogenisierung der öffentlichen Meinung mit einer Unterdrückung der Andersdenkenden. Die Bürger vertrauen dem Staat und verlieren das Interesse an allem, was außerhalb ihrer Familien vor sich geht. *Tocqueville* hat die Hoffnung geäußert, eine freie Presse könnte diese Entwicklung aufhalten.<sup>41</sup> Das bedeutet heute, daß plebiszitäre Elemente nicht weiter forciert und repräsentative Interessenvermittlung durch die Presse gestärkt werden sollten.

Das in der Demokratie Nicht-öffentliche und aus einer Unsicherheit heraus Angepaßte ist von *Elisabeth Nölle-Neumann* als Schweigespirale diagnostiziert worden. Die nicht-öffentliche, weil obrigkeitlich unterdrückte Meinung, kann, wie im Falle *John Lockes* – oder in der jüngsten Gegenwart, *Vaclav Havels* –, die eigentlich öffentliche sein und die lauthals verkündete, von allen Dächern herunter trompetete, kann die nicht-öffentliche, die private Meinung von mächtigen, die Gesellschaft manipulierenden Individuen sein. Im Kern ist Öffentlichkeit in der repräsentativen Demokratie die Bejahung einer menschenrechtlichen Verfassung, die Zustimmung zum gewählten Parlament und zu den Gesetzen, und nur so ist Öffentlichkeit letzten Endes gut und für alle nützlich. Öffentlichkeit zielt auf die Ermöglichung des gemeinsamen Guten. Die öffentliche Meinung soll dieses Ziel erreichbar machen, was sie nicht immer tut; denn die besteht bisweilen eher in einer privaten, aber als öffentlich sich darstellenden Meinung.

### Anmerkungen

- 1) Jürgen Schiewe, *Öffentlichkeit. Entstehung und Wandel in Deutschland*, Paderborn 2004, S. 281.
- 2) Niklas Luhmann, Die öffentliche Meinung, in: *Politische Vierteljahresschrift* XI, 1970, S. 11.
- 3) Gerd Roellecke, Versuch über öffentliche Moral, in: *Aufgeklärter Positivismus*, Heidelberg 1995, S. 58.
- 4) Platon, *Gorgias*, 505 e5f.
- 5) Platon, *Gorgias*, 476 a. Hervorhebung vom Verfasser.
- 6) Platon, *Politeia*, 424b-425a.
- 7) Ptassek, Sandkaulen-Bock, Wagner, Zenkert, *Macht und Meinung. Die rhetorische Konstitution der politischen Welt*, Göttingen 1992.
- 8) Aristoteles, *Rhetorik*, 1408 a 21.
- 9) Ptassek, a.a.O., S. 61.
- 10) Ptassek, a.a.O., S. 63.
- 11) *Rhetorik*, 1366 a13.
- 12) *Rhetorik*, 1355 a 37.
- 13) Ptassek, a.a.O., S. 149.
- 14) John Locke, *Versuch über den menschlichen Verstand* II. Buch, Kap. 28, Hamburg 1981, S. 445.
- 15) John Locke, a.a.O., S. 446.
- 16) John Locke, a.a.O., S. 448.
- 17) Rainer Specht, *John Locke*, München 1989, S. 170.
- 18) Es genügt nicht, wie es Jürgen Habermas tut, nur die explizite Definition der öffentlichen Meinung an Hand des Wortgebrauchs „public opinion“ herauszuarbeiten und von der impliziten Konzeption völlig abzusehen. Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Darmstadt 1987, S. 114-121.
- 19) Peter, Fabienne, „Political Legitimacy“, *The Stanford Encyclopedia of Philosophy* (Spring 2014 Edition), Edward N. Zalta (ed.), URL = <<http://plato.stanford.edu/archives/spr2014/entries/legitimacy/>>; heruntergeladen am 14.7.2014.
- 20) John Locke, *Zweite Abhandlung über die Regierung* (1689), Stuttgart 1974, S. 164.
- 21) John Locke, *Zweite Abhandlung über die Regierung* (1689), Stuttgart 1974, S. 167.

- 22) Werner Becker, ‚Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.‘ – Die Ideologie der Volkssouveränität und die Formen der Demokratie, in: W. Leidhold (Hg.), *Politik und Politeia*, Würzburg 2000, S. 251 f.
- 23) Ernst-Wolfgang Böckenförde, Demokratie als Verfassungsprinzip, in: Isensee, Kirchhoff (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts* Band 1, § 22, S. 890.
- 24) Böckenförde, a.a.O., S. 892 f.
- 25) Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika* (1835) hg. Von J. P. Mayer, Stuttgart 1985, S. 46.
- 26) Siegfried Landshut, Volkssouveränität und öffentliche Meinung, in: S. Landshut, *Politik* Band 1, hg. von R. Nicolaysen, Berlin 2004, S. 415.
- 27) Helmut Schelsky, *Politik und Publizität*, Stuttgart 1983.
- 28) Helmut Schelsky, a.a.O., S. 92, 98.
- 29) Gerald Sammet, Alarm-Funktionäre. Von der Aufgabe von Volkssouveränität in direkter Demokratie, in: *Merkur* 570, 1996, S. 965-971.
- 30) Gerald Sammet, a.a.O., S. 967.
- 31) Oskar Negt, *Achtundsechzig Politische Intellektuelle und die Macht*, Göttingen 1995, S. 153.
- 32) Oskar Negt, a.a.O., S. 15.
- 33) Oskar Negt, a.a.O., S. 146.
- 34) Hans Mathias Kepplinger, *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*, Freiburg 1998, S. 215; Bernd Weisbrod, Öffentlichkeit als politischer Prozeß, in: B. Weisbrod (Hg.), *Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik*, Göttingen 2003, S. 11-29.
- 35) Zum ganzen Thema mit großer Übersicht: Kurt Eichenberger, Beziehungen zwischen Massenmedien und Demokratie, in: Dicke, Gerster (Hg.), *Staat und Gesellschaft*, Freiburg/Schweiz 1987, S. 405-425.
- 36) Pascal Bruckner, *Ich leide, also bin ich. Die Krankheit der Moderne*, Frankfurt 1996, S. 37.
- 37) Hans Mathias Kepplinger, *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*, Freiburg 1998, S. 20.
- 38) Hans Mathias Kepplinger, a.a.O., S. 21, 214-218.
- 39) Bernhard Pörksen, Hanne Detel, Über die Zukunft der Enthüllung – Journalismus in einer veränderten Medienwelt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bundeszentrale für politische Bildung 2012.
- 40) Thomas Meyer, *Mediendemokratie*, Frankfurt 2001.
- 41) Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, Stuttgart 1951, S. 821 ff.

*Prof. Dr. Karl-Heinz Nusser ist a.o. Professor am Department für Philosophie der Universität München, Lehrbeauftragter an der Linde-Akademie der Technischen Universität München und an der Hochschule für Politik, München.*

## Verlorene Mütterlichkeit Über einen blinden Fleck von Gender\*

„Was wären die Menschen ohne die Frauen?  
Rar, sehr rar.“  
*Mark Twain*

### 1. Vom Leib zum manipulierbaren Körper

*Rainer Maria Rilke* sah schon in den 20er Jahren eine tiefgehende Vergessenheit der Herkunft wirksam: „die Väter, die wie Trümmer Gebirgs uns im Grunde be-  
ruhn, (...) das trockene Flußbett einstiger Mütter, (...) die ganze lautlose Land-  
schaft“<sup>1</sup>. Väter und Mütter sind entsunken und gehen dem Gedächtnis verloren –  
wiewohl, so die Elegie, ihre Kraft die heute Lebenden speist. Doch sind neue Stim-  
men zu vernehmen, die wieder ins „Lautlose“ eindringen.

Natürlich war im Raum der (katholischen) Kirche die Verteidigung der Eltern-  
schaft und besonders der Mutterschaft immer gegeben, prallte aber am feministi-  
schen Diskurs weitgehend ab. Mit der Gendertheorie hat sich zudem eine weitere  
Leibvergessenheit durchgesetzt, die zwar von Frauen und Männern spricht, aber  
dabei biologische Konstanten durch soziale Konstrukte abgelöst hat.<sup>2</sup> Dabei wird  
Leib zum neutralen Körper reduziert und Mutterschaft vorwiegend im Rahmen  
technisch machbarer Fertilität behandelt. Doch als Wortführer eines neuen Nach-  
denkens können heute einige postmoderne Autorinnen, und nicht die schlechte-  
sten, herangezogen werden; sie buchstabieren die Frage von Mutterschaft und  
Frausein neu – vorwiegend im Rahmen eines psychoanalytischen und phänome-  
nologischen Leibverständnisses.

### 2. Stabat Mater: Anstöße aus dem „Vorhof der Heiden“

#### 1. *Julia Kristeva*

Neuerdings gibt es eine Reihe intellektueller Anstöße in Richtung Christentum,  
die aus dem „Vorhof der Heiden“ stammen, womit der für die nichtjüdischen Be-  
sucher bestimmte Vorhof des Jerusalemer Tempels bezeichnet wurde. Einige post-  
moderne Autoren, und nicht die schlechtesten, buchstabieren das biblische Wort  
neu – wider alles Reden von der „Abwesenheit Gottes“. Das ist nicht nichts – ge-  
sehen im Horizont der Religionsmüdigkeit und Erkenntniskepsis Europas. So  
hatte Papst *Benedikt XVI.* in Assisi im Oktober 2011 auch mehrere agnostische  
Gäste geladen. Darunter befand sich *Julia Kristeva* (\*1941), eine bulgarische, in  
Paris lebende und lehrende Philosophin, Literaturtheoretikerin und Psychoanaly-  
tikerin, ehemals an der Universität Paris VII. Sie war schon vor Jahren aufgefallen,

als sie im Diskurs des Feminismus die fehlende Reflexion auf das Muttersein annahnte mit dem herausfordernden Aufsatz „Stabat mater“<sup>3</sup> von 1976. Darin hatte sich *Kristeva* aus unterschiedlichen Blickwinkeln immer wieder mit der Mutter und dem Phänomen Mutterschaft auseinandergesetzt. Die Buchseiten der deutschen Ausgabe sind gehälftet: In der rechten Kolumne stehen philosophische und psychoanalytische Gedanken zur Mutterschaft. Zustimmend zeichnet sie Bilder von Mutterschaft im christlichen Kulturkreis, vor allem die Gestalt der jungfräulichen *Mutter Maria*. In sieben Unterkapiteln wird die unvergleichlich starke kulturelle Wirkung dieser „imaginären Konstruktion“ gewürdigt.

In der linken Kolumne, in ganz anderer, bewegter Sprache, notiert *Kristeva* ihre eigenen Empfindungen während Schwangerschaft und Geburt. Schon die Veränderung des mütterlichen Leibes weist auf eine Wirklichkeit hin, die ihre eigene Zeichensprache spricht. Letztlich fordert sie die Neuformulierung einer „Ethik der Moderne“; denn Frauen „mit ihrem Wunsch nach Reproduktion (Stabilität)“ prägen eine andere politische und kulturelle Sprache.

In Assisi 2011 entfaltete sie „Zehn Prinzipien für einen neuen Humanismus“, worin die Forderung nach der Einbeziehung der Leibhaftigkeit in das Verständnis des Menschen ebenfalls erhoben wird. Dasein ist Leibsein – mit anderen Folgerungen für Frau wie für Mann. Damit wird der „blinde Fleck“ der Frauenbewegung „aufgedeckt“ und zur Rede gebracht, wider das Verstummen auch im eigenen christlichen Haus und wider die Angst vor einem „prämodernen“ binnenkatholischen Denken im Blick auf die Mütterlichkeit. Wörtlich: „Der Kampf für eine ökonomische, rechtliche und politische Gleichstellung erfordert ein neues Nachdenken über die Wahl und die Verantwortung der Mutterschaft. Die Säkularisierung hat eine Zivilisation hervorgebracht, in der es bis heute als einziger immer noch an einem Diskurs über die Rolle der Mutter mangelt. Das Band der Liebe zwischen Mutter und Kind, diesem ersten Anderen, das die Morgenröte der Liebe und der Menschwerdung darstellt, dieses Band, durch das die biologische Kontinuität Sinn, Alterität und Wort wird, ist eine *Rückbindung*. Diese Rückbindung an die Mutter unterscheidet sich von der Religiosität wie auch von der väterlichen Funktion, die sie beide komplementiert und damit zu einem vollwertigen Teil innerhalb der humanistischen Ethik wird.“<sup>4</sup>

*Kristeva* behauptet, daß es keine adäquaten Diskurse über Mutterschaft gebe. Vielmehr bewege sich die heutige Kultur in einem binären Sprechen darüber. Besonders das katholische Christentum sehe die Mutterschaft als heilig an, während die Medizin Muttersein auf Natur reduziere und technisch verfügbar mache – dies seien gegenwärtig die einzigen beiden Diskurse der westlichen Kultur. Eine andere Binarität habe sich durch die feministische Emanzipation ergeben: Einerseits geht es Frauen um Verwirklichung im Beruf und in eigenständiger Leistung, die anerkannt wird, andererseits um Kinder und Familie – dazwischen müsse aber meist eine Wahl getroffen werden. Auch auf diese Weise stelle Mutterschaft eine Spannung und Belastung dar, die auch mit Fremdbetreuung der Kinder nicht gelöst sei.

*Kristeva* fordert so einen „neuen Mutterschaftsdiskurs“. „Diese Notwendigkeit resultiert ihrer Ansicht nach aus dem Umstand, daß der Ort der Mutterschaft ein

wenig beschriebener sei und die Mütter mit ihren „wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ und dem „Schuldgefühl“ weitgehend allein gelassen werden. Im Gegenzug plädiert sie dafür, dem zuzuhören, was Frauen in der Erfahrung der Mutterschaft in Form von Gefühlen, Eindrücken und Gedanken beschäftigt. Auch gelte es, der „großartigen Konstruktion des Mütterlichen“, die das Christentum mit der Jungfrau Maria geschaffen habe, auf die Spur zu kommen und sie in ihrer Komplexität und Vielschichtigkeit eingehend zu untersuchen. (...) In diesem Sinne postuliert *Kristeva* einen neuen Diskurs über die Mutterschaft, der die Beziehungen zwischen Müttern und Töchtern neu bewertet und so die Möglichkeit der Genese einer neuen weiblichen Subjektivität bereitstellt.

Indem auch die „Vorstellungen von Haß und Liebe“ neu formuliert werden und das Ausscheren einer Frau aus der Gemeinschaft der Frauen nicht mehr als Bedrohung erlebt wird, wird auch der Herausbildung einer positiven weiblichen Autorität der Weg geebnet. Ein neuer Mutterschaftsdiskurs, der dringend benötigt wird, wurzelt in der Neubewertung der Figur der Mutter, wenn möglich losgelöst vom Ballast ambivalent oder negativ besetzter kultur- und religionsgeschichtlicher Zuschreibungen, die sie in ihrer Zweckgebundenheit belassen.

Dies impliziert natürlich auch eine (gewünschte und erstrebte) Verschiebung innerhalb des gesellschaftlichen Machtgefüges, allerdings nicht auf Kosten des einen zugunsten des anderen, sondern in Form von „Gegenbesetzungen in starken Werten, in starken Äquivalenten der Macht“ – wie *Kristeva* es formuliert –, „die ein Gleichgewicht herstellen zwischen Aspekten der Gleichheit und der Differenz“.<sup>5</sup>

*Kristeva* sollte nicht unkritisch gelesen werden. Ihr Satz, es gebe so viel Sexualitäten als es Individuen gebe, mag sich einer gewollten Aufwertung der Individualität verdanken, faktisch ist er sinnlos und arbeitet letztlich der Beliebigkeit von Sexualität zu, wie sie auch in der Gendertheorie betrieben wird. Niemals ist ein Mensch bloße Natur, immer schon Person, also kultivierte Natur. Dennoch darf theoretisch die naturale Basis des Menschseins, sein leibhaftes Geschlecht, als Träger von Personalität nicht unterschlagen werden. Dazu hat die Phänomenologie des Leibes Erhellendes beigetragen (etwa *Edith Stein*<sup>6</sup>).

## 2. Sibylle Lewitscharoff

Die Büchner-Preisträgerin *Sibylle Lewitscharoff* (\*1954) stammt aus protestantischem Hintergrund und hat mit ihrer „Dresdner Rede“ vom März 2014 ein heißes Eisen angepackt – die medizinische Verfügbarkeit über Leben und Tod. Insbesondere griff sie die künstliche Befruchtung (IVF) an, implizit die darauf folgenden Screening-Methoden, explizit aber auch Leihmutterschaft, Samenkataloge und bestellte „Besamung“ durch „Beischläfer“. Ihre Thesen formulierte sie scharf und teilweise sich vergreifend, so wenn sie von einem im Reagenzglas erzeugten Kind als einem „Halbwesen“ sprach: „zweifelhafte Geschöpfe, halb Mensch, halb künstliche Weißnichtwas“ (welchen Satz sie später zurücknahm). Auch nach heftiger Kritik blieb sie jedoch grundsätzlich bei der Ablehnung technisch manipulierter Zeugung, besonders im Blick auf die Mütter, die entwürdigende Prozeduren

durchstehen müßten – nicht minder die Väter, die in kürzester Zeit mit Hilfe pornographischer Bilder Spermien durch Onanie besorgen müßten.

*Lewitscharoff*, Tochter eines Stuttgarter Gynäkologen, ist dadurch angewidert. Ihre affektiven Worte und Übertreibungen verdecken aber ein wenig den sachlichen Zusammenhang, den sie angreift: „die Exzesse des Machbarkeitswahns und (...) die Instrumentalisierung von Kindern zu Erfüllungsgehilfen der Projektionen ihrer Eltern“<sup>7</sup>. Daher „verdient ihr Plädoyer Respekt, auch dort (...) im Umkreis von Geburt und Tod, nicht alles Schicksalhafte aufheben zu wollen. Hier kann man *Lewitscharoffs* Rede als bewußte Gegenrede verstehen, als Einspruch gegen medizinisch unterstützte Allmachtsphantasien und als Warnung vor einer Selbstüberforderung des modernen Menschen.“<sup>8</sup>

### 3. Skizze einer „neuen Mutterschaft“

Bis heute wird die Streitfrage nach einem „Wesen der Frau“ hin- und hergeschoben, ohne daß sie eine schlüssige und die Frauen befriedigende Antwort fände – denn welche unterschiedlichen Aufgaben immer ihr zugewiesen wurden, ebenso viele wurden auch wieder abgestritten. Statt abstrakt nach diesem „Wesen“ zu fragen, läßt sich aber ein anderer, erhellender Weg betreten: der Weg in die Erfahrung. In den letzten Jahren wurde mehr und mehr über eine magisch-mütterliche Macht der Frau in der Vorgeschichte bekannt – ein höchst aktueller und bedeutungsschwerer Vorgang, soweit er auch entfernt scheint. Denn mit der Wiederentdeckung „mütterlicher“ Kulturen wird heute auch die „große Göttin“ wiederentdeckt und mit ihr jene emotionalen, unbewußten Kräfte der Frau, die nicht nur zum Gebrauch, sondern auch zum Mißbrauch neigen. Was kann man aus dem Blick in die kulturelle Erfahrung an Hilfe über die Mutterschaft gewinnen?

Offenkundig hat unsere Geschichte begonnen mit der Verehrung, ja Vergöttlichung des Mütterlich-Fruchtbaren. Mittlerweile sind wir einen langen Weg gegangen, auch als Frauen: bis zu jenem rationalen Aufwachen, das wir mit dem Stichwort „Emanzipation“ eher unglücklich besetzen. Frausein ist nicht mehr einfach eins mit Mutter sein. Zur Frau gehört auf jeden Fall auch jene seelische Kraft des Ausgleichens, Bewahrens, Einbindens, die man richtig *anima*, die weibliche Seele, nennt und die eine mehr als biologische Mütterlichkeit fordert. Und ebenso gehört zur Frau, unabweisbar, das Geistige, was nicht dasselbe ist wie das Rationale. Auch das Rationale leistet die Frau; aber Geist ist darüber hinaus Selbstand, Freiheit, ganzheitliche Verantwortung, Leben in selbstgewählter, nicht diktierteter Hingabe – und dieses Geistige ist der Frau vom Fundament her zu eigen.

Zur Ganzheit gehört aber auch die Leiblichkeit, vor allem die Fähigkeit zur Mutterschaft, die viele Frauen heute chemisch oder unter einem modisch-männlichen Diktat verweigern und sicherlich auch unter einer generationenlangen Erfahrung von Übernutzung scheuen. In der Fülle der Anlagen sollte aber nicht eine Gabe gegen die andere ausgespielt werden. *Robert Musil* bemerkte: „Die neue Frau ist eiliger ans Licht getreten als die neue Mutter.“ Wir sind heute nicht einfach zur Rückkehr zu den Müttern aufgefordert, aber auch nicht zum bloßen Vorpreschen zu der nicht mütterlichen Frau. Wozu wir aufgefordert sind, ist ein Gewinnen des

Menschlichen in der Frau, um ihre vielen Vorgaben niemals einseitig zu vernutzen, sie im Gegenteil alle gleichzeitig zu wahren. Um es mit dem Mut von *Edith Stein* zu sagen: „Menschsein ist das Grundlegende, Frausein das Sekundäre.“<sup>9</sup>

Unleugbar scheint aber ein autonomer Bereich im Mütterlichen, der Leben *und* Tod des Kindes wägen kann. Wägen kann, nicht muß – in wie vielen Müttern ist diese Möglichkeit auf Dauer überwunden oder nie aufgetaucht! In anderen jedoch nicht: Geschieht es nicht wie eh und je, daß das eigene Leben gegen das Leben des Kindes gesetzt wird? Nicht in jedem Fall willentlich bössartig, aber doch ist die Macht, scheinbar selbstverständlich, auf der Seite der Mutter – gegen die scheinbar fügsame Ohnmacht des Kindes. Heute wird dies durch eine verharmlosende, scheinbar aufklärerische Devise unterstützt, von der Selbstbestimmung der Frau für und gegen ihren „Bauch“. Wieviel Desinteresse des Partners, wieviel Ungeborgenheit in einer kinderabweisenden Gesellschaft, wieviel Selbstdemütigung und Unterjochung der Frauen hinter solchen Redensarten steckt, läßt sich nur ahnen.

Hier ist eine Klärung zu vollziehen. Die Verweigerung des Kindes gilt mittlerweile weniger für die Frauen als für eine Gesellschaft, welche nur von einer lästigen, kosten- und pflegeintensiven Nachkommenschaft ausgeht. Sie nimmt das Kind als Hemmnis eigener Bequemlichkeit und vermag es deswegen, fast neutral, zu vernichten. Mutterschaft umfaßt aber mehr als Selbstbehauptung und einige Urinstinkte des Habens oder Verweigerns. Sie ist ein personaler Vorgang, gewebt aus tausenderlei Fäden: aus der leiblichen Nähe, der seelischen Wärme, dem geistigen Wachsenlassen des Kindes, dem (gegenseitigen) Tragen und Lassen ein Leben lang, in einem Gutsein, das längst vor aller Entscheidung liegt. Hier mag es das Dunkel des Versagens und der endenden Kraft einer Mutter geben, aber nicht das unpersönliche und deswegen schauerliche Dunkel ihrer Selbstherrlichkeit.

Der antlitzlosen Göttin und der mythischen Stiefmutter steht das Antlitz jeder Mutter gegenüber, die ihr Kind als Gabe nimmt und nicht als Habe, die man zu Tode besitzt. Die Schwäche des Kindes ist einer solchen Mutter nicht Verführung, sich darin auszutoben, sondern Anlaß, die eigene Größe in Kleinheit umzuschmelzen. Wachsenlassen, *augere*, ist die Erstbedeutung von Autorität. Das wahre ältere Du hat nichts dagegen, das jüngere wachsen zu lassen.

Sind Frauen „von Natur aus“ mütterlich? Mit Recht läßt sich darauf, von der Kulturgeschichte her gesehen, ja sagen: Ja, wenn Mutterschaft anerkannt, von der Gemeinschaft gestützt, gewünscht, getragen ist. Natur ist immer kultivierte Natur. Freilich kommt es darauf an, heute die Heilung und Heiligung des gesamten Lebens, vorrangig der ausgebluteten Familie, aber auch der Arbeitswelt, der Technik, der Dienstleistungen, der Wissenschaft in den Blick zu nehmen. Die alte Tradition mütterlicher Kultur ist dafür nur ein Sprungbrett; formuliert werden muß in der Tat eine neue Ethik der Reproduktion und der Ökologie des Menschen, weniger abstrakt: des Kindes und seiner Mutter.

Ein Gebot der Stunde: Wir sollten aufhören, den Leib zur Verfügungsmasse abzuwerten. Insbesondere aufhören, den weiblichen Leib „auszuschlachten“ (Prostitution, Eizellspende, Leihmutterschaft armer Frauen!). Unser Leib/Leben ist nicht



beliebig „verwertbar“. Wir brauchen eine Kultur der Hochachtung von Mutterschaft/Vaterschaft und Kindererziehung in familiärer Bindung. Davon reden prominente Psychologen, wenn sie von ihren Patienten erzählen. Grundsätzlich soll jede Frau *wählen* können, wo ihre Arbeit sich lohnt und wo ihr Herz schlägt (Herzprämie statt Herdprämie!). Dazu braucht es konkret Erziehungsgeld und Mütterrente (statt zu später Psychotherapie für Jugendliche). Wir brauchen „beste-Praxis“-Frauen, die Familie und Beruf wenn möglich nicht gleichzeitig, sondern in Folge leben. Gilt auch für Väter.

Letztlich: Wir sollten unsere Herkunft, unsere Religion nicht vergessen. Man wirft dem Christentum gern Leib- und Frauenfeindlichkeit vor. Aber beides ist heute weit mehr im Radikalfeminismus und Gender Mainstreaming zu finden. Es bedeutet eine Aufwertung der Frau, daß in unserer Kultur die Einehe zur Norm wurde. Auch die Unauflöslichkeit der Ehe bedeutet Sicherheit für Frau und Kinder, nicht zu vergessen den Vater. Freude an den eigenen Kindern zu haben, mit ihnen gemeinsam zu leben, das ist Erbe aller Kulturen. Dagegen ist Gender nichts als heiße Luft. Christinnen sollten sich vielmehr im Getümmel der Parolen verstehen können, um es mit *Euclides da Cunha* auszudrücken, „schön wie ein Ja in einem Saal voller Nein“.

### **Anmerkungen**

\* Der Artikel entspricht einem Vortrag, den die Autorin beim Buß- und Betttagsgespräch des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg am 19.11.2014 in Bonn gehalten hat.

1) Dritte Duineser Elegie.

2) Vgl. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Frau – Männin – Mensch. Zwischen Feminismus und Gender, Kevelaer 2009.

3) Julia Kristeva, Geschichten von der Liebe; darin das Kap.: Stabat mater, Frankfurt <sup>9</sup>2002.

4) Veröffentlicht in: IKZ Communio 41, 4 (2012), 476-480; hier: 479.

5) Die letzten Zitate sind entnommen aus: Petra Tappeiner, Mutterschaft bei Julia Kristeva, in: <http://www.donne-lavoro.bz.it/304d7173.html>.

6) Vgl. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Konstruiertes Artefakt oder leibhaftes, naturtranszendierendes Wesen? Zur Geschlechteranthropologie bei Edith Stein, in: L. Hermes/A. Hirschen, I. Meißner (Hg.), Gender und Interkulturalität. Ausgewählte Beiträge der 3. Fachtagung Frauen-/Gender-Forschung in Rheinland-Pfalz, (Stauffenburg) 2003, 1-13.

7) Robert Spaemann, Gerechtfertigter Abscheu, in: Neue Zürcher Zeitung vom 14. März 2014, 23.

8) Otfried Höffe, Die Gefühle Andersdenkender, in: ebd., 24.

9) Edith Stein, Diskussion zum Vortrag „Grundlagen der Frauenbildung“ (1930), in: dies., Die Frau. Fragestellungen und Reflexionen, Freiburg <sup>4</sup>2010, ESGA 13, 246.

*Prof. Dr. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz lehrte Religionsphilosophie und vergleichende Religionswissenschaft an der Technischen Universität Dresden.*

## **Organtransplantation – Nächstenliebe oder Tötung?**

Schon im Mittelalter träumten man davon, geschädigte oder fehlende Körperteile, zum Beispiel Arm oder Bein, ersetzen zu können. In der Neuzeit versuchte die Medizin, Hautübertragungen vorzunehmen, aber es dauerte bis in die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, bis es gelang, lebenswichtige Organe von Verstorbenen auf Todkranke zu übertragen. 1962 wurde die erste Niere, 1967 die erste Leber in den USA übertragen, 1967 gelang *Christiaan Bernard* in Kapstadt die erste Herztransplantation, 1968 folgte die erste Lungenübertragung, 1987 die erste Dünndarmtransplantation. 1967 wurde „Eurotransplant“ zur Organisation der Transplantationen in Mitteleuropa gegründet. In Deutschland trat 1997 das Transplantationsgesetz in Kraft. Obwohl seit Jahrzehnten die Übertragung von lebenswichtigen Organen von soeben Verstorbenen auf Sterbenskranke medizinisch möglich wurde, blieb es um den Vorgang der Transplantation in der Öffentlichkeit ziemlich still. Einige Organisationen, so die 1983 gegründete „Deutsche Stiftung Organtransplantation“, warben dafür, sich als Spender von Organen zur Verfügung zu stellen.

Da in Deutschland die ausdrückliche Zustimmung zur Organentnahme gesetzlich vorgeschrieben ist, blieb die Zahl der ausdrücklichen Spender gering im Gegensatz zu anderen Ländern wie Österreich oder Spanien, wo man Spender ist, wenn man nicht ausdrücklich widersprochen hat. Eine genaue Zahl derer, die einen Spenderausweis besitzen, kann man nicht feststellen. Man rechnet allenfalls mit 20 Prozent der Bevölkerung. Zwischen 2007 und 2011 wurden jährlich etwa 1.200 Organe transplantiert. Bei einer Zahl von ungefähr jährlich 12.000 Schwerkranken, die ein neues Organ zum Weiterleben benötigen, ist dies eine traurige Bilanz. Sechs Jahre beträgt die durchschnittliche Wartezeit. Täglich sterben etwa drei Patienten, weil sie keine gesunden Organe zum Leben erhalten konnten. Statt daß sich die Zahl der Spender durch Aufklärungsarbeit seitdem erhöht hätte, sind die postmortalen Organspenden um etwa 20 Prozent im Jahr 2013 zurückgegangen. Der Grund dafür ist aus Medienberichten bekannt. In mehreren deutschen Transplantationskliniken wurden Organe nicht nach medizinischen Kriterien an Patienten verteilt. Dies wurde im Jahr 2012 erst bekannt. Ein Beispiel aus einem Pressebericht vom Jahresende 2013 sei hier zitiert: „Die Regeln sehen vor, daß Frau F. stirbt. Eine Flasche Wodka trank die junge Mutter am Tag über Jahre hinweg. Irgendwann wurde sie krank, erst gelb, dann dick vom vielen Wasser im Bauch. Diagnose: Leberzirrhose. Die medizinische Hochschule Hannover weigerte sich, die Alkoholikerin auf die Liste für ein Spenderorgan zu setzen. Also bereitete sich Frau F. auf das Ende vor: ‚Ich war bereit zu sterben.‘ Sie war 33 Jahre alt, ihre Kinder zwölf und neun. Heute trinkt sie keinen Alkohol mehr, und es geht ihr blendend. ‚Doktor O. hat mir eine zweite Chance gegeben“ sagt sie im Prozeß gegen den Mann, der ihr das Leben gerettet hat. Doch

Frau F. hätte wohl nie operiert werden dürfen. Doktor O. mußte sich vor dem Landgericht Göttingen verantworten. In elf Fällen soll er Daten manipuliert haben, um seinen Patienten eine Spenderleber zuzuschustern. Er soll Blutwerte verändert, Dialyseprotokolle gefälscht und, wie bei Frau F., über die Abstinenzzeit trockener Alkoholiker gelogen haben. Patienten in anderen Häusern sollen deshalb zu Unrecht länger auf ein rettendes Organ gewartet haben und darüber womöglich gestorben sein. Die Anklage lautet auf versuchten Totschlag, wurde aber fallengelassen.“

Die Bundesärztekammer hat bei 102 Transplantationen 79 Richtlinienverstöße in der Universitätsklinik Göttingen festgestellt. Ähnliche Vorkommnisse wie in Göttingen sind auch an anderen Kliniken, so auch in München, ans Tageslicht gekommen. Auch der Verdacht auf Korruption durch Vorteilnahme seitens der Ärzte kam auf. Transplantationszentren müssen eine bestimmte Zahl von Organübertragungen nachweisen, um ihre Berechtigung zu legitimieren. Dabei spielten Bonusvereinbarungen und materielle Anreize für die Ärzte eine unguete Rolle.

### Das Problem der Triage

Eine Gesetzesänderung von 2012, in Kraft getreten am 01.11.2012, zur Transplantation, die Verbesserungen der Organisation anordnete und eine Aufklärung über die Organspende den Krankenkassen auftrag, führte bislang nicht zum Abbau des Mißtrauens gegenüber der Transplantationsmedizin. Auch das Problem, wie man die geringe Zahl von Spenderorganen gerecht auf die wartenden Patienten verteilen soll, ist mit dem neuen Gesetz nicht gelöst.<sup>1</sup> Die Bundesärztekammer hatte „Richtlinien für die Wartelistenführung und Organvermittlung“ aufgestellt, aber die Wertung und Entscheidung der Ärzte ist damit noch nicht eindeutig festgelegt. Es ist das aus der Kriegsmedizin bekannte Problem der Triage. Ist die Anzahl derer, die Rettung und medizinische Hilfe benötigen, größer als die Transport- und Hilfsmöglichkeiten, so stellt sich die Frage, wer gerettet werden sollte. Zunächst meint man, die am schwersten Betroffenen haben das Recht, zuerst gerettet zu werden, aber vielleicht ist deren Rettung zwecklos, weil sie wegen der Schwere der Verwundung ohnehin sterben. Sollte man also lieber die bevorzugen, deren Überlebensaussichten besser sind? Wie will man dieses ethische Dilemma lösen?

Eine ähnliche Situation besteht in der Transplantationsmedizin. Wer Organe bekommt, richtet sich nach den Richtlinien der Bundesärztekammer. Diese nehmen in Anspruch, sich nach den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Medizin zu richten, wie es im Paragraph 16 des Transplantationsgesetzes heißt. Es stellen sich aber außer der medizinischen Beurteilung Probleme einer ethischen Wertung, wie es in einem Fachartikel beschrieben ist: „Bei den Patienten, bei denen die Organübertragung aus medizinischen Gründen Erfolgchancen hat, wird die Dringlichkeit zum herausragenden Faktor ... Dadurch daß die Chancen der Patienten, die besonders krank sind, steigen, ein Organ zu erhalten, sinkt unter Umständen die Wahrscheinlichkeit, daß der Transplantierte überleben könne. Das Allokationssystem (wie die Verteilung fachlich genannt wird) zwingt die Patienten, die schwer krank sind, die aber mit Transplantation noch gute Chancen haben, dazu, so lange zu warten, bis sie so schwer krank sind, daß sie nur noch mit schlechter Erfolgsaussicht transplantiert

werden können. Und selbst wenn die körperliche Rehabilitation gelingt, droht den meisten das soziale Aus, ohne Arbeit, kleine Rente, mit fünfzig im Altersheim. Was aber wäre die Alternative dazu?

### Ethische und theologische Wertung

Man sieht, daß fachliche medizinische Kriterien allein keine Entscheidung ermöglichen, da es hierbei um Wertungen von Lebensqualität und Lebenssinn geht. Über diese Wertungen besteht kein gesellschaftlicher Konsens. Jeder Einzelfall muß eingehend mit den Beteiligten besprochen werden, bevor eine Entscheidung zu fällen ist. Es ist nicht von ungefähr, daß in den Ethikkommissionen und -räten Theologen und Philosophen vertreten sind. Die Kirchen haben sich zwar nicht auf die Lösung von Einzelfällen eingelassen, aber grundsätzliche Erklärungen abgegeben. Am 31. August 1990 veröffentlichte die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland gemeinsam die Erklärung „Organtransplantationen“. Abgesehen von Warnungen vor Mißbräuchen wird die Organtransplantation nicht nur als enormer medizinischer Fortschritt, sondern auch als eine ethische Tat uneingeschränkt empfohlen. Der Hirntod, der als Feststellung des Todes den Herztod abgelöst hat, wird ohne Bedenken anerkannt. Zwar sei kein Mensch verpflichtet, nach dem Tod Organe zu spenden, aber die Spende sei eine Tat christlicher Nächstenliebe und gesellschaftlicher Solidarität, zu der hier aufgerufen wird. Die Bischofskonferenz begrüßte auch die Novellierung des Transplantationsgesetzes 2012, in dem die Freiwilligkeit der Spende und die Ablehnung eines Zwanges zur Abgabe einer Erklärung, auch wenn zu dieser aufgerufen wird, festgeschrieben wird. Einige Zitate mögen die bisherige Position der Kirchen belegen: „Aus christlicher Sicht gibt es keinen grundsätzlichen Einwand gegen eine freiwillige Organspende. Bedenken ergeben sich nur aus der Möglichkeit des Mißbrauches zum Beispiel Organhandel. ... In diesem Zusammenhang wird deutlich, wie wichtig es ist, das allgemeine Bewußtsein für die Notwendigkeit der Organspende zu vertiefen. Es warten viele Schwerkranke beziehungsweise Behinderte auf ein Organ, weit mehr als Organe für eine Transplantation zur Verfügung stehen. ... Aus christlicher Sicht ist die Bereitschaft zur Organspende nach dem Tod ein Zeichen der Nächstenliebe und Solidarisierung mit Kranken und Behinderten.“<sup>42</sup>

Auch hinsichtlich des Kriteriums für den wirklichen Tod des Menschen, den Hirntod, kennen die Kirchen keine Bedenken und schließen sich der heutigen medizinischen Auffassung an. Sie beschreiben ausführlich die Prozedur zur einwandfreien Feststellung des Hirntodes, wie sie in Deutschland gilt, und anerkennen diese ausdrücklich: „Daher heißt Hirntod vollständiger und bleibender Verlust der gesamten Hirntätigkeit unter den Bedingungen der Intensivbehandlung, einschließlich der künstlichen Beatmung. ... Der vollständige Verlust der gesamten Hirntätigkeit wird durch wissenschaftliche allgemein anerkannte und den Ärzten gut bekannte Befunde festgestellt, der bleibende Verlust wird durch die Verlaufsbeobachtung oder durch Untersuchung mit Geräten, bewiesen, die eine so schwere Hirnschädigung zeigen, daß sie eine Erholung sicher ausschließen. Der einwandfreie Beleg des Hirntodes läßt sich später jederzeit zweifelsfrei überprüfen. ... Mit dem Hirntod fehlt dem Menschen die unersetzbare und nicht wieder zu erlangende körperliche Grundlage

für sein geistiges Dasein in der Welt. ... Nach dem Hirntod fehlt dem Menschen zugleich die integrierende Tätigkeit des Gehirns für die Lebensfähigkeit des Organismus: die Steuerung aller anderen Organe und die Zusammenfassung ihrer Tätigkeit zur übergeordneten Einheit des selbständigen Lebewesens.“<sup>3</sup>

Schon Papst *Pius XII.* hatte 1957 in einer Ansprache vor Ärzten gesagt: „Was die Feststellung der Tatsache des Todes in den einzelnen Fällen betrifft, so kann die Antwort von keinem religiösen oder moralischen Prinzip abgeleitet werden und fällt in dieser Hinsicht nicht unter die Kompetenz der Kirche. Inzwischen bleibt sie also offen.“<sup>4</sup> Der Papst wies die Feststellung des Todes den Ärzten zu, seitdem wurde diese Aussage von der Kirche immer wieder bestätigt.

Papst *Johannes Paul II.* hat in einer Ansprache im Jahr 2000 die moralische Gewißheit der Todesfeststellung durch das neurologische Kriterium bestätigt. Er sagte, daß der Tod eines Menschen ein einzigartiges Ereignis ist, das in der vollkommenen Auflösung dieser Einheit und dieses integrierten Ganzen besteht, die das personale Selbst ausmacht. Der Hirntod ist keine wissenschaftliche Feststellung des Todeszeitpunkts, sondern eine zuverlässige Methode zur Identifizierung der biologischen Kennzeichen, die den Tod beweisen. Schon 1995 hatte der Papst in seiner Enzyklika „*Evangelium Vitae*“ die Organspende als Ausdruck einer vorbildlichen Nächstenliebe bezeichnet. Soweit der Papst.

### Die theologische Lehrentwicklung

Bemerkenswert ist, daß die kirchliche Lehre in wenigen Jahrzehnten eine radikale Kehrtwendung vollzogen hat, die auch ein Muster für andere kirchliche Lehren bilden könnte und sollte. Die katholische Moraltheologie und die lehramtliche Verkündigung der Kirche hielten bis in die fünfziger Jahre an einem naturrechtlich begründeten Verstümmelungsverbot fest, das jeden Eingriff in die Integrität des menschlichen Körpers untersagte, sofern er nicht, wie bei der notwendigen Amputation eines einzelnen Gliedes, dem Wohl des ganzen Organismus dient. Die Organspende erscheint als eine unvollständige Selbsttötung, die in Analogie zum Suizid zu beurteilen sei. Der Durchbruch zur vorbehaltlosen Zustimmung zur Organspende als einer besonderen Möglichkeit, einem kranken Menschen über den eigenen Tod hinaus zu helfen, vollzog sich zuerst auf ortskirchlicher Ebene in den Äußerungen einzelner Moraltheologen und in den Stellungnahmen nationaler Bischofskonferenzen. Inzwischen hat diese Lehrentwicklung jedoch auch Eingang in weltkirchliche Dokumente von höchster Verbindlichkeit gefunden.<sup>5</sup>

So hat auch der Katechismus der Katholischen Kirche die Organtransplantation nicht nur als sittlich zulässig, sondern sogar als verdienstvoll bezeichnet, wenn der Tod des Spenders zweifelsfrei festgestellt wurde.<sup>6</sup> Es stellte sich bei dieser Entwicklung nur die Frage, ob es eine Christenpflicht zur Spende gäbe oder ob es sich um eine freiwillige Möglichkeit über Gebühr handelt, zu der man nicht verpflichtet ist. Dieser Unterschied ist in der katholischen Moraltheologie seit langem gängig. Geht hier der Weg von der Gabe zur allgemeinen Bürgerpflicht, wie es die beteiligten Mediziner und Politiker in den Debatten eigentlich verlangen? Wenn man sich die

Not der Todgeweihten und die Dankbarkeit der Geretteten vor Augen hält, neigt man dieser Auffassung zu.

Der Freiburger Medizinethiker *Giovanni Maio* in der katholischen Zeitschrift *Herder-Korrespondenz*: „Jede Spende soll, vom Begriff her, eine Gabe, ein Geschenk sein. Wie aber kann die Gabe ein Geschenk sein, wenn von einem Bedarf an Organen gesprochen wird? Kann es einen Bedarf an Geschenken geben? Ist das nicht ein Widerspruch? ... Wenn man jetzt aus der Besonderheit und Singularität der großzügigen Spende einen Regelfall, eine Selbstverständlichkeit, eine Normalität machen möchte, dann verläßt man den Bereich der Spende und tritt ein in einen ganz anderen Bereich, nämlich den Bereich der Bürgerpflicht, vielleicht sogar den Bereich des Tausches. An die Stelle des von Barmherzigkeit und Mitgefühl getragenen Geschenkcharakters soll der zweckrationale und kühl kalkulierte Tausch treten.“<sup>7</sup>

Bei der seit 2012 vorgeschriebenen Entscheidung, zu der von Kassen und anderen Organisationen jeder aufgefordert wird, sich für oder gegen Spende zu entscheiden, spricht Professor *Maio* von einer Übertölpelung des Menschen, die auf einem Zettel etwas ankreuzen sollen. Es fehlt eine ausführliche, kompetente Beratung vor einer solchen Entscheidung. Die katholischen Theologen, die sich bisher dazu geäußert haben, bleiben bei der Freiwilligkeit der Spende, zumal Freiwilligkeit ein Bestandteil jeder sittlichen Handlung sein muß.

### Neue Kritik am Hirntodkriterium

Die ethische Berechtigung der Organentnahme hängt von der Sicherheit der Todesfeststellung ab, seit der nicht nur in den USA, sondern allgemein akzeptierten Erklärung der Havard-Kommission von 1968 ist dies der Hirntod als Tod von Großhirn, Hirnstamm und Kleinhirn. Dieses Kriterium wird aber zunehmend in Zweifel gezogen, nachdem schon damals der berühmte Philosoph *Hans Jonas* diese Zweifel lautstark geäußert hatte: Um dem Körper Gewalt anzutun, die Schmerz und Tod mit sich bringt, wie bei der Organentnahme, „müssen wir die Grenzlinie zwischen Leben und Tod mit absoluter Sicherheit kennen; und eine weniger als maximale Todesdefinition zu benutzen, heißt sich ein Wissen anmaßen, das wir (meine ich) nicht haben können. Da wir die genaue Grenzlinie zwischen Leben und Tod nicht kennen, genügt nichts Geringeres als die maximale Definition (besser: Merkmalsbestimmung) des Todes, das heißt Herztod plus Hirntod plus anderem, was von Belang sein mag, bevor endgültige Gewalt eingreifen darf. Dazu ist auch zu bedenken: Der Patient muß unbedingt sicher sein, daß sein Arzt nicht sein Henker wird und keine Definition ihn ermächtigt, es je zu werden.“<sup>8</sup> *Jonas* kritisiert hier, daß eine vom Nützlichkeitsdenken, da man Organe benötigt, bestimmte Definition des Todes den lebensbeendenden Eingriff ermächtigt: „Mein Argument ist sehr einfach. Es ist dies: Die Grenzlinie zwischen Leben und Tod ist nicht mit Sicherheit bekannt, und eine Definition (wie die des Hirntodes) kann Wissen nicht ersetzen. In dieser Lage unaufheb- baren Nichtwissens und vernünftigen Zweifels besteht die einzig richtige Maxime für das Handeln darin, sich nach der Seite des vermutlichen Lebens hinüberzu- lehnen.“

Das heißt, daß erst nach sicher festgestelltem Tod des ganzen Organismus mit Herz- und Atemstillstand und weiteren Anzeichen zur Organentnahme geschritten werden darf. *Hans Jonas* hatte aber trotz seiner Bekanntheit keinen Erfolg. 1981 trat in den USA das Hirntod-Kriterium gesetzlich in Kraft und in demselben Jahr hat die Ethikkommission des Präsidenten die Grundlage für Gesetze in allen Bundesstaaten getroffen. Aber genau in den USA wurde 2008 von derselben Ethikkommission des Präsidenten ein „White Paper“ erstellt, in dem kontroverse Auffassungen, die immer mehr zugenommen haben, über den Hirntod neu diskutiert werden. Zwar hält die Mehrheit trotz einiger Bedenken am Hirntod als Tod des Menschen fest, aber eine bedeutende Minderheit war anderer Auffassung: „Gemäß dieser Sicht kann es keine Sicherheit über den Lebensstatus eines Patienten mit völligem Hirnversagen geben, weshalb der einzig kluge und begründbare Schluß lautet, daß solche Patienten schwer geschädigte – aber noch nicht gestorbene – Menschen sind. Deshalb sollten nur die traditionellen Zeichen – irreversibler Verlust von Herz- und Lungenfunktion – verwendet werden, um einen Menschen als tot zu erklären. Erst wenn dieser Prozeß abgeschlossen ist und das Herz des Patienten zu schlagen aufgehört hat, ist die erforderliche ethische Gewißheit gegeben, um fortzufahren mit Schritten wie einer Vorbereitung der Beerdigung oder einer Organentnahme.“<sup>9</sup>

Untersuchungen haben ergeben, daß das Gehirn keineswegs die Funktion einer die Ganzheit des Körpers steuernde Instanz ist, auch bildet es nur 3 Prozent des Ganzen, während 97 Prozent des Körpers noch Lebenszeichen geben.<sup>10</sup> Der Mensch ist nicht nur Gehirn, sonst wären Komapatienten und Gehirngeschädigte keine Menschen. Hirntote können noch Fieber entwickeln, Wunden heilen lassen, auf Reize hin mit Erhöhung des Blutdrucks und der Herzfrequenz reagieren, Schmerzreaktionen lassen sich beobachten, weshalb bei der Entnahme Medikamente verabreicht werden, Kinder können noch wachsen und Schwangere Kinder gebären. Es sollen sogar Hirntote wieder zu Bewußtsein erwacht sein. Auf einer Tagung der Katholischen Akademie in München im Jahr 2013 berichtete eine Referentin, daß schon 1998 eine wissenschaftliche Studie von 175 dokumentierten Hirntoten berichtete, die viele Jahre überlebten. In manchen Ländern und Kliniken begnügt man sich sogar mit dem festgestellten Funktionsverlust des Großhirns allein. Sterben ist ein differenzierter Prozeß, der sich hinzieht, so daß ein genauer Zeitpunkt des Todes nicht festgestellt werden kann, erst im sicheren Nachhinein. Angesichts dieser nicht nur von Ethikern, sondern auch von Medizinern geäußerten Einwänden gegen die gesetzlich gestützte Praxis, stellt sich die Frage, ob es moralisch erlaubt ist, sich als noch Lebender vor dem endgültigen Tod für eine Spende zur Verfügung zu stellen. Die Organentnahme wäre in dieser Sicht eine, wenn auch legale, Tötungshandlung. Der renommierte Rechtsmediziner *Herbert Tröndle* hatte schon vor Jahren dazu geschrieben, obwohl er die Todesdefinition als Hirntod auch ablehnt: „Eine Organentnahme nach einem Gesamthirntod läßt sich schlechterdings nicht als ausdrückliches und ernstliches Verlangen zur Tötung umdeuten. Spenden und Töten zu unterscheiden, sollte nicht schwerfallen. Der Moribunde will schließlich nicht getötet werden, sondern willigt aus altruistischen Gründen in die Verlängerung seines Sterbeprozesses ein.“<sup>11</sup>

Theologen wie schon der verstorbene bedeutende Redemptoristenpater *Bernhard Häring* und der Tübinger katholische Moralthologe *Dietmar Mieth*, sehen in der Bereitschaft zur Organspende einen Verzicht auf das natürliche ganzheitliche Sterben, es ist keine Verkürzung des Lebens, sondern eine Verlängerung des Sterbens, um einen Mitmenschen zu retten. Das Beispiel des *Maximilian Kolbe*, der in Auschwitz sein Leben für einen anderen hingab, und andere Beispiele aus dem christlichen Leben erweisen den hohen moralischen Wert dieses Opfers. Hier wäre das Jesuswort zur Deutung angebracht: „Niemand hat eine größere Liebe, als wer sein Leben hingibt für seine Freunde.“ Aber der menschliche Körper eines Hirntoten, der immer noch Ausdruck seiner Seele und seines Geistes ist, darf nicht als Ersatzteillager benutzt werden, aus dem man sich bei Bedarf bedient. Der Mensch darf weder zum Tod noch zum Leben medizinisch gezwungen werden. Die Theologen und die Kirchen hätten hier noch einiges zu sagen, das über das bisher Gesagte hinausgeht.

### **Anmerkungen**

- 1) Dazu Oliver Tolmein: Numerus Clausus für Lebern , FAZ 27.11.2012 Jochen Vollmann: Tote Helden, FAZ 27.05.2013.
- 2) Organtransplantation. Erklärung der DBK und des Rates der EKD 1990, Ziff. 3.1.3.
- 3) A.a.O. Ziff. 3.2.1.
- 4) Herder Korrespondenz 12. Jg. (1957), S. 230.
- 5) Zur Lehrentwicklung hat sich Eberhard Schockenhoff geäußert, z.B. in FAZ 06.03.1997, Nr. 55, S. 42, bes.: Helfen über den Tod hinaus? Kirche und Gesellschaft 246, hg. v. d. Kath. Sozialwiss. Zentralstelle Mönchengladbach. Ausführlich Antonellus Elsässer: Organspende – selbstverständliche Christenpflicht? In ThPQ 3/1980, S. 231-245.
- 6) Ziff. 2296 u. 2301 Ausführlicher: Deutscher Erwachsenenkatechismus 2. Bd. Leben aus dem Glauben, hg. V. d. DBK, Ziff. 5.4.
- 7) Herder Korrespondenz 6/2012, S. 303-307.
- 8) Hans Jonas: Gehirntod und menschliche Organbank. Zur pragmatischen Umdefinierung des Todes, in: ders.: Technik. Medizin und Ethik. Zur Praxis des Prinzips Verantwortung, Frankfurt a.M. 1985, S. 219-240, bes. 222. Jonas hat sich mehrfach in diesem Sinn geäußert. – Ähnlich Alexandra Menzel: Organmangel als strukturelles Problem der Transplantationsmedizin in: Zur Debatte 3/213, S. 26-29, Kath. Akademie in Bayern. Dagegen Heinz Angstwurm: Ist der Organspender wirklich tot? In: Zur Debatte 2/2012, S. 35.
- 9) Norbert Feinendegen/Gerhard Höver: Der Hirntod – Ein ‚zweites Fenster‘ auf den Tod des Menschen? Zum Neuansatz in der Debatte um das neurologische Kriterium durch den US-Bioethikrat, Würzburg 2013, S. 64.
- 10) Näheres bei Thomas Schumacher: Warum ich nein zur Organspende gesagt habe, München 213, bes. S. 102-107.
- 11) Leserbrief Herbert Tröndle an FAZ v. 07.03.1997: Töten und Spenden leicht zu unterscheiden. Tröndle hat an verschiedenen Orten dazu veröffentlicht, auch vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages am 15.01.1997.

*Prof. Dr. Hans Joachim Türk lehrte Philosophie und Sozialethik an der Georg-Simon-Ohm-Technische Hochschule Nürnberg.*



# Bericht und Gespräch

Andreas M. Rauch

## **Konflikte in Israel**

### I. Historisch gewachsene Konfliktlagen

Auf dem Gebiet des heutigen Staates Israel prallen mit Judentum, Christentum und Islam drei monotheistische Weltreligionen aufeinander, da hier wichtige Orte des jeweiligen Glaubens beheimatet sind. Der Landstrich am Mittelmeer zwischen der Türkei und Ägypten weist eine ethnische und religiöse Mixtur auf, die faszinierend und gefährlich zugleich ist. Kanaan und Palästina sind uralte Siedlungsgebiete der Menschheit. Bereits in der Steinzeit siedelten sich hier Menschen an, entwickelten Ackerbau und domestizierten Tiere. Alte Handelswege, allen voran die über das Zwei-Strom-Land Mesopotamien bis nach China führende so genannte „Seidenstraße“, die das heutige Israel durchqueren, sind bis in die Zeit des alt-ägyptischen Reiches nachweisbar. Schon vor dem Erscheinen der Juden am Ende der Bronzezeit – also etwa 1200 v.Chr. – besaß das Gebiet des heutigen Israel ein hohes Kultur-niveau, welches geprägt war von einem System von Stadtstaaten. Die Israeliten übernahmen viele Dinge, etwa die hebräische Sprache, die sich bereits entwickelt hatte, bevor sie in Palästina siedelten.

Palästina war oftmals der Schauplatz für religiöse Kriege und Konflikte. Am prominentesten sind sicherlich die Kreuzzüge christlicher Ritter zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert n. Chr. zu nennen. Doch auch der momentan immer wieder anschwellende Nah-Ost-Konflikt besitzt eine nicht zu unterschätzende religiöse Komponente, die über die reine Aufteilung des Gebiets Palästina an Juden und Moslems hinausgeht. Gerade vor dem Hintergrund des „Krieges gegen den Terrorismus“, der sich gegen islamistische Extremisten richtete und deren Taten religiös und politisch motiviert sind, rückt die Frage nach der generellen Auswirkung von religiösen Einstellungen und Werten für gewalttätige Konflikte in den Focus.

Moderne Konflikte, in denen Religion einen zentralen Punkt einnimmt, gibt es zuhauf, und quer durch sämtliche Religionsgemeinschaften. So sind die immer noch andauernden Konflikte zwischen muslimischen Sunniten und Schiiten, die den Islam spalten und beinahe täglich für neue Todesopfer in Syrien, im Irak und in weiteren Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sorgen, einer breiten Öffentlichkeit bekannt

Studien haben festgestellt, daß ethnische und religiöse Diversität nicht entscheidende Auslöser für Bürgerkriege sind. Vielmehr sind andere Faktoren wie Armut, große Bevölkerung und politische Instabilität als Konfliktauslöser anzunehmen. Re-

ligion kann allerdings ein verstärkender Aspekt sein. Durch einen Alleinvertretungsanspruch und dem damit einhergehenden exklusiven Charakter von Religionen können sie zu einer Eskalation von Konflikten beitragen. Dabei geht es häufig weniger um theologische Ansichten, sondern um religiös verbrämte Ideologie – ganz im Sinne von *K. D. Brachers* „Zeit der Ideologien“, einer Studie über die Gefahr totalitärer Ideologien im 20. Jahrhundert.

## II. Gegenwärtig zugespitzte Konfliktlagen

In Israel spitzen sich gegenwärtig die schwelende Auseinandersetzung zwischen ultraorthodoxen – genannt „Haredim“ (Gottesfürchtiger) – und säkularen Juden immer weiter zu. Es häufen sich Berichte von religiös motivierten Angriffen auf Frauen und Mädchen. Die „Jerusalem Post“, die größte englischsprachige Zeitung in Israel, berichtet regelmäßig von solchen Übergriffen. Am 5. Oktober 2013 schrieb sie beispielsweise in ihrem Internetauftritt unter der Überschrift „Protests erupt against women of the Wall“ über einen Zwischenfall, bei dem ultraorthodoxe Juden eine Gruppe betender Frauen bespuckt und mit Gegenständen beworfen hatten, da diese Frauen angeblich nicht züchtig genug für ein Gebet an der Klagemauer, dem höchsten Heiligtum der Juden, gekleidet waren. Dies ist keinesfalls ein Einzelfall. Es gibt sogar Stadtteile, in denen Frauen per Plakat davor gewarnt werden, diese Bereiche mit – nach orthodoxen jüdischen Maßstäben – unzüchtiger Kleidung zu betreten, da sie ansonsten Konsequenzen zu fürchten hätten. Innerhalb der israelischen Gesellschaft regt sich deshalb starker Widerstand gegen die Handlungen der Haredim, die augenscheinlich ihren religiösen Fundamentalismus öffentlich durchsetzen.

Die Haredim sind an ihrer traditionellen Kleidung und ihren Vollbart zu erkennen. Sie lehnen jede Form westlicher Modernisierung ab. Der Großteil der Haredim-Männer ist arbeitslos und hat sich komplett dem Studium der Thora verschrieben. Um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, beziehen sie eine Sozialhilfe durch den Staat – eines der Privilegien, das sie sich für ihre Zustimmung zur Gründung des Staates Israel erkaufte haben, dem sie eigentlich ablehnend gegenüber stehen. Zudem müssen die Haredim keinen Wehrdienst leisten, der in Israel für Männer drei Jahre und für Frauen 21 Monate dauert. Ihrer Meinung nach kann nur der Messias einen jüdischen Staat wiedererrichten, weshalb sie das momentane politische System nicht akzeptieren. Dennoch gibt es Parteien, die die Belange der Haredim auf der politischen Bühne vertreten, beispielsweise die Schahs-Partei, die in den vergangenen Legislaturperioden oftmals an der Regierung beteiligt war.

Die Haredim sind die am stärksten wachsende Volksgruppe in Israel. Ihre Zahl wächst pro Jahr um sechs Prozent; der Rest der Bevölkerung Israels wächst dagegen nur um zwei Prozent jährlich. Etwa ein Drittel aller Schulkinder besucht Haredim-Schulen. In der Knesset – dem israelischen Parlament in Jerusalem – sitzen momentan zwölf Parteien, die beinahe das gesamte ideologische Spektrum abdecken. Die relative Mehrheit der 120 Sitze fällt auf die rechts gerichtete Likud Partei von Ministerpräsident *Benjamin Netanjahu* mit 31 Abgeordneten, zweitstärkste Kraft ist die liberale Jesch-Atid-Partei mit 19 Sitzen. Die Regierungskoalition besteht neben diesen beiden Parteien aus der ultrarechten Siedlerpartei Habayit Hayehudi und der

Mitte-links-Partei Hatnua. Daneben sind in der Knesset noch ultraorthodoxe jüdische Parteien zu finden, beispielsweise die schon angesprochene Schas. Grund für dieses diverse Bild ist die Zwei-Prozent-Klausel, durch die alle Parteien, die bei Wahlen mehr als zwei Prozent der Stimmen erringen können, ins Parlament einziehen. Die Regierungsbildung ist daher immer ein schwieriger Prozeß.

Die israelische Gesellschaft ist nicht nur religiös gespalten, sondern auch ethnisch. Die aus Europa emigrierten Juden – „Aschkenasim“ genannt – bilden die Oberschicht und können gesellschaftliche und wirtschaftliche Vorteile genießen, während die „Sephardim“, die orientalischen Juden, die den Großteil der israelischen Bevölkerung ausmachen, benachteiligt werden. Aufstiegsmöglichkeiten gibt es kaum, das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen ist zuweilen feindlich. Insbesondere zu Beginn des israelischen Staates wurden die Sephardim von den Aschkenasim als primitiv empfunden und entsprechend abschätzig behandelt.

Wenn diese gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konflikte innerhalb Israels nicht aufgelöst werden, scheint eine dauerhafte Lösung des gesamten Nah-Ost-Konflikts utopisch. Zum näheren Verständnis dieser komplizierten Gemengelage in Palästina ist ein Einblick in die Gesellschaft Israels und ihrer Konflikte unerlässlich. Innerhalb Israels und des Judentums gibt es die unterschiedlichsten Strömungen und Vorstellungen, wie mit dem andauernden Konflikt gegenüber den Palästinensern und den muslimischen Anrainerstaaten umgegangen werden soll. Bevor daher nicht eine eindeutige Strategie in Israel selber durchgesetzt wird, ist eine Lösung des gesamten Konflikts unwahrscheinlich.

### III. Der jüdische Staat Israel

In diesem Zusammenhang spielt das Selbstverständnis Israels als jüdischer Staat eine zentrale Rolle. Als Reaktion auf Pogrome und Antisemitismus entstand zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine zionistische Bewegung, deren Ziel es war, einen eigenen Staat für alle Juden zu errichten. Bis dahin war das jüdische Volk über die Länder Europas und der restlichen Welt verstreut gewesen, auch wenn sie kulturell ein autonomes Kollektiv bildeten. Der österreichische Publizist und Jude *Theodor Herzl* veröffentlichte 1896 das Buch „Der Judenstaat“, mit dem er das Fundament für den politischen Zionismus legte. Zudem gründete er die „Zionistische Weltorganisation“ (WZO), eine Organisation, die die Schaffung eines jüdischen Staats vorantreiben sollte. Die heutigen Ziele der zionistischen Bewegung unter der Führung der WZO sind im so genannten „Jerusalem-Programm“ 1951 festgehalten worden und beinhalten die Stärkung des Staates Israel, die Zusammenführung der in der Welt zerstreuten Juden in Israel sowie die Pflege der Einheit des jüdischen Volkes.

Diese Punkte sind zentrale Aspekte im Selbstverständnis des israelischen Staates – bis heute. Geboren aus einer Jahrhunderte andauernden Geschichte der Diskriminierung und der Verfolgung ist Israel zuallererst ein jüdischer Staat, eine Heimat für alle Juden in ihrem Heiligen Land. Dadurch läßt sich auch die starke Abgrenzung zu sämtlichen anderen Völkern und Staaten erklären. Eingekreist von Feinden entstand in der israelischen Gesellschaft ein „Alle gegen uns“-Gefühl – so der Politikwissenschaftler *Michael Wolffsohn* – und ein zunehmendes Verlangen nach einer Stärke

des jüdischen Volkes. Das Wesen der Diaspora wurde als schwach abgetan. Die ständige äußere Bedrohung wirkte integrativ, zusammenschweißend, da es die Brücke zu den biblischen Vorgängern des jüdischen Volkes schlägt, die sich in ihrem Land ebenfalls vor den Feinden um sich herum schützen mußten – sei es vor den Ägyptern, den Babyloniern oder den Römern. Das Wissen um die zionistisch-historischen Wurzeln Israels ist elementar für das Verständnis der israelischen Gesellschaft und Politik.

#### IV. Gewaltpotential durch die Parallelgesellschaft der Haredim

Kaum wurde eine erhöhte Sicherheit in Israel durch den Befestigungszaun gegenüber den palästinensischen Autonomiegebieten erreicht, kommt es zu immer wiederkehrenden physischen und psychischen Übergriffen ultraorthodoxer Haredim und damit zu Gefährdungen der inner-israelischen Sicherheitslage. Die Haredim stellen zwar nur zehn Prozent der Bevölkerung, sie genießen aber hinsichtlich des Wehrdienstes und der Sozialhilfe über lange Zeit Privilegien, die durch Verfassung und Einzelgesetze abgesichert sind.

Die israelische Gesellschaft spaltet sich über die Streitfrage nach ihrer Identität. Während die eine Gruppierung ihre jüdische Religion in extremistische Sphären treiben, versuchen die anderen, das pluralistische und liberale Israel, als das es 1948 durch Staatsgründer *Ben Gurion* konzipiert wurde, zu bewahren. Die Vorgabe durch ultraorthodoxe Rabbis, sich vollständig von der säkularen Gesellschaft abzulösen, stehen Bemühungen entgegen, die Haredim besser zu integrieren, um eine Spaltung zu verhindern. Auch wenn es innerhalb der Ultraorthodoxen verschiedene Strömungen gibt, so haben sie sich dennoch einen „eigenen Staat“ innerhalb Israels aufgebaut. In dieser Parallelgesellschaft folgen viele Haredim den Ratschlägen ihrer Rabbis, wenn es darum geht, welche Zeitung sie lesen, welche Nahrung sie zu sich nehmen, wo sie einkaufen und wie sie ihr Leben organisieren.

Daß diese Entwicklung für die israelische Gesellschaft bedrohlich ist, hat die Politik erkannt. Immer wieder gibt es Bestrebungen, den Lehrplan der „Yeshiva“ genannten religiösen Schulen der Haredim an die normalen Schulen anzupassen, da diese ebenfalls staatliche Förderungen erhalten. 55 Prozent der Stundenzahl müssen demnach auf staatliche vorgegebene Kernfächer entfallen, sonst werden diese Subventionen gestrichen. Außerdem sollen die Schüler regelmäßigen Leistungstests unterzogen werden. Diese Änderungen seien nötig, da bis zum Ende des Jahrzehnts ein Viertel aller Schüler auf diese religiösen Schulen gehen werden. Gleichzeitig sind Beschäftigung und Wohlstand unter den Haredim niedriger als bei der übrigen Bevölkerung. Eine weitere Maßnahme war es, den Wehrdienst für Haredim wieder einzuführen. Im Februar 2012 hatte das oberste Gericht Israels ein Gesetz, und zwar das so genannte „Tal Law“, für verfassungswidrig erklärt, daß Vollzeitstudierende an den Yeshiva-Schulen vom Militärdienst befreit hatte – was hauptsächlich die Haredim betraf. Staatsgründer *David Ben Gurion* hatte es eingeführt, um sich die Zustimmung der ultraorthodoxen Kräfte für den Staat Israel zu erkaufen. Galt die Regelung 1948 nur für 400 Thoraschüler, sind es heute über 7.000 Thoraschüler. Liberale und Säkulare begrüßten das Urteil als Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit. Doch die Haredim

protestierten wütend bis gewaltsam gegen dieses Urteil. Im Mai 2013 wurden deshalb acht Polizisten bei Demonstrationen in Israel verletzt, und immer wieder kommt es deswegen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Ein weiterer Konfliktpunkt ist die Rolle, die orthodoxe Rabbis bei der Durchführung und Anerkennung von Hochzeiten innehaben. So gibt es in Israel, anders als in Deutschland das Standesamt, keine staatlichen Institutionen, die Hochzeiten durchführen. Die Rabbis haben hier im Judentum das alleinige Heiratsmonopol.

## V. Fazit: Im Kontext des Nah-Ost-Konflikts

Die Idee, den israelischen Staat zu stürzen, ist den Haredim nicht fremd und in dieser Sache unterscheiden sie sich kaum von den extremistischen Muslimen der anderen Seite. Den Ultraorthodoxen geht es allerdings um das Land – „ihr heiliges Land“, welches ihnen von Gott verheißen und versprochen wurde. Das neben ihnen auch noch die Palästinenser dieses Gebiet als ihre Heimat über viele Jahrhunderte und bis heute betrachten, scheint nicht von Belang. Die Forderung nach Rückgabe der von Israel 1967 besetzten Gebiete umschiffen sie mit einem theologischen Trick: Das Land ist den Juden von Gott nur verpachtet worden, es gehöre ihnen gar nicht.

In diesem Zusammenhang muß zwischen den Positionen der religiösen Siedler und der Haredim unterschieden werden. Zwar können beide als Formen des jüdischen Fundamentalismus betrachtet werden. Die Siedler berufen sich aber auf einen religiösen Zionismus und lehnen den menschengemachten, israelischen Staat nicht ab, ganz im Gegenteil: ihr Ziel ist die Ausweitung Israels, eine jüdische Rückgewinnung des Westjordanlandes und eine Verdrängung der arabischen Palästinenser. Die Landeroberungen seit der israelischen Staatsgründung sehen sie als ein positives Zeichen, als einen Ansporn Gottes, daß sie auf dem richtigen Weg sind.

Im Kern geht es darum, daß zwei Ideologien, die mit Anspruch auf alleinige Wahrheit aufeinandertreffen, Konflikte vorprogrammieren. Viele sicherheitspolitische Sachverhalte sind in Israel durch Orthodoxe und andere rechte Kräfte mit religiösen Fragen des Judentums verknüpft worden, und radikale Siedler werden als Pioniere glorifiziert. Die ultraorthodoxen Parteien nutzen die demokratischen Strukturen Israels, um undemokratischen Forderungen Ausdruck zu verleihen. Die Haredim und ihre politischen Vertreter verlangen die Gestaltung der Gesellschaft nach ihrem Ideal: einer strengen Auslegung und Befolgung von Thora und Thalmut.

Die weitreichenden Handlungsfreiheiten der Haredim haben zu einer Spaltung der israelischen Gesellschaft geführt. Die Beziehung zwischen den Ultraorthodoxen und den Säkularen scheint unversöhnlich, regelmäßig ist von gewaltsamen Protesten oder Übergriffen auf Frauen, die die Regeln der Haredim nicht befolgen, in den israelischen Zeitungen zu lesen. Die verständliche Reaktion, nämlich die Meidung der Ultraorthodoxen und ihrer Städte bzw. Stadtviertel, isoliert diese nur noch mehr und vertieft die Gräben in der israelischen Gesellschaft. .

Die Wirkungsmacht der jüdischen und der muslimischen Religion im Nahen und Mittleren Osten ist nicht zu unterschätzen. Religiöse Eliten haben eine breite Anhängerschaft und dementsprechend viel Macht. Die Argumentationen von einem

strikt religiösen Standpunkt aus mögen für aufgeklärte Westeuropäer heute fremdartig und exotisch erscheinen – sie haben in der israelischen und arabischen Öffentlichkeit, für die sie gedacht sind, jedoch weiterhin Überzeugungskraft.

Die Hoffnung auf eine wirkliche Lösung im Nahen Osten in Form eines stabilen Friedens scheint hoffnungslos angesichts der Unnachgiebigkeit mancher Akteure. Durch die Länge der politischen Auseinandersetzungen sind die Fronten auf Seiten der Israelis wie auch der Palästinenser verhärtet, und beide scheinen nicht von ihren Grundpositionen abweichen zu wollen oder zu können. Politische Fehler wurden gemacht, da Jordanien und damit das Ostjordanland unberücksichtigt blieben; dabei sind 80 Prozent der Jordanier Palästinenser. Der Friedensprozeß wird von israelischer und palästinensischer Seite teilweise bewußt torpediert, um den politischen Status Quo zu erhalten. Solange innerhalb Israels keine gemeinsame Bewegung für einen Frieden mit den Palästinensern entstanden ist, hat dieser keinen Erfolg. Zu großen Einfluß haben ultraorthodoxe und nationalistische Akteure sowohl auf die israelische Bevölkerung, wie auch im politischen System Israels.

### **Literaturhinweise**

Bracher, Karl Dietrich: Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens. München 1982.

Haag, Herbert: Das Land der Bibel: Gestalt, Geschichte, Erforschung. Stuttgart 1989.

Maul, Stephan: Israel auf Friedenskurs? Politischer und religiöser Fundamentalismus in Israel. Wirkungen auf den Friedensprozeß im Nahen Osten. Münster 2000.

Rauch, Andreas M.: Solidarität mit dem Heiligen Land. Das Christentum in Israel zwischen Tradition, Anfechtung und Behauptung, in: Auftrag, Nr. 286, S. 20-26.

Rosenthal, Donna: Die Israelis: leben in einem außergewöhnlichen Land. München 2007.

Wolffsohn, Michael: Israel: Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. Wiesbaden 2007.

*Prof. e.h. Dr. Andreas M. Rauch ist Lehrbeauftragter an den Universitäten Duisburg-Essen und Erlangen-Nürnberg sowie als Religionslehrer und Israel-Koordinator im Schuldienst in Köln tätig.*

## Mythen der Islam-Freunde

Je mehr sich ein militanter Islam im Gewand von Islamismus, Salafismus, Dschihadismus und anderen Ismen in Europa Gehör und Beachtung verschafft, desto stärker werden auch der Anti-Islamismus und als Gegenbewegung der Philo-Islamismus. Wie die Kritik an Israel von selbsternannten Philosemiten mit dem Vorwurf des Antisemitismus beantwortet wird, so wird von den Philo-Islamiten jede Herleitung der Verbrechen im Namen des Islam seitens des IS, der Bokko-Haram oder Hamas mit dem Vorwurf des Anti-Islamismus bzw. der Islam-Feindlichkeit beantwortet.

Um diesen Vorwurf zu untermauern verfällt der Philo-Islamismus einer Reihe von Mythen, deren Bezweifelung gleich einen Faschismusverdacht oder beim militanten Islam sogar ein Fatwa (eine rechtliche Verurteilung mit höchstrichterlicher Vollmacht) auslöst. Mit all dem müssen auch die folgenden Ausführungen rechnen; trotzdem erscheinen sie notwendig, um den Ismen-Streit auf das notwendige Maß zu reduzieren.

*Der Islam ist eine Religion und keine Gesellschaftslehre. Stimmt nicht: Der Islam ist zumindest keine neue Offenbarungsreligion, sondern eine politische Doktrin.*

Der „Islam“ und die Selbstbezeichnung der „Muslime“ bezeichnen die einzige Religion, die ihren Zweck schon im Namen ausdrückt; denn diese beiden Worte „Islam“, „Muslim“ bedeuten Unterwerfung, Kapitulation, Hingabe; gemeint ist Hingabe an Gott, was jedoch zugleich eine Haltung beinhaltet, nämlich nicht Glaube oder Liebe, sondern Gehorsam und Verzicht auf Selbstbestimmung.

Der Islam (und nicht nur der Islamismus) verfügt zwar über einige religiöse Versatzstücke, ist jedoch eher vergleichbar mit Kommunismus, Marxismus, Leninismus, Maoismus oder auch mit dem nationalsozialistischen Faschismus und mit dem Heilsanspruch der Scientology. Wie beim Mythos der „Macht des Proletariats“ und der „Weltherrschaft der blonden Arier“ kommt es hier zur Weltherrschaft der selbsternannten „Gläubigen“.

Diese Feststellung wird selten gemacht aus Angst vor politischen Reaktionen wie bei allen politischen Doktrinen. Die Angst vor der proletarischen Revolution und vor den faschistischen Braun- oder Schwarzhemden, ist nun der Angst vor den selbsternannten „Gotteskriegern“ gewichen. *Muhammed* begründete keine „neue“ Religion, sondern unter willkürlicher Verwendung mehrerer Plagiate aus den vorgefundenen Schriften des Judentums und des Christentums sowie unter Vereinnahmung der dortigen Gründungspersönlichkeiten wie Abraham, die Propheten und auch Jesus eine politische Doktrin für das in Stammeskriegen zerrissene Arabien und Nordafrika mit dem Anspruch der Weltherrschaft.

Dazu veränderte *Muhammed* die biblischen Plagiate gezielt und beraubte sie ihrer religiösen Kraft, die ihm bei der Weltherrschaft hinderlich schien: der mit seinem

Volk handelnde JHWH wird bei *Muhammed* zu einem ins Jenseits zurückgedrängten Allah (vgl. 3. Mythos); der menschengewordene, sich bis zum Tod ins Scheitern begebende Jesus wird zum Propheten Isa, der nicht stirbt (vgl. 4. Mythos); aus dem Bericht von der Erschaffung des Menschen streicht *Muhammed* die Gott-Ebenbildlichkeit von Mann und Frau (vgl. 6. Mythos); die Auserwählung des Volkes zur Verantwortung für die Welt und die Lehre von der Gleichheit und Gleichwertigkeit der Menschen ersetzt er durch die absolute Höherwertigkeit der Gläubigen und durch die Abwertung aller anderen (vgl. 7. Mythos) usw.

Die Offenbarungsreligionen Judentum und Christentum sind Religionen des Wortes, nicht des Buches; das ist ein für den bedeutendsten jüdischen Philosophen der Neuzeit, *Franz Rosenzweig* (1886-1929), entscheidender Unterschied. Gott schenkte im Judentum und Christentum den Menschen seine Liebe, aber für *Muhammed* thront er „in seinem höchsten Himmel“ und schenkte ihnen durch seinen Erzengel nur ein Buch.

Mit dem Judentum und dem Christentum gab es zwei Offenbarungs-Religionen, mit denen die Selbstentäußerung Gottes abgeschlossen war. Danach entstanden mehrere „politische Doktrinen“ wie die christliche Staatsreligion seit *Konstantin d. Großen*, der Missionsauftrag, der Zionismus usw. bis hin zum Islam und zu den Doktrinen der Neuzeit wie Faschismus oder Marxismus-Leninismus. Eine „Doktrin“ ist eine in sich geschlossene, von außen starr und einseitig erscheinende „Lehre“, im Politischen ein verpflichtendes „Prinzip“, das einer künftigen Politik zugrunde liegen soll (Beispiele aus neuerer Zeit: Monroe-Doktrin; Hallstein-Doktrin).

Im Ideologischen bezeichnet der Begriff „Doktrin“ eine festumrissene Denk- und Handlungsweise wie bei den Parteidoktrinen. *Muhammed* fand den Gedanken der Offenbarung in Judentum und Christentum vor und übernahm ihn, wie man eben manchmal Vorgefundenes übernimmt, nämlich ohne es aus seinen Voraussetzungen zu erzeugen. Er übernahm die Begrifflichkeiten nur äußerlich und blieb insofern „am Heidentum kleben“. Deshalb ist der Koran eben ein „weltgeschichtliches Plagiat“ und der Islam nur monotheistisches Heidentum; so die Analyse *Franz Rosenzweigs*.

Offenbarungsreligionen sind z.B. „über-ethnisch“; sie suchen nach einer Sprache, die es letztlich noch nicht gibt, sondern die sich erst aus der gereinigten Lippe aller Menschensprachen ergeben wird. Der Islam aber ist arabisch ethno-fixiert. Allein schon aus diesem Grunde ist er eher die „Karikatur“ einer offenbarten Religion.

Wenn nach diesen Überlegungen der Islam zumindest nicht in die Reihe der Offenbarungsreligionen, sondern allenfalls der verschiedenen Frömmigkeiten gehört, könnte uns der Vergleich mit den gesellschaftlichen Doktrinen und Ideologien vielleicht eher zu einer Einschätzung seiner Bedeutung für Europa und für die Welt bringen. Ohne die religiösen Plagiate bleibt vom Islam tatsächlich nur die Doktrin, der „Ismus“; aber die Integration der unverfälschten „Worte“ aus den Offenbarungen des Judentums und des Christentums in den Text des „Buches (Quran)“ könnte vielleicht einen Weg zu gemeinsamer Verantwortung in der Welt



eröffnen, wie ihn seinerzeit beispielsweise die „Christlichen Sozialisten“ bezüglich der marxistischen Doktrin versucht haben.

2. *Die Gottesbilder der Religionen sind überall gleich. Stimmt nicht: JHWH und der christliche Gott sind keineswegs identisch mit Allah.*

Das Judentum brauchte weder das Christentum noch den Islam; denn es stand in einem unmittelbaren Vertragsverhältnis mit Gott (JHWH); es ist bei Gott. Das Christentum brauchte das Judentum, denn es will letztlich auch zum „Vater“, aber eben durch den (als Jude geborenen) „Sohn“. Der Islam braucht niemanden, ist sich selbst genug und deshalb bereit, auch über die Leichen der anderen zu gehen. Die dialogische Liebe zwischen Gott und den Menschen wird bei *Muhammed* zum Kult des Gehorsams; der mit den Menschen ringende Gott wird als Allah in sein Jenseits eingesperrt sowie auf seine Barmherzigkeit und Allmacht reduziert.

Das Bekenntnis des Islam ‚Gott ist Gott‘ ist kein Glaubens-, sondern ein Unglaubensbekenntnis; es bekennt sich in seiner Tautologie nicht zum offenbar gewordenen, sondern zum verborgenen Gott; mit Recht sagte *Nikolaus Cusanus*, daß so auch der Heide, auch der Atheist bekennen könnte. Auch Atheisten akzeptieren ja die Vorstellung von einem im Jenseits verharrenden, sich selbst nicht ins Menschengetriebe einmischenden Gott; zu dem, der sich nicht verhält, brauche auch ich mich nicht zu verhalten.

Gott ist in einer offenbaren Religion keine mythologische Größe, sondern selbst Subjekt, dem der Mensch als Individuum begegnet; und mit jedem Individuum, jedem Ich, fängt die Welt neu an. Das Interesse, das beide aneinander nehmen, nennt man Liebe – also nicht nur einseitige Barmherzigkeit und andersseitige Unterwerfung wie bei *Muhammed*.

Allahs Weg ist ein anderer als der Weg Gottes in den Offenbarungsreligionen. Gottes Weg ist das Walten göttlichen Ratschlusses hoch über, zusammen mit und innerhalb menschlichen Geschehens. Allahs Weg dagegen bedeutet die Ausbreitung des Islam durch den Glaubenskrieg, also der Weg seiner Gläubigen. Es ist eben ein Weg des Gehorsams. Das unterscheidet ihn, mehr als sein Inhalt, von der Liebe zum Nächsten, zum Fernsten und zum Feind. Der Unterschied liegt in der inneren Form, die auf dem Weg Allahs eben der Gehorsam des Willens gegen die ein für allemal gegründete Vorschrift ist.

In der Beziehung zwischen Gott und den Menschen ist nach den Offenbarungsreligionen die Liebe des Nächsten immer neu vom Zerschneiden der Dauerform durch das immer überraschende Hervorberechnen der Liebestat gekennzeichnet. Die Welttat ist bei den Offenbarungsreligionen ganz freie, unberechenbare und immer wieder bei den Menschen scheiternde Liebe, im Islam hingegen devoter Gehorsam gegen das einmal erlassene Gesetz.

Allah ist bereits reich auch ohne alle Welt; er hätte die Schöpfung auch lassen können, wie bei einem orientalischen Gewaltherrscher, nicht in der Erschaffung des Notwendigen, sondern in der Willkürtat liegt seine Größe begründet; Allahs Willkür kennt eben keine Notwendigkeit wie der Gott der Offenbarungsreligionen. In den Offenbarungsreligionen stellt sich die Frage nämlich demgegenüber, ob Gott die Welt aus Gerechtigkeit oder nicht vielmehr aus Liebe geschaffen hat und

insofern um seiner selbst willen schaffen „mußte“. Der Islam kennt überhaupt keinen liebenden Gott und auch keine geliebte Seele; Erbarmen ist ja nicht Liebe.

*3. Der Islam ist am Frieden unter allen Menschen interessiert. Stimmt nicht: Muhammed ist der einzige mit religiösem Anspruch auftretende Gründer, der Kriege führte und die Ermordung seiner Gegner befahl.*

Bei der Ermordung des jüdischen Stammes Banu Quraiza im Jahre 627 ging *Muhammed* selbst über Leichen; in dieser Tradition sehen sich Islamisten, Salafisten, Dschihadisten und andere aus dem Islam begründete Weltoberer, denn *Muhammed* hatte dabei zugleich das „Enthaupten“ (Köpfen) als Bestrafungsform für besiegte „Feinde“ bzw. der „Ungläubigen“ eingeführt. Der Islam ist deshalb nicht am Frieden unter den Menschen, sondern nur am Frieden unter den Muslimen interessiert.

Dagegen steht eben die christliche Feindesliebe, also der Gedanke, zu tun, was mein Feind nötig hätte, damit er nicht mehr mein Feind sei. Dieser Gedanke hat zwar die Politik Israels und die Politik der Christenheit nie wirklich durchdrungen, obwohl er beiden immer konstitutiv blieb; aber den Muslimen ist dieser Gedanke nicht nur fremd, sondern ein Ausdruck von Schwäche und widerwärtig, ekelhaft.

Der friedliche Islam ist ein Mythos; die Spuren seiner Geschichte sind brutal, mörderisch, anti-jüdisch und anti-christlich. Die Eroberungen des Vorderen Orients und Nordafrikas durch den arabischen Islam kannte nichts weniger als Friedlichkeit. Den Siegen lagen keinerlei Bekehrungen, sondern ausschließlich der Zwang zur Konversion, die Erhebung maßloser Steuern oder die Androhung von Hinrichtungen zugrunde. Die Verbrechensgeschichte des Islam in seinen Frühjahren ist bis heute nicht geschrieben, da die Opfer keine Nachrichten hinterlassen durften und die Sieger ihre Schandtaten verschwiegen.

*4. Auch der Islam verehrt Jesus. Stimmt nicht: Die Gestalt des muslimischen Isa hat mit dem christlichen Jesus in entscheidenden Punkten nichts zu tun.*

Da die islamische Ethik eigentlich die Liebe nicht kennt, sondern nur die Leistung, wird nicht die gläubige Seele gewogen, nicht die Echtheit des Glaubens, sondern ausschließlich die Tat. Insofern kann sogar der „Keuschheit Jesu“ durchaus die Sinnlichkeit *Muhammeds* ruhmvoll entgegen gehalten werden (wie beim islamischen Gelehrten *Al-Ghazali*, verstorben 1111); in seiner Sinnlichkeit beweist sich *Muhammed* als größer, denn seine Inbrunst zu Gott übertrifft sogar noch seine Triebe; seine sinnlichen Taten sind größer als jede keusche Liebe.

Genau dies überträgt sich auf die Menschen, die sich *Muhammed* und eben nicht den christlichen Jesus zum Vorbild nehmen. Jesus liebt die sündigen Menschen, geht für sie sogar in den Tod; sein Scheitern wird zur Erlösungstat für alle Menschen, also nicht nur für die Gläubigen. *Muhammed* konnte mit dem „leidenden Gottesknecht“ des jüdischen Isaia nichts anfangen, weil er die Sünder, also vor allem die „Ungläubigen“ unter die islamische Doktrin zwingen wollte. *Muhammed* geht es nicht um die Rettung der Sünder, sondern um deren Unterwerfung.

5. *Muslime bekennen ihren Glauben frei. Stimmt nicht: Es gibt keine Freiheit im Islam und keine Entscheidung zum Islam, sondern ausschließlich Gehorsam.*

Niemand darf die „heiligen Texte“ frei interpretieren; niemand darf vom Islam weg konvertieren; niemand darf die Gebote „nicht“ befolgen. Freiheit bedeutet im Islam für die Muslime ausschließlich, die Gesetze und Gebote befolgen zu dürfen, und nach Außen für die Nicht-Muslime (Ungläubigen) ausschließlich, die islamischen Pflichten anzunehmen. Die Kategorien der Entscheidung und der Glaubensannahme als existentiellen Akt gibt es im Islam nicht.

Wollte man den Islam nicht unter die Doktrinen einordnen, so bliebe nur die Einordnung unter die „Frömmigkeitsbewegungen“ wie Hinduismus und Buddhismus, nicht jedoch unter die Offenbarungsreligionen. Gott bleibt in der Offenbarung bei Judentum und Christentum gleichzeitig bekannt und verborgen. Daraus resultiert die einer Offenbarung gegenüber grundlegende „Entscheidung“ des Menschen für Gott wie sie von *Sören Kierkegaard* oder *Blaise Pascal* gefordert wurde. Die (freie) Unterwerfung, wie vom Islam verlangt, ist diesbezüglich kontraindiziert. *Muhammeds* Islam ist eben keine zuständige Haltung der Seele, sondern eine unaufhörliche Folge von Pflichterfüllungen.

*Muhammed* erkannte den Zusammenhang nicht, der die Offenbarung an die Schöpfung bindet, nämlich die innere Umkehr des Menschen zu Gott, wie es *Franz Rosenzweig* ausdrückte. Die Menschen verlieren im Islam ihr göttliches Gegenüber, das DU, verlieren ihre unterschiedslose Gotteskindschaft, verlieren ihren gleichwertigen Auftrag an die Menschheit und an die Schöpfung zugunsten ihrer Selbsterlösung durch Unterwerfung. Gott als Partner wird deshalb auch nicht Mensch (Inkarnation), sondern Buch (Inlibration) als Koran und Gesetzbuch (Scharia / Sunna). Liebesgebot und Gesetzesgehorsam sind unvereinbar; das Verhältnis zu Gott und zur Welt haben im Islam und in den Offenbarungsreligionen umgekehrte Vorzeichen und das Ergebnis ist entgegengesetzt: Die freie, immer wieder neu zu erkämpfende (und also auch scheiternde) Hingabe an Gott in den Offenbarungsreligionen; andererseits der schlichte Gehorsam der Tat in der Welt. Heilige und Propheten werden deshalb im Judentum und Christentum verehrt aufgrund ihrer Überzeugungen und Entscheidungen, im Islam dagegen allenfalls aufgrund ihrer Erfüllung der Gebote und der Unterwerfung unter das „Buch“ oder die Scharia.

Selbst an der Person *Muhammeds* wird dies deutlich: seine Verehrungswürdigkeit liegt nicht darin begründet, daß sich die Fülle der göttlichen Liebe über ihn ergossen hätte, sondern in seinen Wundertaten wie der Fahrt durch die sieben Himmel. Die Fülle solcher Liebe wächst hier eben nicht (mehr). Im Christentum gilt, daß gerade die Schwäche der Menschen mehr göttliche Liebe erweckt als all ihre Großtaten zusammen.

Das ist dem Islam ein widersinniger Gedanke; Allah erbarmt sich zwar der Schwachen, aber er liebt sie nicht; dem islamischen Allah fehlt die Fähigkeit zur Demut. An die Stelle des ehrfürchtigen Schauers angesichts der göttlichen Liebe tritt im Islam ein hybrider Schauer der Furcht und der Angst. Der Sünder ist (besonders im Christentum) Gottes Freund; für ihn tut Gott alles; die Schuld der Ureltern,

sogar die Schuld dessen, der seinen Gott leugnete und verriet, wird in der christlichen Osternacht sogar als „glückselige Schuld“ gefeiert, weil sie Gottes unverdiente Gnade und Liebe zur Welt offenbart. Auch das ist dem Islam völlig fremd. *Muhammed* war stolz darauf, seinen Anhängern den Glauben leichtgemacht zu haben. Er hat ihn zu leicht gemacht. Er meinte, sich und den Seinen die innere Umkehr (Metaneua) ersparen zu können. Aber alle wirkliche Offenbarung beginnt eben mit einem großen Nein, mit der (existentiellen) Entscheidung.

*6. Frauen sind im Islam den Männern gleichgestellt. Stimmt nicht: Der Koran kennt keine Gleich-Ebenbildlichkeit von Mann und Frau.*

Nach dem Buche Genesis des „Jüdischen Fundaments“ (AT) der monotheistischen Religionen wurden die Menschen nach dem „Ebenbild“ Gottes erschaffen. Der Koran plagiiert weitgehend die biblischen Schöpfungsgeschichte, jedoch mit wesentlichen Änderungen bzw. Weglassungen. Dazu gehört die Streichung dieser Gleich-Ebenbildlichkeit von Frau und Mann, von Gläubigen und Ungläubigen usw., eben aller Menschen.

*7. Aus muslimischer Sicht sind alle Menschen gleich. Stimmt nicht: Nicht nur die Geschlechter, sondern auch Gläubige und Ungläubige, Reiche und Arme, Araber und andere Völker sind ungleich und nicht gleichberechtigt.*

Die arabischen (muslimisch geprägten) Staaten akzeptieren bis heute nicht die Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen. Im Jahr 1981 faßte der iranische Vertreter bei der UN, *Said Rajaie-Khorassani*, die muslimische Position zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zusammen, indem er sagte, diese Erklärung sei „eine säkulare Interpretation der *judäo-christlichen* Tradition, die von Muslimen nicht ohne Bruch des islamischen Rechts befolgt werden könne“. Deshalb entstand 1981 die „Kairoer Erklärung“ mit der die Verbindlichkeit alle Menschenrechte von der Übereinstimmung mit der Scharia abhängig gemacht wurde.

Folgerichtig gehört der Totschlag von Ungläubigen, vor allem von Juden und Christen, nicht zu den Verstößen gegen die Menschenrechte, da Koran, Sunna und Scharia genau dies fordern bzw. erlauben. Auch die Anti-Folter-Konvention, die Anti-Diskriminierung und die Menschenrechte der Kinder wie die freie Religionswahl gelten im Islam nichts.

*8. Der Islam beachtet die Menschenrechte. Stimmt nicht: Aus der islamischen Welt stammt die umfangreichste Verweigerung zur Unterschrift unter die Menschenrechte.*

Die soeben genannte Kairoer Erklärung der Menschenrechte anerkennt ausdrücklich nur diejenigen Rechte der Menschen, welche im Einklang mit der Scharia stehen. Artikel 24 dieser Erklärung legt fest: „Alle in dieser Erklärung festgelegten Rechte und Freiheiten sind der islamischen Scharia nachgeordnet.“ Artikel 19 besagt: „Es gibt keine Verbrechen und Strafen außer den in der Scharia festgelegten.“ Und Artikel 25 bestätigt dies: „Die islamische Scharia ist die alleinige Referenz für die Erklärung oder Erläuterung aller Artikel dieser Erklärung.“

Das beruht auf der Vorstellung, daß allein der Islam „wahre Religion“ und die islamische Umma (Gesellschaft) die beste aller gesellschaftlichen Ordnungen sei. Redefreiheit beispielsweise wird nur gewährt, sofern sie dem islamischen Recht nicht widerspricht. Eine Allgemeingültigkeit von Religionsfreiheit wird ausdrücklich nicht anerkannt. Ausdrücklich wird auch die Überlegenheit des Mannes über die Frau konstatiert. 1994 folgte zwar in der „Arabischen Charta der Menschenrechte“ ein formales Bekenntnis zur Charta der Vereinten Nationen, das sogar 2004 in einer überarbeiteten Fassung bestätigt wurde, aber auch diese Charta be ruft sich auf die Kairoer Erklärung und macht nochmals die Akzeptanz der Menschenrechte von dieser Kairoer Erklärung und also von der Scharia abhängig.

*9. Der Islam unterdrückt keine Christen und Juden. Stimmt nicht: Die islamische Welteroberung ist auf den Leichen von Juden und Christen aufgebaut.*

Über die angebliche Toleranz der Muslime gegenüber den eroberten Völkern während ihrer Eroberungsfeldzüge wurde seit *Voltaire* viel unsinniger Quatsch geschrieben, dessen einzige Begründetheit in der erstrebten Verunglimpfung der Christen seit etwa 1700 gesehen werden kann. Die muslimischen Quellen kennen diese Toleranz sogar nicht einmal selbst. Vielmehr schildern sie die drei Möglichkeiten für die Eroberten: Zwangskonversion zum Islam, Tötung oder Versklavung.

Den Christen und Juden wurde mit der Machtübernahme seitens der Muslime jede Mission, die Errichtung von Kirchen und Synagogen, das laute Beten usw. untersagt, obwohl die herrschenden Muslime in vielen Ländern nahezu 200 Jahre lang die Minderheit blieben. Das bereits genannte von *Muhammed* geleitete Massaker des Jahres 627 an ca. 700 Mitgliedern des jüdischen Stammes Banu Quraiza geschah, nachdem die Betroffenen ihre eigenen Gräber ausgehoben hatten und durch das sogen. Köpfen. Frauen und Kinder wurden dem Sklavenhandel übergeben. Auch die moderne islamische Intoleranz hat hier ihre eigentlichen Wurzeln.

*10. Die christlichen Kreuzzüge waren grundlose und besonders grausame Überfälle. Stimmt nicht: Die Kreuzzüge waren provoziert und veranlaßt; im übrigen folgten sie lediglich den mittelalterlichen Gepflogenheiten.*

Den Kreuzzügen war eine beispiellos brutale Eroberung Arabiens, des vorderen Orient, des heutigen Irak und Iran, Nordafrikas und Spaniens vorausgegangen mit einer nahezu vollständigen Ausrottung der dort blühenden jüdischen und christlichen Gemeinden. Die Menschen traten keineswegs bereitwillig zum Islam über, vielmehr dauerte es im Schnitt 200-250 Jahre, bis der Islam dort eine Mehrheit in der Bevölkerung bildete. Solange unterwarfen sich Juden und Christen eher zähneknirschend den Machtverhältnissen.

Anlässe der Kreuzzüge waren dann die frontalen Angriffe gegen das oströmisch-christliche Byzanz, die ausufernde Begehrlichkeit der Muslime in Sizilien und Italien. Konkreter Auslöser der christlichen Gegenwehr waren die Zerstörung der Grabeskirche Jesu und 30.000 anderer Kirchen in Jerusalem und Umgebung durch den Kalifen *Tariq al-Hakim*, einen Fatimiden, sowie die damit verbundenen Pogrome.

Sicher gibt es weitere Mythen, Legenden und Unwahrheiten, welche zum Applaus für Aussagen wie „der Islam gehöre zu Deutschland“ oder zu Europa führen. Demgegenüber sollen die hier gemachten Aussagen zur Versachlichung und zur Nachdenklichkeit bezüglich des gesamten Islam führen. Auch der notwendige Dialog mit Muslimen darf ja nicht auf halbweisen Mythen oder bewußten Unwahrheiten aufbauen.

### **Literatur**

Franz Rosenzweig, Die „Gritli“-Briefe. Bilam: Tübingen 2002.

Franz Rosenzweig, Der Stern der Erlösung. Nijhoff: Haag 1976 (1921).

Franco Rest, Gottes Plan mit den Menschen. Historischer Roman zum Leipziger Religionsgespräch (1913) zwischen Franz Rosenzweig und Eugen Rosenstock. LIT: Münster/Westf. u.a. 2013.

*Prof. Dr. Franco Rest lehrt Sozialphilosophie und Sozialethik an der Fachhochschule Dortmund.*

## Globalisierung als Krieg gegen den Menschen

### Teil 2: Erlösung Europas durch Neo-Bolschewismus?

#### 1. Zwischen Denken und Terror

Im ersten Teil des Beitrags wurde die Entstehung des *Euro-Islamischen Rassismus* vorgestellt, einer so volksfeindlichen wie elitenfreundlichen Politik aus dem Geist nazifaschistischer Radikalität, die im Zuge der globalen Produktivitätsexpansion enorme Migrationsströme auslöste und stetig wachsende Kontingente islamischer Zuwanderung nach Europa lenkte. Dieser Trend erweist sich als langfristige Folge der Aufklärung und die Moderne insgesamt als Variante der Gnosis, als politreligiöse Weltanschauung, die sich existentiell gegen den *Logozentrismus* definiert. Sie zielt auf eine epochale Überwindung des abendländischen *Logos*, die den Islam als gnostische Welttransformation installiert und mit vielen Millionen neuer Menschen sowie einem europaweiten Moschee-Netzwerk eine historische Realutopie antreibt.

Hier bildete sich der reiche Nährboden für eine erweiterte Version des *Rassismus*, die den zuwandernden, insbesondere islamischen „edlen Wilden“, zunehmend privilegiert und die „eingeborene“, speziell christlich konnotierte Bevölkerung existentiell ausgrenzt, sowie zudem den Antisemitismus reaktiviert, der mit der Parole „Juden ins Gas“ keine Empörung auslöst. Mit umfassenden Verzichtsdiktaten, die man *Toleranz* nennt, kündigt sich ein dritter Totalitarismus an, der sich alle Institutionen unterstellt und mit den Sprachkeulen des „Kulturdialogs“ (*Rechtsradikalismus, Rassismus, Volksverhetzung, Islamophobie* etc.) die Ausgrenzungsmethoden der rotbraunen Vorgängerextreme fortsetzt. Dabei machen sich nicht nur nazifaschistische, sondern wie in diesem zweiten Teil vorgestellt wird, auch bolschewistische Elemente geltend.

Scheinbar gedämpft durch die Codierungen der Arbeits- und Konsumwelt, verbinden sich beide zu einem politmedialen Mainstream, der eine zunehmend messianische Observanz an den Tag legt und seine zentrale Botschaft – *Islam ist Frieden* – von seinen Kadern in den Institutionen – Parteien, Medien, Universitäten, Stiftungen, Kirchen etc. – mit wachsender Einheitlichkeit verkünden läßt. Mithin radikalisiert die aktuelle Moderne ihre eschatologische Fortschrittskomponente gegen die altkulturelle Werteskala und christliche Sozialethik, die den Protagonisten kaum bewußt wird. Presse, Funk und Fernsehen präsentieren sie der Öffentlichkeit in Gestalt um so sendungsbewußterer Politiker, Professoren, Prälaten und sonstiger Profiteure, die aber aufgrund der totalitären Dynamik, wie sie selbst formulieren, „keine Alternative“ zu ihrem Verhalten haben, denn sie sind Teil des Systems, das allzu deutliche Abweichungen mit dem Ende der Karriere und Versiegen von Prestige quittiert.

Dies wohlweislich verinnerlichend, bilden sie einen Propaganda-Kader, der seine Existenz mit der als „Religionsfreiheit“ getarnten, islamozentrischen Steuerung des

laufenden Strukturwandels ebenso absichert, wie es seine Vorgänger mit den Zwangsbekanntnissen zur arischen Herrenrasse bzw. zur Superklasse des Proletariats bewerkstelligten. Im Namen Allahs vereinigen sich die Eliten Europas nun zu einem anschwellenden Chor des totalitären „Friedens“, der sich auch und gerade nicht durch die Attentate des islamischen Terrors, geschweige denn durch den Genozid an den orientalischen Christen beirren läßt, sondern seine Art des „Friedens“ immer bedrohlicher auch gegen die Christen in Europa richtet.

Der gewaltige Aufwand, der nach dem kürzlichen Anschlag auf das französische Satire-Magazin *Charlie Hebdo* zur Beruhigung der Öffentlichkeit getrieben wurde, offenbarte die Eliten als islamgesteuerte Akteure, die alles daran setzen, ihr Heilsobjekt zu schützen, während das kirchliche Feindbild unbeschädigt bleibt. Denn die Muhammad-Karikaturen des Magazins entsprachen zwar der Wirklichkeit, verdankten sich aber dem gleichen, aggressiven Atheismus der Redakteure wie ihre obszöne Darstellung einer mit sich selbst kopulierenden Trinität, die freilich keine Mordanschläge nach sich zog. Derlei „Satiren“ gehören zur Vorhut der modernen Antikultur, die in Frankreich eine Tradition privilegierter Radikalität als Erbe der Französischen Revolution pflegt und weiter unten zur Sprache kommt.

Wie sich zeigen läßt, bildet sich darin die radikale Volks-„Demokratie“ sozialistischer bzw. bolschewistischer Prägung ab, die den Rechtsstaat ebenso verdrängt wie einst die „Volksgemeinschaft“ der Nationalsozialisten. Beide waren und sind auf die Fusion der Führungsclique mit einer hinreichend primitiven Avantgarde – nach *Hannah Arendt* auf den Bodensatz des „Mob“ – angewiesen, der heute als massierter Kader von fachfremden „Islamexperten“ agiert. Demgemäß wissen die Akteure abseits der Sprachkeulen wenig über den Islam, was schlicht ihre Funktion ist, da jedes Denken, insbesondere wissensbedingte Differenzierungen und logische Schlußfolgerungen, für den Bestand totalitärer Systeme reines Gift ist.

So auch für den Islam und seine Euro-Lakaien, die nichtislamisches Wissen heute ebenso „beschmutzt“, wie die spätmittelalterlichen Anfänge der Wissenschaft aus Sicht der kirchlichen Dogmentheologie das Gewissen der Christen verunreinigten. Um die „Augenhöhe“ mit dem Islam zu erreichen, mußte sich die europäische Herrschaftsideologie den Erfordernissen der Scharia angleichen, was die Elite-Mob-Allianz des „Kulturdialogs“ mit der Abpressung steigender Toleranzleistungen in Recht, Kultur und Finanzen realisierte. Kritik daran stellt sich in der Psychoprojektion neototalitärer Tunnelsicht als Tandem aus *Rassismus und Islamophobie* dar, das mit zunehmend stringenten Einschränkungen der Meinungsfreiheit sowie Ausweitungen der Medienzensur zu bekämpfen ist, letztlich allerdings, wie es der Vernichtungslogik gemäß heißt, seine Beseitigung „selbst provoziert“.

Diese „Logik“ ist ein zentrales Ergebnis des Kampfes gegen den *Logozentrismus*, das wegen seiner Bedeutung für den Globalkrieg gegen den Menschen kurz repetiert werden sollte. Denn wer gegen den *Logos* der abendländischen Kultur räsoniert, muß den Kriegsgeist des antiken *Polemos* annehmen, das machtkritische Signal der jesuanischen Zeitenwende abwehren und die aristotelische Logik verabschieden. Als unverzichtbare Basis des Denkens überhaupt ist sie bis heute integraler Bestandteil jeder Argumentation, die allerdings im laufenden „Kulturdialog“ keine Rolle spielen darf und kann, weil weder der Neototalitarismus Argumente verträgt, noch



dessen Protagonisten nach herkömmlichem, also *logozentrischem* Denken, denken können.

## 2. Zwischen Anti-Logik und Verdummung

Zunächst sei an ein Standardmuster des islamozentrischen „Kulturdialogs“ erinnert, dem zufolge „nicht alle“ dies oder jenes praktizieren bzw. „nicht immer“ dies oder jenes praktiziert wird, was auch immer man gegen ihr Heilsobjekt einwenden mag. So sollen z.B. „nicht alle“ Muslime Terroristen sein, was niemand behauptet, aber davon ablenkt, daß im globalen Kontext fast alle Terroristen Muslime sind. Dem entspricht die wahrhaft bombastische Rüstung der islamischen Staaten. Im Vergleich zum Rest der Welt verfügt jeder Muslim statistisch über ein Zehnfaches an Waffen, die zu etwa drei Vierteln von den USA und der EU kommen und in den Gebieten der Islamisierung wachsende Gefahrenpotentiale aufbauen.

Daher wirkt die Behauptung der EU-Staaten dubios, ihre Geheimdienste unterzögen die terrorverdächtigen Muslime ständiger „Beobachtung“, zumal es hier traditionelle Seilschaften mit den nahöstlichen Kollegen gibt. Nach den Mega-Attentaten (New York, London, Madrid etc.) und auch nach dem *Charlie-Hebdo*-Anschlag wurde verlautbar, daß die Attentäter den „Sicherheits“-Behörden bekannt, aber unbehelligt geblieben waren. Bei zunehmend zwanghafter Islamisierung ist die „Beobachtung“ also regelhafte Praxisfolge des Systems, die den Bürger einlullt und derweil die rotbraune Extremismus-„Tradition“ hinter islamgrünem Feigenblatt fortsetzt.

Zur weiteren Erhellung sei ebenso an den Basissatz des *Aristoteles* erinnert, der dem argumentativen Denken zugrunde liegt. Das klassische Beispiel lautet: *Jeder Mensch ist sterblich, Sokrates ist ein Mensch, also ist Sokrates sterblich*. In der modernen Schrumpfung des Denkens bzw. dessen radikaler Deformation muß es für das Zentraldogma „Islam ist Frieden“ nach der „Nicht-alle“-Regel heißen: *Islam gibt es nicht überall, Frieden gibt es nicht überall, also ist Islam Frieden*. Das scheinbare Paradox löst sich regelmäßig in der „Provokation“ auf, in der simplen Existenz derer, die diesem Frieden nicht trauen, daher alsbald auszusondern sind und jenen *ontologischen Rassismus* begründen, der in Teil 1 des Beitrags vorgestellt wurde.

Solcherart verstärkt, steigert sich auch die politreligiöse Dynamik der Moderne, die nach flacher Demokratisierung in eine global-imperiale Phase ihrer antikulturellen Fortschrittsobsession eingetreten ist. Gemäß ihrem Heilsobjekt eignet sie sich die Weltsicht des Koran und damit die weltschaffende Kraft Allahs an und kann sich als dessen historischer Vollstrecker in Europa entwickeln, solange die Strategie aus politmedialer Täuschung und Nutzung des Terrors zu gesteigerter Massenkontrolle als „Sicherheit“ vom Volk nicht als scheidemokratische Neo-Diktatur korrigiert wird. Letzteres ist zunächst nicht anzunehmen, weil die Einschränkung des öffentlichen Denk- und Kritikpotentials integrale Facette des Systems ist, die man – verstärkt durch Arbeits- und Konsumstreß sowie die Dressureffekte der audiovisuellen Medien – auch *Volksverdummung* nennt. Dies geht mit dem Doppeleffekt von Denkschrumpfung und Sprachverarmung einher, ein modernetypisches Defizit, von dem die politmedialen Herrschaftsebenen profitieren, indem beispielsweise das inflationäre Twittern die Ausbreitung zunehmender Denkfähigkeit signalisiert.

Mithin geht die Hoffnung auf das Internet als (noch) verbleibendes Forum für alternative Meinungen so lange ins Leere, wie dort faktische Systemanalyse, die den neototalitären Trend an seinen Wurzeln offenlegt, als „zu kompliziert“, „schwer verständlich“, „akademisch abgehoben“ problematisiert wird. Damit dokumentieren auch die Intelligenteren unter den vermeintlich kritischen Akteuren, daß sie selbst kraft Bildungsverzicht unfreiwillig an der von ihnen beklagten Volksverdummung und politischen Vergewaltigung durch Islamisierung mitwirken.

Der antikulturelle Trend der zunehmend menschenfeindlichen Sozialtechnik ist seit der Aufklärung unterwegs und entwickelt durch die geldnormierte Mischung von scheinkompetenter Wissenschaft und infantilisierender Konsumistik eine Komplexität, die vom akademischen „Diskurs“ macht- und sprachgerecht, also für den Laien nicht durchschaubar, aufbereitet wird. Die Moderne bildet ein nahezu selbstlaufendes Funktionssystem, dessen Macht-Chancen und -Risiken die sichtbaren Herrschenden selbst immer weniger erkennen, geschweige denn die „Kritiker“ im Internet. Auch sie sind das Ergebnis der „Bildung“ als Teilfunktion des Gesamtsystems, in dem ihnen vom Kindergarten an das „Diskutieren“ ohne Wissen eingetrichtert wurde und wird.

Die Förderung des Denkens als eigenständiger Analyse und Synthese von Sachverhalten verschwand schon in den 1970er Jahren aus den Lehrplänen und wich mechanisierenden Praktiken, die heute die neototalitäre Volkspädagogik gestalten. So merken die Internet-Akteure kaum, daß vermeintliche „Kritiker“ in den Mainstream-Medien nur geduldet werden, solange ihre „Kritik“ systemunschädlich bleibt und der Suggestion „demokratischer Ausgewogenheit“ dienlich ist.

Das infantile Vertrauen darauf, daß nicht sein kann, was nicht sein sollte, fällt mithin auf die pluralistische Täuschungsdynamik herein. Sie schleust scheinkritische Akteure in den politmedialen Mainstream ein, der durch die Volkshoffnung auf Veränderung Zeit gewinnt, um relevante Kritik für die Verfeinerung der Zensur zu nutzen. Dazu gehört die totalitäre Geschichte des Islam, die ihren eliminatorischen Dihad gegen Juden, Christen und sonstige Ungläubige als *Verteidigungskrieg* ausweist. Die EU-Anpassungspolitik des „Dialogs“ fälscht dies zu einer Friedens- und Wissenskultur um, ohne die Europa angeblich undenkbar ist, und realisiert sie mit dem Fundamentalismus des OIC-Zehn-Jahres-Programms von 2005. Indem dies „keine Alternative“ zuläßt, funktioniert es die EU zum Mandatsträger Allahs um und bestätigt die Globalisierung als Krieg gegen den (nichtislamischen) Menschen.

Der erfolgreichen Betrugsrationalität dieses Fortschritts entspricht es, daß sich die historische Kriegsobsession der Moderne und ihre extremistischen Auswüchse „demokratisch“ bemänteln und die öffentliche Meinungsbildung „liberal“ manipulieren lassen. Nachdem das Zweite Vatikanische Konzil mit dem halbhundertjährigen „Dialog“ eine so stereotype wie einträgliche Gebetsmühle proislamischer Klischees und konstruierter „Gemeinsamkeiten der Kulturen“ in Gang setzte, vollzog sich vor kurzem eine abrupte Kehrtwendung. Nun soll es der islamophoben Einbildungskraft geschuldet sein, überhaupt von einer Islamisierung Europas zu sprechen.

Gleichwohl konnten sich in diesem Zeitraum die – statistisch dürftig aufbereiteten – Zahlen der Menschen mit islamischem Hintergrund in Europa von etwa zwei auf

offiziell über vierzig Millionen und die der „Gebets“-Stätten von etwa 1.200 auf inoffiziell mindestens 24.000 erhöhen. Dem hier wirksamen Faktor von über 20 konnte die ökonomische Entwicklung nicht folgen, zumal sie mit dem Islam eine bildungs- und wirtschaftsschwache Kultur importierte. Folgerichtig haben sich die EU-Staaten, allen voran Deutschland als Hauptaktionär der „Islam-AG“, zugunsten der konzernfreundlichen Kulturideologie ruiniert und der finanzstarken OIC als Mit-eigner der „Rettungsschirme“ sowie dem Programm beschleunigter Islamisierung unterstellt.

Daher soll sich die Massenwahrnehmung damit abfinden, daß der realislamische Strukturwandel Europas – nach offizieller Propaganda – als Vision übersteigter Ängste und Folge islamkritischen Verfolgungswahns gelten soll. Demgemäß sind die therapeutischen Fähigkeiten der Islam-Lobby besonders gefordert, die nach dem *Charlie-Hebdo*-Anschlag in Frankreich große Menschenmengen in Marsch setzten, während sie in Deutschland, trotz verstärkter Toleranzmaskerade der dortigen Islamvertretungen, eher enttäuschend verliefen.

Gleichwohl wirkte in der aufgeregteren Phase um die Jahreswende 2014/15, in der an Hektik keineswegs armen Elitenkonkurrenz um das „richtige“, also das möglichst islamkompatible Bewußtsein, das *Charlie-Hebdo*-Attentat als zusätzlicher Impuls, der das Hamsterrad islamozentrischen Dienstleifers zu neuen Höchstleistungen antrieb. Wer wollte, frischte hier seine Erinnerung auf, indem sich auf zahlreichen TV-Kanälen mit dem Klischee-Arsenal der Akteure und ihrer sprechpuppenhaften „Performance“ die Effizienz des neototalitären Systems bewundern ließ.

### 3. Die Neo-Bolschewisierung Europas

Der zwanghafte Ablauf bestätigte in der Tat die dreieinhalb Jahrhunderte alte Prognose des *René Descartes*, der zufolge zur Maschine wird, wer sich dem freien Denken verweigert. Er zielte damals auf die manierierte Hochscholastik seiner Zeit, die sich in komplizierten Spitzfindigkeiten verlor, den Erkenntnisgang dogmatisch verengte, auf immer dünnere Eliten beschränkte und diese selbst – trotz wichtiger Weichenstellungen durch *Thomas von Aquin* – zu Gefangenen ihrer Konstruktionen machte. Das berühmte *Cogito* sollte den Gordischen Knoten der Wissensblockade durchschlagen und hat den Gang der Wissenschaft in die Neuzeit so grundlegend angeschoben, daß sein Schöpfer bis heute eine der umstrittensten, weil ideologisch nicht faßbaren Gestalten der europäischen Geistesgeschichte geblieben ist.

Dies um so mehr, als das *Cogito* für den denkenden Menschen steht, der das exakte Gegenbild der antikulturellen Moderne ist. Denn sie wandelt mit dem Kampf gegen die alte Metaphysik den Menschen zum Verwertungsobjekt um, strukturiert ihn zum „multioptionalen“ Vorratslager für netzfähige, profitable Funktionen und erfüllt auf kapitalistischer Basis das bolschewistische Ideal – den Menschen als Teil disponibler Materie, die Denken und Logik, Natur und Geschichte hinter sich läßt.

Der *Lenin*-Mitreiter und Bolschewismus-Vordenker *Leonid Trotzki* (1879-1940) unterbreitete einen Vorschlag, worum es bei der Formung des Menschenmaterials gehen soll: „Wenn die Menschheit die Kontrolle über die anarchischen Kräfte ihrer eigenen Gesellschaft gewonnen hat, wird sie sich selber im Mörser und der Retorte

des Chemikers zugänglich werden. Das erste Mal wird sich die Menschheit selber als Rohmaterial oder höchstens als physisch und psychisch halbfertiges Produkt ansehen“ (Torsten Rütting, Pavlov und der Neue Mensch, 179 f. – München 2002). *Trotzki* formuliert hier eine „Selbstzugänglichkeit“, die der akademische „Diskurs“ heute mit *Komplexität* umschreibt – die Sozialretorte der funktionalen Pluralität.

Zwar läuft dies nun unter anderen Rubriken wie *Weltoffenheit*, *Selbstmanagement*, *Lebenslanges Lernen* etc., doch geht es um die gleiche alchemistische *Trotzki*-Umformung. Sie verläuft als sprachliche schablonisierte Selbstdressur als diktiertem Lebensziel, die mit quasi-sowjetischen Drohvokabeln wie *Rechtsradikalismus*, *Volksverhetzung*, *Rassismus* etc. abgesichert wird. Auch was *Trotzki* unter dem „ersten Mal“ subsumiert, ist in den schwindenden westlichen „Demokratien“ als politmedial adressierte Realität nach rotbraunen Mustern erhalten.

Sowohl das *Humankapital* bzw. die *Human Resources* gehören zum Begriffsbestand der „Kulturwissenschaften“ als auch das „Halbprodukt“, das zum etablierten Terminus des nach *Excellence-Clustern*, d.h. betriebswirtschaftlich qualifizierten Universitäts-Outputs wurde. Hier bedeutet Halbprodukt den Studienabbrecher im Gegensatz zum Absolventen mit Abschluß als „Markenprodukt“ (Pongratz, Bildung im Bermuda-Dreieck, 58, 67 – Paderborn 2009). Dieser Aspekt bildet nur eine von zahlreichen Facetten der globalisierten Bildungspolitik, die das Lernen mechanisiert, indem sie kreatives Denken auf codierte Funktionen reduziert. Damit wird nicht viel mehr als Auswendiglernen erreicht, das sich auf „Augenhöhe“ mit dem Kaderdrill der Altxtreme bringt und in die islamische Bildungsordnung kollektiver Koranchöre einfügt, wie sie die „Dialog-Experten“ bereits laufend anstimmen.

Während dies eine separate Darstellung erfordert, nehmen wir einen so wichtigen wie wenig beachteten Kontext in den Blick, der die islamophile Aufklärung mit dem bolschewistischen Extremismus unter dem Aspekt der gnostischen Weltwandlung verbindet. Wichtige Hinweise darauf entwickelt *Emanuel Sarkisyanz* in seiner bemerkenswerten Abhandlung über „Rußland und der Messianismus des Orients“ (Tübingen 1955). Er räumt zunächst mit dem bei den West-Ideologen verbreiteten Irrtum auf, daß die russische Auffassung von Materialismus, Positivismus und Atheismus mit derjenigen in Westeuropa vergleichbar sei, eine problematische Vereinfachung, die radikale Folgen hat. „Denn vom Verständnis der ideologischen Antriebskräfte des russischen Bolschewismus hängt es nicht zuletzt auch ab, ob Europa sich seiner erfolgreich erwehren kann ...“, zumal „der sog. historische Materialismus nur ein *Aushängeschild* darstellt, unter welchem sich Antriebskräfte verbergen, die aus Rußlands Geistesgeschichte entspringen“ (a.a.O., 3).

Unter Bezugnahme auf russische Revolutionstheoretiker führt der Autor näher aus, was damit gemeint ist. Es geht zentral um den russischen Nihilismus, der als „Narr in Christo“ auch gläubig in der Glaubensverneinung bleibt. Die üblichen Westphrasen vom „Kommunismus als Religion“ und „religiösen Fanatismus“ der Bolschewiken gehen *Sarkisyanz* zufolge am Wesen der Revolution völlig vorbei. Vielmehr haben deren Vordenker die Religion als Vehikel mit dem Sozialismus als Methode genutzt, „um das theologische Weltbild mit dessen eigenen Mitteln zu überwinden“ (ebd., 4).

Die Effizienz dieses Verfahrens, das sich in unserem Erklärungsmodell eines Neo-Bolschewismus als Motor der aktuellen Islamisierung wiederholt, setzt sich in der Beobachtung fort, „daß das im Namen des abstrakten Denkens Verworfenen dennoch die Handlungen dessen zu bestimmen vermag, der es verworfen hat“. Wie es weiter heißt, sei dies bei Ideologien anzunehmen, „die eine Verneinung der ihre Umgebung beherrschenden Weltanschauung darstellen“, was für den islamfixierten Kampf gegen die jüdisch-christliche Metaphysik offenbar ganz besonders der Fall ist.

Der Soziologe *Pitirim Sorokin* (1889-1968) ergänzt dies mit der Unterscheidung von religiösen Motiven in theokratischen und weltlichen Systemen: „Für viele, die an mechanistisch-naturalistisches soziologisches Denken gewöhnt sind, wird diese Behauptung ein revolutionäres Paradox sein. Denn sie setzen voraus, daß die Rolle irgendeines Faktors, z.B. die des wirtschaftlichen, immer in allen Kulturen und Gesellschaftsordnungen dieselbe sein muß ... Solche Annahmen sind nicht begründet. Die Wirkungsweise irgendwelcher Faktoren ist nicht konstant.“

Während der Machtprozeß der Weltgeschichte dafür zahlreiche Belege liefert, geht man in der Einzelsituation gänzlich in die Irre, wenn man den ökonomischen Faktor vom konkreten Menschen, auf den er meist zutrifft, auf den „ideationellen“ Menschen einer ganzen Kultur ausweitert, wo er eben überhaupt nicht funktioniert. Da solche Differenzierungen dem bolschewistischen Holzschnittdenken völlig zuwiderliefen, entkam *Sorokin* seiner Liquidierung durch Flucht nach Amerika, zumal der „professorale Bourgeois“ in Vorwegnahme des *Arendtschen* Mob-Konzepts den Schergen des Systems vorwarf, „aus der sozialen Gosse“ zu kommen, wo man unfähig sei, auch Gedanken zu fassen, statt nur irgendwelche Dinge anzufassen.

Unsere Annahme lautet nun, daß der moderne Messianismus ein bolschewistisches Element enthält, indem er den Glauben an die Glaubensverneinung fortführt und die Überwindung der Altkultur durch die Islaminstallation gewährleistet sieht, wobei die Protagonisten glauben, mit westeuropäischer Ideologie den bolschewistischen Glaubens-Nihilismus Rußlands imitieren und mit dem theokratischen Denken der Muslime gleichsetzen zu können. Ob die ideologische Verwandtschaft diesen kulturellen Spagat überbrücken kann, werden die Konflikte der Zukunft zeigen.

Die Russen selbst waren vorsichtiger, denn sie übernahmen ihrerseits nur solche westlichen Ideen, die sich „mit den verborgenen Wünschen und Bedürfnissen der russischen Seele vereinbaren“ ließen. „Was der russische Geist aufnimmt, wird mit ihm unmerklich verschmolzen und dem russischen Charakter als natürliche Form angepaßt“ (ebd., 7) – ein Verfahren, das weder in der Euro-Zuwanderungspolitik zur Anwendung kommt, noch in der Bolschewisierung der islamischen Sowjetrepubliken funktioniert hat, also als Indikator für die Islamisierung Europas einsetzbar ist.

Nach *Max Scheler* entfaltet sich die messianische Zielrichtung sicher und zwanghaft, denn „es ist dabei durchaus nicht nötig, daß die herrschenden ... [Ideologien] auch ein ausdrückliches Bewußtsein von diesem religiösen Ursprung ihres Geistes haben. Je mehr dies gerade nicht oder nicht mehr der Fall ist, und je mehr eben damit die von der Religion und Kirchenidee herkommenden Wertungseinstellungen mit der Macht einer stumpfen selbstverständlichen Naturordnung wirken, desto stärker und zäher ist die innere Abhängigkeit von ihnen“ (zit. ebd., 10).

Während dies die technisch gewendete „Religion“ der Euro-Funktionsgesellschaft beschreibt, läßt die Definition des russischen Pendant aufhorchen: „Rußlands Ideologien, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, strebten – explicite oder implicite – nach dem Ideal der Ganzheitlichkeit aller Lebensphasen, d.h. nach einer integralen Einheit von Weltanschauung, Ethik, Gesellschaftsordnung und Alltagsleben, vergleichbar den Idealen des Orients“ (ebd., 15). Hier tauchen deutliche Parallelen zur umfassenden Scharia-Ordnung des Islam auf, die sich erfolgreich gegen die Sowjetisierung wehrte, weniger weil diese atheistisch, sondern zu ähnlich und daher überflüssig war. Umso offener ist die westeuropäische Version, weil das pluralistische Geistvakuum nach einem Ordnungsrahmen verlangt.

Dem entspricht die slawophile Wahrnehmung Europas um 1900: „... dort Zerspaltung des Geistes, Zerspaltung des Denkens, Zerspaltung der Wissenschaften, des Staates, der sozialen Klassen, der Gesellschaft, der Familienrechte und Familienpflichten, Zerspaltung des sittlichen und gefühlsmäßigen Zustands, Zerspaltung des Ganzen und seiner Teile, des sozialen und persönlichen menschlichen Seins.“ Hier begegnet uns eine Auflistung der modernen Vielfalt, die ein Jahrhundert später als saloppe Job-, Shop-, Fun-, Cult-, Sex-Komplexität daherkommt. Der neo-bolschewistische Ganzheits-Faktor überwintert im Netzwerk-Konzept der multioptionalen Codes, wobei deren Toleranzeffekt in der Euro-Islamisierung nur den Eliten ein gewisses Maß an Selbstbehauptung bietet.

Noch wirksamer, sogar erlösend erscheint das Spracherbe bolschewistischer Propaganda, das in der Keulenterminologie des „Dialogs“, bei *Sarkisyanz* etwas vornehmer als „sozialistisch-soteriologische Scholastik“ zum Vorschein kommt (ebd., 19). Diese steht indes im Gegensatz zur Logos- bzw. Erkenntnissuche im Sinne des Vernunftmenschen und strebt eine Erkenntnis der Tat an, die der Massenbildung als techno-mystischer Sozialproduktion nach *Trotzki*-Art dient, „deren wirkliche Kraftquellen jenseits des Rationalen und Verstandesmäßigen liegen“ (ebd., 20f.).

Die Scholastik, die es im orthodoxen Christentum des Ostens nicht gibt, wurde als Spezialität des lateinischen Christentums, wenngleich sie Vorarbeiten zur westlichen Wissenschaft leistete (vgl. NO 4/13), von dieser dann nachhaltig verdrängt. Insofern kann die Moderne mit dem Neo-Bolschewismus ihren Fortschritts-Messianismus zu einer Version radikalieren, die mit digitaler Datentechnik und Gender-Ideologie nach der Geschichte auch die Natur „überwindet“.

Dies geschieht freilich nicht ohne die Wechselwirkung mit der Pluralität, die im Windmühlkampf gegen die unendliche Vielfalt der Altkultur sich gegen jede unbequeme Facette wenden und eine sich ihrerseits zersplitternde Anti-Scholastik erzeugen muß. Mit dem Denkschwund geht unausweichlich die Schrumpfung der Zeit einher, die immer schneller auf immer kleinere Felder zwingt und trotz bzw. wegen zugleich beschleunigter Vernetzung jeden Zusammenhang auflöst. Derzeit verschafft sie uns das Privileg, die Rotationen ihres „rasenden Stillstands“ (*Paul Virilio*) bestaunen zu dürfen, die sich in der Endloskette zunehmend proislamischer „Reformen“ der Institutionen abbilden.

Wie nun erkennbar, überwiegt hier das als „links“ verharmloste, bolschewistische Element, das mit dem demophoben „Blick nach rechts“ die nazifaschistische Konkurrenz wegbeißt, nicht ohne ihr brauchbare Machtmittel entnommen zu haben – vor allem den völkischen Rassismus, der die arische in die islamische Herrenrasse umwandelt. Unbeschadet davon lebt der sozialistische Begriff von „Wissenschaft“ auf, der mit der globalen Entfesselung der „Produktivkräfte“ unter Wissenschaft die Extrapolation des Technologie-Prozesses in die genderistische Herstellbarkeit des mental-sexuellen Einheitsmenschen versteht.

Dabei versteht sich ebenso, insbesondere mit Blick auf die oben skizzierte Anti-Logik, daß der Fortschritt in den transmodernen, biotechnischen „Naturzustand“ umso mehr Gewalt benötigt, je irrationaler die „Begründung“ wird. Sie zehrt von der sozialistischen Dialektik, die im Prozeß der gnostisch-technischen Welterschöpfung sich fortlaufend selbst überwindet, und gerät in die existentielle Zange zwischen Wissen und Handeln, wo der Schwund individuellen Denkens in das Zwischenreich der „Multioptionalität“ führt. Insgesamt garantiert die Anti-Logik die gesellschaftliche Lähmung, eine Folge, die sie mit dem schariabedingten Stillstand der islamischen Gesellschaften teilt und die EU-OIC-Komplizenschaft erklärt.

Wie schnell die Rotationen des rasenden Stillstands den Naturzustand Europas von den „patriarchalischen Zwängen“ logozentrischer Zivilisation befreien können, bewies nach dem Zweiten Weltkrieg das monologische Kulturdiktat des akademischen „Diskurses“. Dessen Protagonisten und ihre Seminare werden umso üppiger finanziert und in Zitierkartellen gefestigt, je effizienter und geschmeidiger sie den laufenden Machtprozeß begleiten und mit einer möglichst zukunftsfesten Perspektive ausstatten. Das machttechnische Zukunftsparadies liegt natürlich in der völligen Vereinheitlichung des Menschen, in seiner Überführung in das „richtige“ Bewußtsein (*Marx*), das die früheren Individuen in eine ultimative Masse überführt, wo sie frei disponibel, austauschbar und wie *Trotzki*-Materie behandelbar werden.

Es ist kein Zufall, daß die Makrophilosophen dieses „Diskurses“ (*Bourdieu, Foucault, Deleuze, Derrida*) aus Frankreich kommen, aus dem Land der Aufklärung, das als Vorreiter Europas zentrale Institutionen – Recht, Bildung, Religion, Soziales – revolutionierte und mit *Rousseau* und *Robespierre* eine Genealogie erzeugte, auf die sich später *Lenin* und die Bolschewiken als Erben der Jakobiner und der Revolution allgemein projizieren sollten (Furet, *Das Ende der Illusion*, 102 – München 1995).

Die Ähnlichkeit erschöpft sich im Schreckensregime und Wohlfahrtsausschuß, die sich indes – anders als in Frankreich – in Rußland als Dauerzustand etablierten. „Die Gemeinsamkeiten von Oktoberrevolution und jakobinischer Diktatur (ihre Entstehung aus einer vorangegangenen Revolution, die Herrschaft einer kleinen militanten Oligarchie über ein terrorisiertes Volk und schließlich die Anwendung zügelloser Gewalt gegen die Feinde) verschleiern aufgrund der Vergleichbarkeit der Situationen, daß sich ihre jeweiligen revolutionären Kräfte kaum ähneln“ (ebd. 104).

Gleichwohl entwickelte sich eine eigentümliche Komplementarität zwischen beiden, indem die Jakobinerphase eine Vollmacht für die bolschewistische Willkür her-

gab, und die französischen sowie später die europäischen Linken sich als Geburtshelfer der Oktoberrevolution verstanden und weiterhin verstehen. Dies steht als Muster für die Beseitigung eines jeden *ancien regime*, vorliegend des bürgerlichen Zarensystems sowie die sozialistische Umwandlung des rückständigsten Landes Europas, der „Brücke zum Orient“, über die *Lenin* als „auferstandener Robespierre“ das Werk *Napoleons* fortsetzen und in eine goldene Zukunft führen sollte (ebd., 110).

Und nicht nur das: Der russische Messianismus adelte sich mit Frankreichs Ideen der universalen Gerechtigkeit und Menschenrechte und erhob den Anspruch, nicht nur Rußland, sondern der ganzen Welt die radikale Demokratie im Gewand des Sozialismus und Erziehungssystems im *Rousseau*-Stil zu bringen, die die Menschen aus der Versklavung durch Bourgeoisie und Kirche befreien konnten. Ganz ähnlich hören wir ein Jahrhundert später, daß die EU-Staaten die „Hoheit über den Kinderbetten“ übernehmen und die islamischen Terroristen, ob im Orient oder Okzident, „auf dem Wege in die Demokratie“ sein sollen. Beides wird heute von den Kapitalsozialisten im neobolschewistischen Politbüro bzw. Wohlfahrtsausschuß Westeuropas „in die Wege“ geleitet, von der nicht gewählten EU-Kommission.

Mit dem grassierenden Genderismus richten sie ihre Innenpolitik gegen die „Kreuzzugmentalität“ des alteuropäischen Wertedenkens bzw. „heterokratischen“ Geschlechtsverständnisses und konzentrieren die Außenpolitik auf den Islam und speziell die Türkei als „Brücke zum Orient“ und „Bollwerk gegen den Terror“. Während die OIC ihnen nun die Gerechtigkeit und Menschenrechte der Scharia ins Stammbuch schreibt, verkünden die EU-Führer unentwegt, daß im Zustrom der Muslime die historische Chance Europas liege, sich auf einzigartige Weise bereichern und befruchten zu lassen.

#### 4. Islam als Vehikel des Neo-Totalitarismus

Da der Terror integrales Element des bolscho-demokratischen EU-Systems ist, stehen auffällig werdende Gewaltgruppen unter der oben erwähnten, angeblichen „Beobachtung“ der Sicherheitsbehörden, die jedoch folgenlos bleibt. Sie erscheint eher als Palliativ für die Bevölkerung, während die verdeckte Komplizenschaft der Eliten im generös subventionierten Moscheebau und Kampf gegen Israel immer offensichtlicher wird. Mit peinlicher Penetranz trat sie in den vom *Charlie-Hebdo*-Anschlag ausgelösten Inszenierungen elitärer Solidarität in Paris und Berlin zutage.

Dort suchten die Vertreter der Staaten und des Islam, flankiert von massierter Propaganda der System-Medien, der Öffentlichkeit weiszumachen, daß der Terror mit dem Islam nichts zu tun habe, sondern ihn „nur“ mißbrauche. Viel eher gehe es hier um einen Akt der Verzweiflung, ein blindes Auskeilen einiger Verwirrter, die kein anderes Mittel gegen Ausbeutung und Armut erkennen könnten. Wer daran Kritik übe, zeige die negative Seite Europas, das häßliche Gesicht des „faschistischen Rassismus“, der ironischerweise fast zeitgleich in Gestalt systemkritischer Bürger (Pegida) auf die Straße ging, um ein demokratisches Zeichen gegen die zentralen EU-Diktate zu setzen, gegen die Islam-Installation und die Euro-Kunstwährung.

Während Armut ohnehin zu den Domänen sozialistischer Systemkritik gehört, ist sie im Islam das Ergebnis koranisch bedingter Wirtschafts- und Bildungsschwäche



und kehrt infolge des modernen Denkschwunds und globalistischen Vermögenstransfers an immer dünnere Eliten auch nach Europa zurück. Massenhafte Verarmung und Vermobbung ist der Preis, den jede Gesellschaft für den „Frieden“ zu zahlen hat, sei sie durch Sozialismus, Kapitalismus oder Islam bzw. nun durch deren globalistische Mischung „befriedet“. Dabei erfaßt die Vermobbung nicht nur mittlere und untere Schichten im Sinne primitiver Vermassung (Mob), sondern auch die Oberklasse, wo sie als Korruption, Plagiat und Verähnlichung mit der organisierten Kriminalität (Mob) erscheint. In jedem Falle überwiegt der materialistische Faktor, der mit dem Impuls des Neo-Bolschewismus den euro-agnostischen Weltwandel radikalisiert.

Der Erfolg der Oktoberrevolution beruhte primär, aber nicht nur auf Gewalt, sondern auch auf ihrem Instinkt, den Technikglauben des Sozialismus mit dem mystischen Messianismus des russischen Naturglaubens zu verbinden. Daraus ergab sich die Vorstellung einer materiellen Evolution, einer Beseelung der Stoffe, die in einer Kombination von Magie und Alchemie den Logos vom Menschen in die Materie transferiert und die Person materialisiert. *Sarkisyanz* verweist auf die orthodoxe Liturgie, die solche Transfigurationen begünstigt, und führt das allgemein westliche Unverständnis für die Langlebigkeit der Sowjetunion auf die Unfähigkeit zurück, den spezifischen Charakter der Revolution als eines „dialektischen Verhältnisses“ zu erkennen „und nicht nur einer Antithese – zwischen traditioneller, russischer Religiosität und bolschewistischem Materialismus“ (a.a.O., 43).

Indem aber die Materialisierung der Seele eben das voraussetzt, worum es dem Projekt der Moderne zuvörderst geht, nämlich die Verabschiedung des Logos, ging der Bolschewismus nicht mit der Sowjetunion unter, weil er sich längst auch in den Diskurs der westlichen Universitäten eingenistet hatte. Und dies um so nachhaltiger, je routinierter sich die Familienähnlichkeit zwischen Aufklärung und Bolschewismus verhüllte. Nicht nur bekennende Marxisten, Leninisten und Maoisten, sondern wie besonders aufdringlich in den Charlie-Hebdo-Elitenparaden deutlich wurde, auch alle Muslime können sich auf die bolscho-demokratisch und pseudo-moralisch verzerrten Ideale der Aufklärung, auf Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit etc. berufen.

Sie bilden die Basis der gigantischen Täuschungs-Theater und *Potemkin*-Paraden, mit denen die antikulturelle Machttechnik sowie ihre akademischen Vordenker und Hofschreiber in der Lage waren und sind, das „Sein zum Tode“ (*Martin Heidegger*) als die ultimative Form des Lebens zu verkaufen. Indem sich die globalen Massen – durch die Geldnormierung „liberal“ vereinheitlicht – nutzen, codieren, verschieben, entsorgen lassen, verschwindet der Systemfeind, der denkende Mensch, der sich seiner Seele, der nicht faßbaren Existenz zwischen Körper und Geist, bewußt ist.

So erstaunt nicht, daß die französische Sozio-Philosophie fundamentale Beiträge zur funktionalistischen Destruktion der Altkultur leistet und ein „natürliches“ Verhältnis zur Universalität von Gewalt und Sexualität hat. Denn die Exponenten sind Hybride aus Aufklärung und Bolschewismus, die den Weltgang in kompatible Denksysteme brachten. Weil sie teilweise, speziell *Deleuze* und *Derrida*, weit in die Vergangenheit zurückgreifen, erfassen sie wenig veränderbare Denk- und Verhaltensmuster, anthropologische Konstanten, die sie zerlegen, über das Netzwerkprinzip in freier

Kombination nutzbar machen und ein System erzeugen, das in der Tat den *Logos* umkehrt, Menschen in materielle Prozeßobjekte umwandelt.

Indem es hier um evolutionär verankerte Muster geht, ersetzen die Basis-Emotionen (Wut, Trauer, Haß, Ekel) das differenzierte Denken, das die Massenlenkung stört. Während das Wut-Trauer-Tandem sich schon in den 1990er Jahren etablierte und die Markenzeichen der Mahnwache und Lichterkette besetzte, könnte das *Charlie-Hebdo*-Attentat ein Signal für die verstärkte, biotechnische Regression in den Haß-Ekel-Kanal sein, die „natürlich“ nicht ohne effiziente Steuerung auskommt.

Da die Moderne die Masse auf Universal toleranz trimmt, wächst die Asymmetrie zwischen Mensch und Macht, die das Netzwerk-Prinzip nicht dauerhaft abfängt. Man braucht Methoden, die aus dem System kommen und Irrtumsquellen verstopfen. Das betrifft vor allem negative Machtfolgen, die sich in dämpfende Aspekte wenden lassen. So zeigt sich der islamische Terror als Machtsegen, der die Täter zu Quasi-Opfern macht, weil es verboten ist, die Muslime unter „Generalverdacht“ zu stellen. Die uniforme Eile, mit der die Euro-Eliten dies nach jedem Anschlag formulieren, bestätigt sich als Systemantrieb des Terrors, weil jedes weitere Attentat den „Generalverdacht“ verringert, zumal die Opfer ihre Ermordung ohnehin „provizieren“.

Eine gezielte Steuerung der Haß-Ekel-Dynamik entspricht der Vernunft der Anti-Logos-Systematik und der Erfahrung der rotbraunen Vorläufer-Experimente um so mehr, als sie weit stärkere Destruktionskräfte freisetzt als der schwächere Wut-Trauer-Bereich, der sich primär im (noch) nicht gänzlich kontrollierbaren, öffentlichen Raum abspielt. Einen besseren Ansatz bietet hier die Vernetzung von Arbeit und Konsum, die den machtnützlichen Begleiteffekt erzeugt, mit dem Andressieren der diversen Codes und Labels auch die intellektuellen und sprachlichen Fähigkeiten abzubauen. Die umfassende Nivellierung hat bei den so Dressierten zur Folge, daß der Mehrheit die Codierungen mehr Freiheit als Zwang suggerieren, während eine Minderheit unbewußte Defizite empfindet, die in Frustration und/oder Angst münden.

Das Ergebnis ist das Borderline-Syndrom: psychosomatische Massenprobleme aus Streß, Schuld und Sucht sowie eine narzißtische Mob-Avantgarde mit Polithaß und Sexualperversion, die sich zu der aktuellen, bolschewistisch konnotierten Kultur-Radikalisierung verbinden. Sie liefern dem Haß-Ekel-Bereich ein Praxisinstrument, das systemgerechte Überwachungseffizienz verspricht. Gemeint ist der *Stuhlkreis*, ein pädagogisch-therapeutisches Kontrollmittel, das sich in der psychiatrischen Anwendung und im Verwaltungs-Kontext vielfach bewährt hat. Da er sich der Mildereung von Bewußtseinsstörungen und der Behebung organisatorischer Defizite in Unternehmen, Bürokratien und Lehranstalten diverser Art verdankt, bildet er das ideale Bindeglied zwischen kollektiver und individueller Kontrolle.

Dies um so mehr, als kein anderes Instrument weder die äußere Einflußnahme, noch die innere Selbstkontrolle der jeweiligen Gruppe besser gewährleisten kann als eben der Stuhlkreis. Dessen Teilnehmer fußen auf dem jeweils gleichen Pflicht-Denken, weichen davon aber durch Sprache und Verhalten unterschiedlich ab und betreiben

mit gegenseitiger Beobachtung und Denunziation eine sich selbst verstärkende Konkurrenz um Gruppenkonformität. Da der Stuhlkreis alle Gesellschaftskreise erfaßt und das Problem des Individuums löst, ist er von unschätzbarem Wert für die Expansion islamischer Wahrheit. Denn mit ihm kann das Maß der Folgsamkeit schariatisch bewertet werden und in erweiterter Gruppenkonkurrenz die Linientreue der Institutionen vergleichbar machen, was die Täuschungs- bzw. Wahrheitsqualität der politmedialen Indoktrination insgesamt meßbar werden läßt.

Dieser kleine Exkurs scheint wichtig, weil die Eliten, deren Souveränität gegenüber dem orientierungsbedürftigen Volk gefragt ist, im chaotischen Mediengetöse als Folge des *Charlie-Hebdo*-Ereignisses die Orientierung verloren und dilettantische Handlungslücken aufwiesen. Dieses Problem ist ebenfalls systembedingt, weil der Zwang, wenig über den Islam zu wissen, um dessen Interessen authentisch zu dienen, den Denkschwund und damit die Reflexe der Politmob-Avantgarde verstärkt.

So hatte *Aiman Mazyek*, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, zu einer Solidaritätskundgebung für die *Charlie-Hebdo*-Opfer aufgerufen, zu der wie das Magazin *Stern* berichtete, 1 Promille der 300.000 Berliner Muslime erschienen. Um so vollständiger trat die Prominenz der deutschen Islamlobby an, aktueller und ehemaliger Bundespräsident inklusive, sowie das komplette Kabinett mit der Bundeskanzlerin. Nach der „Schweigeminute“ für die Pariser Attentatsopfer von *zehn Sekunden* drängte die Prominenz kameragerecht ans Mikrophon und belegte längere Redezeiten, um dem Publikum zu versichern: „Der Islam gehört zu Deutschland“.

Bei solchen Randbedingungen konnte man dem *Mazyek*-Wort „Wir alle sind Deutschland“ die triumphalistische Note kaum verübeln, zumal der Vorsitzende ein alter Routinier im muslimischen Täuschungsgeschäft ist. Schon im März 2002 hatte er einem vielköpfigen Auditorium im Berliner Hilton Hotel vorenthalten, daß man „vergessen“ hatte, in die dort mit großem Aplomb präsentierte „Integrations-Charta“ des Zentralrats die für die „Integration“ nicht unwichtige Tatsache aufzunehmen, daß der Austritt aus dem Islam unmöglich und mit dem Tode bedroht ist.

Daß er nicht gewillt ist, ein Jota vom OIC-Auftrag preiszugeben, Deutschland in den Islam zu integrieren, bewies *Mazyek* im WDR-Magazin *Cosmo* direkt (Oktober 2005). Dort warf er dem Autor dieses Beitrags vor, den islamischen Mordaufruf gegen ihn und seine Familie einen Monat zuvor durch islamkritische Bücher selbst verschuldet zu haben. Solch salopper, koranisch verbrieftter Umgang mit dem Leben Ungläubiger ist natürlich historisch gewachsener Alltag des islamischen Totalitarismus, dem der Vorsitzende auch seinen verbalen Tribut zollt. Islamkritiker sind für ihn nicht mehr als „Geschwüre“ (*news.de*, September 2009), die man wohl „ausmerzen“ soll, bevor sie Schaden im entstehenden, euro-islamischen „Volkskörper“ anrichten.

Hier kommt die Basis-Emotion des Ekels zu Vorschein, die ähnlich dem rotbraunen „Ungeziefer“ das Denken durch einen Bioreflex ersetzt. Kaum professioneller verlief indes die elitäre Selbstbespiegelung in Paris, auf die der Begriff der *Potemkin-Parade* perfekt zutraf. Denn hier sperrte man eine Hauptstraße weiträumig ab und gruppierte die angereisten Staatsgrößen in einer breiten Front mit mehreren Reihen.

Daß wie auf anderen Aufnahmen zu sehen, sich dahinter die leere Straße auftat, zeigte das offizielle Bild nicht, sondern das, was man sehen sollte: eine Führer-Phalanx, hinter der sich eine so solidarische wie unübersehbare Volksmenge auszudehnen schien.

*Pascal Bruckner*, früher Angehöriger der französischen Linken mit radikalen Ambitionen, konnte dem Täuschungs-Theater wenig abgewinnen und warf der Politik Realitätsverweigerung vor. Da man die Warnungen der Islamspezialisten in den Wind geschlagen habe, komme nun eine Entwicklung auf Frankreich zu, deren Bewältigung einer derart mediokren Politik unmöglich sei. Daß er solches im *Figaro* äußern konnte, unterscheidet Frankreich von Deutschland. Dessen Medien lassen keine wurzelhafte Systemkritik zu, sondern folgen deutscher Rotbraun-Tradition, deren Begriffsmühle sich als Sprachrohr des Islam inzwischen dem Stil des *Stürmers* bzw. der *Prawda* (Wahrheit) annähert. Wenn das Unwort des Jahres 2014 *Lügenpresse* sein soll, ist das Wort der Zeit seit der Jahrhundertwende *Rassismus*.

*Dr. Hans-Peter Raddatz, Orientalist und Finanzanalytiker, ist Autor zahlreicher Bücher über die moderne Gesellschaft, die Funktionen der Globalisierung und den Dialog mit dem Islam.*

## Besprechungen

### **Menschenrechte und Islam**

Schon vor dem 11. September 2011 und dem sich anschließenden Irak-Krieg war von einem Zusammenprall der Kulturen („clash of civilization“) die Rede, wobei *Samuel Huntington* mit diesem Schlagwort mehr als nur den islamisch-westlichen Gegensatz meinte. Aufgewühlt von historischen Ereignissen und im Bann aktueller Terroranschläge läßt sich kaum besonnen und vertiefend weiterdenken. Inzwischen geht es nicht nur um Weltpolitik. Die Konfrontation der westlichen, auf individuellen Rechten und Lebensentwürfen basierenden Gesellschaft mit Zuwanderung aus traditionell-kollektivistisch geprägten Kulturen des Islam verläuft nicht spannungsfrei und stellt besonders die europäischen demokratischen Länder vor neue Herausforderungen.

**Heiko Heinisch / Nina Scholz: Europa, Menschenrechte und Islam – ein Kulturkampf? Passagen Verlag, Wien 2012, 350 S.**

Die Wiener Autoren *Nina Scholz* (Politikwissenschaftlerin) und *Heiko Heinisch* (Historiker) sind in ihrem Werk dieser neuen Lage kritisch und historisch fundiert. Dabei fühlen sie sich ideengeschichtlich konsequent den Werten der Aufklärung und den universalen Menschenrechten verpflichtet. So bieten sie eine nüchterne Bestandsaufnahme und eine unideologische Islamkritik, die sich von allen verschwörungstheoretischen Konstruktionen (so die Tendenz bei *Udo Ulfkotte*) fernhält, aber sich auch nicht scheut, immer wieder entschieden kritische Stimmen vor allem von Frauen aufzugreifen (wie *Necla Kalek* und *Seyran Ateş*).

In unabhängig voneinander lesbaren Themenabschnitten wird die Problematik eines möglichen und bereits vielerorts existierenden „Kulturkampfes“ von den Autoren angegangen. Als erstes Stichwort wird der Begriff „Islamophobie“ analysiert und wegen seiner Pauschalität nicht nur wissenschaftlich als ungeeignet zurückgewiesen. Zwischen Islamkritik und rechtspopulistischer Muslimfeindschaft sollte klar unterschieden werden. Die ideologische Repristinatio eines „christlichen Abendlandes“, wie sie etwa auch der Utöya-Massenmörder *Breivik* betreiben wollte, ist etwas anderes als die Sorge liberaler und säkularer Kräfte vor menschenrechtswidrigen Auswirkungen islamischer Migranten in Europa. „Multikulturalismus“ wird sodann als naiver Kulturrelativismus geschildert, der allen Kulturen mehr Daseinsberechtigung zuspricht als der eigenen. Dem wird eine positiv verstandene pluralistische multikulturelle Gesellschaft gegenübergestellt.

Im Abschnitt „Toleranz“ wird im Rückgriff auf eine historische Analyse das völlige Fehlen festgestellt, ganz kraß beim islamischen Verbot des Religionswechsels und bei der intoleranten Haltung gegenüber Homosexuellen. „Der Geschichtsmythos vom toleranten Islam hilft niemandem weiter und steht einer kritischen Aufarbeitung der islamischen Geschichte im Weg“ (71). Eingeschränkt ist ferner das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Es darf keine Religion „diffamiert“ werden, und in der ominösen „Kairoer Deklaration der Menschenrechte“ von 1990 heißt es fast zynisch: „Alle haben das Recht, ihre Meinung frei auf eine Weise auszudrücken, die der Scharia nicht zuwiderläuft“ (80). In diesen Themenbereich gehört auch der bekannte, von Dänemark ausgehende „Karikaturenstreit“ um Karikaturen des Propheten *Mohammed*, der zu einer „Dikta-

tur der Beleidigten“ führte. Viele ähnliche Beispiele werden aufgezeigt (am bekanntesten ist der skandalöse Umgang mit *Salman Rushdie*). In diesen Zusammenhang gehört noch die ganze Debatte um Blasphemie, die auch im Christentum periodisch geführt wird (vgl. Thomas Laubach, Hg., *Kann man Gott beleidigen?*, Herder 2013). Radikal abgelehnt werden in kollektivistischen Milieus alle Arten von „Dissidenten“. Der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) entzog so jüngst dem vom Bundespräsidenten besuchten Münsteraner Islamwissenschaftler *Mouhanad Khorchide* das Vertrauen. Individuelle Meinung, auch wissenschaftlich begründet, wird als mit dem Kollektiv unverträglich bezeichnet. Besonders empfindlich und mit Rufmord verbunden wird auf sich emanzipierende Frauen reagiert.

So schlimm und verheerend der christliche Antisemitismus in Europa wütete, so kann das Christentum doch nicht umhin, Israel als seine Wurzel und als „Gottes erste Liebe“ (*Friedrich Heer*) anzuerkennen. Für den Islam waren Juden von Anfang an Bürger zweiter Klasse, gab es eine mit der Gründung des Staates Israel steigende „Judenfeindschaft“, mit der sich ein eigener Abschnitt befaßt. Stereotypen des rassistischen und nationalsozialistischen Antisemitismus wurden von der sich besonders seit 1979 zunehmend ausbreitenden Bewegung des Islamismus aufgegriffen.

Die Autoren kommen auch mit Blick auf Migrantenmilieus zum Ergebnis: „Judenfeindschaft gehört in der islamischen Welt zum gesellschaftlichen Konsens und ist über alle sonstigen Differenzen hinweg das einigende Band zwischen den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Strömungen“ (142). Weiter ausführlich und deskriptiv wird eingegangen auf die Fragen von Integration und Assimilation, von Ghettobildung und

die vom Islam als „Religionsschutz“ umgedeutete Religionsfreiheit.

Konsequent an den Menschenrechten orientiert sind die den Geschlechterthemen gewidmeten Abschnitte „Kopftuch“ und „Ehre und Gewalt“, in denen es um den Schutz vor allem der weiblichen Individualität vor kollektiven Repressionen geht. Während das Tragen eines Kopftuches durch die Religionsfreiheit gedeckt ist, „erscheint es durchaus sinnvoll, Burka und Gesichtsschleier zu verbieten, bevor sie durch zu häufiges Auftreten zu einem Problem werden“ (197). Die Verknüpfung von Ehre und Sexualität in islamischen Kulturen ist extrem patriarchalisch und vormodern, Ehrenmorde, Genitalverstümmelung und Zwangsverheiratung kann kein demokratischer Rechtsstaat dulden. Unbedingt bedarf der Islam daher einer „sexuellen Revolution“ (*Seyran Ateş*).

Die historischen Kapitel über „Dschihad“ und „Kreuzzüge“ weisen (auch gegen *Bassam Tibi*) nach, daß kriegerische Eroberung von Anfang an zum Wesen des sich missionarisch ausbreitenden Islam gehörte. Diese Gewaltgeschichte wird meist geleugnet oder relativiert und es werden ihr fälschlich die Kreuzzüge gegenübergestellt. Feindliche Auseinandersetzungen begannen lange vor dem 1. Kreuzzug und gingen vom Islam aus. Kreuzzüge waren keine antiislamische „Aktion“, sondern eine Re-Aktion auf islamische gewaltsame Eroberungen. An Greuelthaten haben sich beide Seiten nichts geschenkt. Daß die Kreuzzüge als moralische Katastrophe des Abendlandes hingestellt wurden, verdanke sich einer „Konstruktion des 19. Jahrhunderts“ (252). Die Schlußabschnitte über „Scharia“ und „Menschenrechte“ weisen instruktiv und illusionslos die absolute Unvereinbarkeit der beiden Rechtssysteme auf. Die bereits erwähnte „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ von

1990 ist eine eindeutig propagandistische Verfälschung und wurde von der säkularen Türkei damals nicht unterzeichnet.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das vorliegende reader-ähnliche Sachbuch des Wiener Autorenpaars eine Lücke füllt und zu einer emotionslosen Sicht der ganzen Problematik beiträgt. Es wäre interessant, nun an modernen islamwissenschaftlichen Fakultäten zu erforschen, wie sich eine Dekonstruktion und Säkularisierung des sehr oft aggressiven, totalitären und menschenrechtswidrigen Islam konkret durchführen läßt. Die gelungene Integration vieler muslimischer Menschen, besonders aus der Türkei, zeigt, daß es dazu durchaus Wege geben kann.

*Stefan Hartmann*

## Deutsches Martyrologium

Die ersehnte Erneuerung der Kirche, deren Kleid und Antlitz durch diverse Skandale beschmutzt wurde, und nun mit Papst *Franziskus* einen neuen Aufbruch wagt, bedarf auch des Blickes auf die Blutzeugen, die die Wahrheit des Glaubens und der Liebe höher schätzten als ihr eigenes Leben. „Da uns eine solche Wolke von Zeugen umgibt, wollen auch wir alle Last und die Fesseln der Sünde abwerfen und mit Ausdauer in dem aufgetragenen Wettkampf laufen“ (Hebr 12, 1).

Es war eine der großen Intuitionen Papst *Johannes Pauls II.*, in der Vorbereitung auf das Heilige Jahr 2000 in seinem Schreiben „*Tertio millennio adveniente*“ (1994) alle Ortskirchen zu bitten, ihr eigenes dokumentarisches Martyrologium für das 20. Jahrhundert, das „Jahrhundert der Wölfe“ (*Nadeshda Mandelstam*), zusammenzustellen. Im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz hat der Kölner

Prälat und Professor *Helmut Moll*, Mitglied des Schülerkreises *Joseph Ratzingers* / Papst *Benedikts XVI.*, sich der Mühe der Zusammenstellung und Herausgabe des zweibändigen Werkes unterzogen und 1999 die erste Auflage rechtzeitig vor dem Heiligen Jahr veröffentlichten können. Aus seiner Feder stammt auch die ausführliche „Theologische Einführung“, die im Anschluß an die Päpste *Benedikt XIV.* (1740-1758), *Paul VI.* und *Johannes Paul II.* Aufnahmekriterien und Kategorien von Märtyrern vorstellt.

In kurzer Zeit erschienen zwei weitere Auflagen des Doppelbandes und 2006 eine vierte ergänzte Auflage. Nach der wiederum ergänzten und aktualisierten fünften Auflage (2010) liegt nun die wohl endgültige sechste Auflage mit über zweihundert weiteren Seiten vor, die „mehr als hundert neue Lebensbilder“ (LII) von Märtyrern (*Moll* schreibt nicht „Märtyrer“) dem repräsentativen und gewichtigen großem Werk eingliedert und in die Grundstruktur aufnimmt. Neben dem Herausgeber verbürgt vor allem der Eichstätter Historiker *Heinz Hürten* die Richtigkeit der neuen Biographien.

**Helmut Moll (Hrsg. im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz): Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Sechste, erweiterte und neu strukturierte Auflage, 2 Bände, Schöningh, Paderborn 2015, 1828 S.**

In Zusammenarbeit mit den Bistümern, den diözesanen Beauftragten und den Ordensgemeinschaften haben über 160 Fachleute die Lebensbilder von mehr als 1000 katholischen Märtyrern und Märtyrerinnen erarbeitet. Auch nicht-katholische Glaubenszeugen werden namentlich erwähnt, sofern sie in ökumenischen Gruppen tätig waren und dadurch den von Papst *Johannes Paul II.* erwähnten „Ökumenismus der Märtyrer“ bezeugen.

Für das Territorium der Deutschen Bischofskonferenz sowie unter Berücksichtigung der Deutschen im Ausland wurde nach sorgfältiger Prüfung eine Ausfächerung in vier Martyriums-Kategorien vorgenommen:

1. die Blutzeugen aus der Zeit des Nationalsozialismus; 2. die Blutzeugen in der Zeit des Kommunismus; 3. die Reinheitsmartyrien („martyrium puritatis“) von Mädchen, Frauen, Ordensschwestern und ihren Beschützern; 4. die Blutzeugen aus den Missionsgebieten. Jeder Beitrag ist, soweit verfügbar, mit einem Foto des betreffenden Martyrers versehen und enthält Quellen- und Literaturhinweise für eine vertiefte Beschäftigung mit seiner Person und seinem Leben.

Als Titelbild des Buches wurde die Pietà von Professor *Fritz Koenig* in der Gedenkkirche „Maria Regina Martyrum“ (errichtet in Berlin-Charlottenburg unweit von Plötzensee 1960-1963) gewählt. Das von *Moll* herausgegebene deutsche Martyrologium des 20. Jahrhundert ist eine Fundgrube für alle historisch und hagiographisch Interessierten. Es sollte allen Religionslehrern und Religionslehrerinnen zugänglich sein und in keiner Pfarrbibliothek fehlen. Leider geht die Geschichte der brutalen Gewalt von Menschen gegen Menschen und speziell gegen Christen in der Welt weiter, bis hin zu regelrechter Christenverfolgung unter totalitären Regimes der Gegenwart. „O Haupt voll Blut und Wunden ...“

*Stefan Hartmann*